02 · 2025

# WEISSER RING Magazin

Kriminalität

## Statistik und Wirklichkeit

Opferentschädigung

## Der unendliche Kampf des Herrn Didillon gegen den Staat

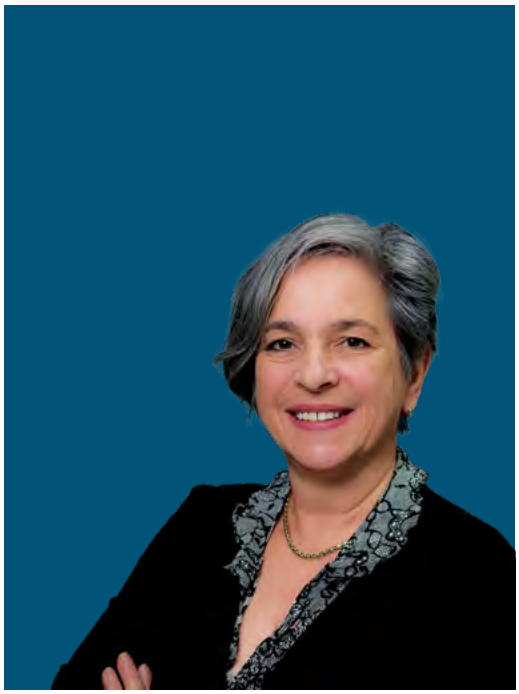
Nach den Attentaten in Magdeburg, Aschaffenburg und Hamburg

# Wenn psychisch kranke Menschen zu Tätern werden

Fälle – Zahlen – Risiken – Opferperspektiven

ISSN 3052-1645

# Editorial



„Sie haben uns überrascht: mit zahlreichen Rückmeldungen auf unser neues Magazin. Herzlichen Dank dafür!“

facebook.com/weisserring

instagram.com/weisser_ring

linkedin.com/company/weisserringev

youtube.de/weisserringev

## Liebe Leserinnen und Leser,

beim letzten Mal haben wir Sie überrascht: mit einem neuen Layout für unser Magazin, mit neuen Rubriken und sogar mit einem neuen Namen. Und dann haben Sie uns überrascht: mit zahlreichen Rückmeldungen auf unser neues WEISSER RING Magazin, die allermeisten davon positiv bis regelrecht begeistert. Herzlichen Dank dafür!

Wir nehmen Ihr Interesse als Ansporn, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. In unserem Magazin werden wir weiterhin tiefgehende Recherchen und Reportagen veröffentlichen, den Opfern eine Stimme geben und notwendige gesellschaftliche Diskussionen anschieben.

Für diese Ausgabe hat sich unsere Redaktion ein schwieriges Thema vorgenommen, das nach Attentaten und Anschlägen wie in Aschaffenburg, Magdeburg oder vor Kurzem erst in Hamburg viele Menschen bewegt und kontrovers diskutiert wird. Es geht um Gewalt durch psychisch kranke oder auffällige Täter, denen häufig hinterher Schuldunfähigkeit attestiert wird. Einige dieser Täter waren zuvor als Geflüchtete nach Deutschland gekommen, möglicherweise mit Belastungen und Traumatisierungen, die sie in ihren Herkunftsländern erlitten haben. Häufig gab es im Vorfeld Warnsignale, die ignoriert oder nicht erkannt wurden.

Es ist ein komplexes Thema, das Raum bietet für Missverstehen und Missverstehen-Wollen. Unsere Reporterinnen und Reporter haben Fakten zusammentragen und diese eingeordnet. Sie haben mit Fachleuten gesprochen und natürlich mit vielen Betroffenen: Was bedeutet es für sie, Opfer einer Tat zu sein, die ein laut Gutachten schuldunfähiger Täter begangen hat?

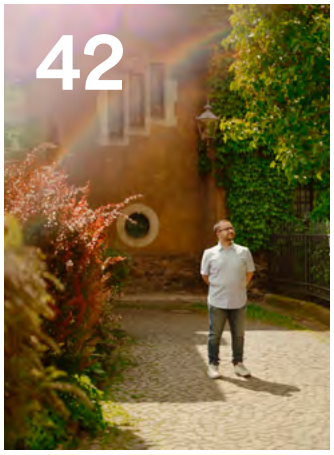
Jetzt habe ich bereits dreimal das Wort „Täter“ erwähnt – dabei vermeiden wir es beim WEISSEN RING so gut es geht, über die Täter zu sprechen. Unser Verein ist für die Opfer da. Aber unser Satzungsziel ist es auch, Prävention zu leisten. So kommen wir diesmal nicht umhin, auch einen Blick auf die Täter zu werfen. Denn Vorbeugung ist immer noch der beste Opferschutz.

Ich freue mich, wenn unsere Recherchen Sie zum Nachdenken und zu Diskussionen anregen. Schreiben Sie uns gern per E-Mail an redaktion@weisser-ring.de!

**Ihre Barbara Richstein**
**Bundesvorsitzende WEISSER RING**

**P.S.:**
Wir lieben Gedrucktes – aber natürlich finden Sie unser **Magazin** auch im **Internet**. Schauen Sie mal rein: **https://wr-magazin.de**

# Inhalt



**4**
### Leser-Meinungen
Begeisterung und Kritik: Rückmeldungen zur Neugestaltung des WEISSER RING Magazins

**6**
### Meldungen
Urteil am EuGH; aktuelle Zahlen zu häuslicher Gewalt, Cyberkriminalität und Pressefreiheit; elektronische Fußfessel; True Crime in der Politik

**8**
### Psyche & Gewalt
Nach den Taten von Magdeburg, Aschaffenburg und Hamburg: Wie gefährlich sind psychisch Erkrankte? Die Titelrecherche

**21**
### „Ich glaube an das Gute im Menschen“
Serpil Unvar blickt fünf Jahre nach dem rassistischen Mord an ihrem Sohn in Hanau zurück

**22**
### Kein Ende in Sicht
Wie lange bleiben psychisch erkrankte Straftäter im Maßregelvollzug in Deutschland? Die Redaktion des WEISSEN RINGS hat nachgefragt

**24**
### Geflüchtet & traumatisiert
Geht von belasteten Asylsuchenden tatsächlich eine Gefahr aus? Eine Suche nach Antworten

**29**
### True Crime
Unsere Berichterstattung hat ein großes Echo in den sozialen Medien ausgelöst. Eine Auswahl

**30**
### „Wenn wir uns zu Hause einsperren würden und Angst hätten, hätte der Täter gewonnen“
Der Angriff in Aschaffenburg entsetzte Deutschland. Der Vater des verletzten Kleinkindes spricht im Interview über Schmerz und Hoffnung

**32**
### Gegen die Strömung
Seit fast 16 Jahren kämpft Christophe Didillon um Entschädigungsleistungen – nun hofft er auf ein endgültiges Urteil vor dem Sozialgericht

**36**
### Was die Kriminalstatistik wirklich sagt – und was nicht
Jährlich sorgen die Zahlen der Polizei für Schlagzeilen und Diskussionen. Eine Analyse – und ein Interview mit Jörg Ziercke, Ex-BKA-Chef und ehemaliger Vorsitzender des WEISSEN RINGS

**41**
### Aus der Politik
Opfer und Beratungsstellen wollen den Fonds Sexueller Missbrauch retten

**42**
### Die vergessenen Opfer
Ein Anschlag wie in Magdeburg hat nicht nur Folgen für die direkt Betroffenen. Unbeteiligte Menschen mit Migrationshintergrund leiden im Anschluss unter Rassismus

**46**
### Ein Anruf bei … Klaus Püschel
Deutschlands bekanntester Forensiker wirbt für die Möglichkeiten der medizinischen Beweissicherung nach Sexualstraftaten

**48**
### „Ich war wie in einer Schockstarre“
Die schwer betroffene Ex-Partnerin eines psychisch kranken Gewalttäters erlebte Anfeindungen statt Mitgefühl

**52**
### Medientipps
Neue Bücher, Podcasts, Filme: Wo findet sich die Opferperspektive wieder?

**54**
### Danke/Impressum


## Ehrensache


**28**
### Das Heft im Heft
Wie der WEISSE RING nach dem Messerangriff in Aschaffenburg helfen konnte. Eine starke Stimme für die Aus- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen. Ein stellvertretender Landesvorsitzender, der Pionierarbeit geleistet hat. Und ein Preis für Forschung zu Kriminalität und Opferschutz


Fotos: Angelika Stehle, Ramon Haindl; Cover: Vartika Sharma

# Leser-Meinungen

**Zum neugestalteten WEISSER RING Magazin haben die Redaktion zahlreiche Zuschriften erreicht - oft begeistert, vereinzelt aber auch kritisch. Eine Auswahl:**

Illustration: Emmanuel Polanco/Sepia

„Die neue Ausgabe ist ganz hervorragend gelungen. Mir gefällt der nüchterne und doch empathische Stil der Artikel, der Verzicht auf Reißerisches und auf unreflektierte (!) Empörung. Die Gefühle der Opfer und ihrer Angehörigen werden einfühlsam und rücksichtsvoll beschrieben, und die staatlichen und gesellschaftlichen Reaktionen werden differenziert und fair bewertet. Besonders lesenswert finde ich diesmal das ausführliche Interview mit dem Vater der entführten 10-Jährigen in Edenkoben und die Kommentare von Tanjev Schultz und Christian Schertz.“

„Ich habe mich sehr darüber gefreut und finde speziell das Thema Schamumkehr hervorragend recherchiert und umgesetzt.“

„Ich finde die Neugestaltung des Magazins super! Auch der neue Name gefällt mir viel besser, Opferhilfe wirkte auf mich eher negativ. Auch die Themen sind sehr sehr gut, besonders das Kapitel über True-Crime-Stories. Ich war auch ein Fan davon, habe ehrlich gesagt nie einen Gedanken daran verschwendet, was es mit den Menschen macht, die diese schrecklichen Taten erlebt haben und so wirklich vorgeführt werden. Es ist so subtil, dass wahrscheinlich die meisten Hörer*innen gar nicht darauf kommen.“

„Meine Frau und ich unterstützen den WEISSEN RING seit etlichen Jahren und lesen das Magazin mit Interesse. Leider war die Lektüre des Heftes 1/25 nahezu unmöglich, weil entweder das Papier oder die Druckfarbe einen sehr unangenehmen Geruch verbreiten.“

„ … das Thema hat mich total angesprochen und auch gefesselt.“

„Ich möchte heute einfach mal ein Riesen-Lob für das neue Magazin aussprechen. Ich finde es absolut und rundum gelungen und stellt optisch und inhaltlich eine deutliche Steigerung zum ‚alten‘ ‚Forum Opferhilfe‘ dar. Ich finde die Intention hinter dem Inhalt und Design super und die Umsetzung noch gelungener!“

„Ist ein ganz tolles und gelungenes Magazin. Ich habe es regelrecht verschlungen.“

„Ihr neues Magazin gefällt mir sehr gut. Das Papier liegt schön in der Hand. Alles sehr ansprechend. Gute Texte und gute Bilder. Aber, eine Sache hat Ihr Magazin (und auch Ihre vorherigen Ausgaben) doch leider immer wieder bewirkt: Vor dem Lesen bin ich meistens optimistisch gewesen. Hatte einen guten Tag gehabt. Und dann lese ich Ihre Zeitschrift. Danach bin ich sprachlos und völlig verschreckt über die Täter, Opfer und Verbrechen. Das Gute in mir ist dann im Keller. Auf der anderen Seite weiß ich auch, es ist in der Welt nicht alles in Ordnung. Sie berichten über die Wirklichkeit da ‚draußen‘.“

„Ich bin begeistert, das ist euch mega gut gelungen.“

„Das neue Magazin ist super gelungen und liest sich hervorragend. Vielen Dank für die gute Recherche, Interviews und das ansprechende Layout! Weiter so!“

„Die vollständig überarbeitete Ausgabe beeindruckt durch ihr modernes Erscheinungsbild ebenso wie durch die inhaltliche Tiefe. Besonders der thematische Schwerpunkt, inspiriert vom Zitat ‚Die Scham muss die Seite wechseln‘, hat großen Eindruck hinterlassen. Der WEISSE RING beweist mit dieser Ausgabe einmal mehr, wie wichtig journalistische Qualität im Dienst des Opferschutzes ist.“

„Wichtige Message, tolle Aufmachung. Gefällt mir sehr gut.“

„Die erste Ausgabe des ‚WEISSER RING Magazins‘ hat mich absolut überzeugt. Inhaltlich waren Sie schon immer gut, das neue Layout macht jetzt aber einfach noch mehr Spaß beim Lesen.“

„In Ihrem neugestalteten WR Magazin stellen sie das Opfer Frau Pelicot ganzseitig auf dem Titelblatt und auf der Seite 6 dar. Leider hat dies nach meiner Meinung nichts mit einem geschützten Raum zu tun! Im Gegenteil: Es ist eine weitere Demütigung des Opfers und hat das Niveau der Bild-Zeitung!“

„Journalistisch gut aufgebaut, interessante und hervorragend geschriebene Artikel und Informationen. Einfach gut gemacht. Großartig!“

# Meldungen

Blick nach …

## … Frankreich

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Frankreich verurteilt, weil ein französisches Gericht im Scheidungsverfahren an der sogenannten „ehelichen Pflicht“ zum Sex festgehalten hatte. Die Richter in Straßburg stellten klar, dass **Einvernehmlichkeit Voraussetzung** für jede sexuelle Handlung sei und erklärten die Entscheidung in dem Berufungsverfahren des Gerichts in Versailles für menschenrechtswidrig. Dort war einer 69-jährigen Frau die Alleinschuld an der Scheidung zugesprochen worden, weil sie den Geschlechtsverkehr mit ihrem Ehemann verweigert hatte. Das Urteil verletze das Recht auf Privatleben und widerspreche der sexuellen Selbstbestimmung, so der Gerichtshof. **Jeder Sex ohne Zustimmung sei ein Akt sexueller Gewalt**, sagten die Richter. Eine Strafe gegen Frankreich wurde nicht verhängt. Die Klägerin teilte über ihre Anwältin mit: „Ich hoffe, dass diese Entscheidung einen Wendepunkt im Kampf für die Rechte der Frauen in Frankreich darstellt.“

**„Ich hoffe, dass diese Entscheidung einen Wendepunkt im Kampf für die Rechte der Frauen in Frankreich darstellt.“**

**Die Klägerin**

**Vergleich:**

| 2023 | 2024 |
|---|---|
| 26.891 | 30.209 |

In **Niedersachsen** sind die registrierten Fälle **häuslicher Gewalt** am stärksten gestiegen, um 12,3 Prozent im Jahr 2024. Das geht aus Statistiken hervor, die die Innenministerien und Polizeibehörden der Länder gemeldet haben.

**Attacken auf Journalisten:**

Die Organisation **Reporter ohne Grenzen** (RSF) dokumentierte **Angriffe gegen Pressevertreter** aus dem Jahr 2024.

**89**

**tätliche Angriffe** gab es demnach in Deutschland. Vor allem bei Kundgebungen bezüglich des Nahen Ostens, aus der rechten Szene oder von Abtreibungsgegnern komme es zu Attacken.

**48**

Fälle mehr als im **Vorjahr** wurden verzeichnet. Deutschland rutscht außerdem auf Platz

**11**

der **weltweiten Rangliste** der Pressefreiheit. Zuvor war Deutschland auf Platz 10, wie die RSF mitteilte.

Foto: Urban Zintel, Illustrationen: Studio Pong

**Zitat:**

„„Männer töten‘ heißt nicht, dass jeder einzelne Mann ein Täter ist. ‚Männer töten‘ heißt, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der männliche Gewalt Alltag ist.“

**Louisa Dellert**

Moderatorin und Autorin

**Gewalt im Netz:**

Rund

# 132.000

**Straftaten** im Bereich **Cyberkriminalität** wurden im Jahr 2024 zur Anzeige gebracht. Das ist ein Rückgang von 2,2 Prozent im Vergleich zu 2023.

Weniger als

# 30 %

**der Fälle** im Bereich Cyberkriminalität können von der **Polizei aufgeklärt** werden nach Angaben der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) 2024.

Koalitionsvertrag

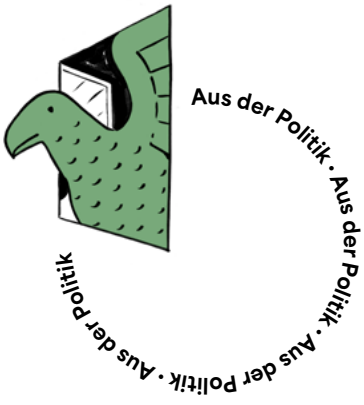
## Was die Regierung für den Opferschutz plant

Um Frauen besser vor Gewalt zu schützen, hat die neue Bundesregierung angekündigt, die **elektronische Fußfessel** nach spanischem Vorbild einzuführen. Dafür will sie im Gewaltschutzgesetz deutschlandweit einheitliche Rechtsgrundlagen schaffen. Union und SPD haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf geeinigt. Der WEISSE RING hatte sich zuvor jahrelang intensiv für die Fußfessel eingesetzt und diese in Brandbriefen an die Politik und per Online-Petition gefordert. Die Redaktion wies in einer umfangreichen Recherche nach, wie **erfolgreich das Modell in Spanien** ist. Bei der modernen Variante der „Aufenthaltsüberwachung“ kann die Fußfessel des Täters mit einer GPS-Einheit kommunizieren, die das Opfer bei sich trägt. Der Alarm wird ausgelöst, falls sich der Überwachte und die Betroffene einander nähern.

True Crime

## Angehörige sollen besser vor Medien geschützt werden

Das Thema **„True Crime“** hat die Politik erreicht: Der Bayerische Landtag hat die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund für einen **verbesserten Opferschutz** bei der medialen Aufbereitung spektakulärer Kriminalfälle einzusetzen. Vor allem bei Show-Veranstaltungen solle den Interessen von Angehörigen mehr Rechnung getragen werden. „Dies gilt insbesondere, wenn nahe Verwandte unter der Darstellung stark leiden“, hieß es in der Beschlussvorlage. Anlass des CSU-Antrags war eine Live-Show des „Bayern 3 True Crime“-Podcasts, die mit einem Unterhaltsprogramm auf Basis eines realen Mordfalls Zehntausende Zuschauer erreichte. Das WEISSER RING Magazin hatte über die Retraumatisierung der Schwester des Opfers durch die Show berichtet.



Was sich nach Attentaten wie in Aschaffenburg, Mannheim und Hamburg ändern muss

# Psyche &

# Sex & Gewalt

**Text**: Selina Stiegler, Gregor Haschnik, Christoph Klemp, Karsten Krogmann
**Illustrationen**: Vartika Sharma

APRIL

**2018**

**Münster**

Am 7. April 2018 lenkte ein 48-Jähriger in Münster einen Kleinbus in eine Menschenmenge am Kiepenkerl-Denkmal im Stadtzentrum. Vier Menschen starben, mehr als 20 erlitten teils schwere Verletzungen. Der Täter erschoss sich anschließend selbst. Der Sozialpsychiatrische Dienst der Stadt kannte ihn bereits. Laut Informationen von SZ, WDR und NDR war der Mann bei Polizeieinsätzen als nervenkrank aufgefallen.

JULI

**2019**

**Frankfurt**

Im Juli 2019 stieß der 40-jährige Habte A. eine Mutter und ihren achtjährigen Sohn vor einen einfahrenden Zug im Frankfurter Hauptbahnhof. Der Sohn starb, die Mutter überlebte. Habte A. litt an paranoider Schizophrenie. Das Landgericht Frankfurt am Main ordnete wegen der Schuldunfähigkeit des Mannes die Unterbringung im Maßregelvollzug an.

Nach Messerattacken wie in Hamburg und Amokfahrten wie in Mannheim wird intensiv über Gewalt durch Menschen mit einer psychischen Erkrankung diskutiert. Sind sie gefährlicher als andere? Falls ja: Wie lässt sich das Risiko senken? Das WEISSER RING Magazin hat sich auf die Suche nach Antworten begeben, bei Fachleuten aus der Wissenschaft, Betroffenen, Ministerien und in Statistiken.

## Kapitel 1: Aschaffenburg und Mannheim

**Sie legen Kuscheltiere**, Blumen, Kerzen nieder. Und Briefe, in denen sie Anteil nehmen. Viele der 3.000 Menschen, die sich am Abend des 23. Januar in Aschaffenburg versammeln, sind schockiert, sprachlos und weinen. Ihre Kerzen tauchen den mitten in der Stadt gelegenen Park Schöntal an diesem Winterabend in ein warmes Licht. Manche der Trauernden appellieren auf Transparenten an den Zusammenhalt; es ist ein stilles Gedenken, das seinen Namen verdient. Während in der Bundesrepublik, kurz vor der Wahl, hitzig debattiert wird.

Am Tag zuvor, am Vormittag, hatte ein 28-Jähriger in dem Park ein Messer gezogen und eine Kindergartengruppe angegriffen. Er erstach ein Kleinkind und einen 41-Jährigen, der helfend einschritt. Drei weiteren Menschen, darunter einer Kindergärtnerin, die sich ihm entgegenstellte, fügte er schwere Verletzungen zu. Vorher war der ausreisepflichtige Asylbewerber aus Afghanistan mehrfach straffällig und psychisch auffällig geworden.

Die Ermittlungen dauerten bei Redaktionsschluss an, das forensisch-psychiatrische Gutachten war aber abgeschlossen. Wie die Staatsanwaltschaft auf Anfrage des WEISSER RING Magazins mitteilte, geht der Gutachter davon aus, dass dem Beschuldigten „infolge einer psychiatrischen Erkrankung die Fähigkeit, das Unrecht der Tat einzusehen, gefehlt habe“. Und dass die Erkrankung nicht vorübergehend sei. Falls sie nicht doch geheilt wird, sei „mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit mit weiteren, auch hochaggressiven Taten zu rechnen“. Daher deutete alles auf ein Sicherungsverfahren hin, mit dem Ziel, den Mann dauerhaft in einer Psychiatrie unterzubringen.

Bereits vor der Attacke im Januar wurde gegen ihn ermittelt – wegen „tätlicher Angriffe auf Vollstreckungsbeamte, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, vorsätzlicher Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung“. Ein psychiatrisches Gutachten wurde in Auftrag gegeben, aber ausgesetzt. Der Grund: Der Geflüchtete gab an, freiwillig ausreisen zu wollen. Voraussetzungen für einen Haftbefehl hätten nicht vorgelegen, so die Staatsanwaltschaft.

**Der Angreifer war schon zweimal polizeilich in einer psychiatrischen Klinik untergebracht worden**

Der Angreifer war vorher zweimal polizeilich in einer Psychiatrie untergebracht worden, am 12. Mai 2024 und im August desselben Jahres. In beiden Fällen wurde der 28-Jährige nach kurzer Zeit entlassen und weitgehend sich selbst überlassen, im letztgenannten Fall soll er in einer Flüchtlingsunterkunft eine Bewohnerin mit einem Messer attackiert haben. Dieser Vorfall sei ihr erst nach dem Attentat vom 23. Januar dieses Jahres bekannt geworden, schreibt die Staatsanwaltschaft. Hier ermittle sie jetzt wegen gefährlicher Körperverletzung.

Wenige Wochen nach dem Messerangriff von Aschaffenburg, am Mittag des dritten März, fährt ein 40-Jähriger in Mannheim mit einem Kleinwagen in eine Menschenmenge. Der Deutsche tötet eine 83-Jährige und einen 54-Jährigen und verletzt elf weitere Menschen teils schwer. Ein Taxifahrer mit pakistanischen Wurzeln stellt sich ihm mit seinem Auto in den Weg. Der Angreifer schießt mit seiner Schreckschusspistole und flieht. Als die Polizei ihn festnimmt, schießt

er sich in den Mund, überlebt aber.

Die Staatsanwaltschaft Mannheim erklärte auf Anfrage, die Ermittlungen, unter anderem wegen zweifachen Mordes und mehrfachen versuchten Mordes, liefen. Deswegen könne sie weder zum Tatablauf noch zu Motiven nähere Angaben machen. Sie habe ein psychiatrisches Gutachten in Auftrag gegeben, das noch nicht vorliege.

Kurz nach der Tat hatte die Staatsanwaltschaft keine Anhaltspunkte für einen politischen Hintergrund oder mögliche Mittäter gesehen. Wenige Tage später veröffentlichte das Recherchenetzwerk Exif Hinweise darauf, dass der Verdächtige früher der Neonaziszene und der „Reichsbürger"-Bewegung angehört und rechtsradikale Ansichten geteilt haben soll. Im Jahr 2018 war der Mann zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil er bei Facebook unter ein Foto von Hitler in einem Kommentar „Sieg Heil from Germany"schrieb.

Bald nach der Amokfahrt vermuteten die Ermittler, dass ein psychischer Ausnahmezustand eine Rolle spielte. Der Fahrer soll in psychiatrischer Behandlung gewesen sein, im Jahr vor der Tat auch stationär.

Die mutmaßlichen Täter haben sich laut den Staatsanwaltschaften nicht zu den Vorwürfen geäußert. Noch ist vieles unklar, doch eines haben die Attentate von Mannheim und Aschaffenburg gemeinsam: Die Beschuldigten hatten psychische Probleme, und es gab Warnsignale. Nach Fällen wie diesen werden immer wieder Fragen laut: Wann können psychisch kranke Menschen zu Tätern werden? Gibt es Schutzlücken? Das WEISSER RING Magazin hat sich auf die Suche nach Antworten begeben, mit dem Fokus auf eine bessere Prävention.

## Kapitel 2: Wahn und Warnsignale

**Henning Saß** ist einer der erfahrensten forensischen Psychiater Deutschlands. Er hat in vielen aufsehenerregenden Fällen Gutachten erstellt, etwa beim rassistischen, psychisch kranken Attentäter von Hanau oder bei NSU-Terroristin Beate Zschäpe. Das Haus des emeritierten Professors der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule liegt auf einem Hügel und bietet einen guten Blick über Aachen. Saß, ein sportlich wirkender Mann Anfang 80, hat einige wissenschaftliche Aufsätze bereitgelegt und bietet etwas zu trinken an. Mit seiner ruhigen Stimme schafft er auch bei dem komplexen wie brisanten Thema eine entspannte Atmosphäre.

A

**Aufmerksam verfolgt** der Psychiater, der schnell und präzise antwortet, die Diskussion nach Attentaten wie in Aschaffenburg und Mannheim. „Nach solchen Einzeltaten, die in die Schlagzeilen kommen, betrachte ich die Debatte mit großer Sorge, weil sie zu einer Diskriminierung der psychisch Kranken insgesamt führen kann", sagt er. „Aussagen wie ‚Menschen mit psychischen Erkrankungen sind gefährlicher' sind unsinnig." Man müsse differenzieren. Während die allermeisten Betroffenen nicht gewalttätig seien, bestehe bei bestimmten Krankheiten tatsächlich ein deutlich erhöhtes Risiko, „und zwar in doppelter Hinsicht: Gewalt auszuüben und Opfer davon zu werden". Das treffe insbesondere auf die schizophrenen Psychosen zu, aber etwa auch auf die dissoziale Persönlichkeitsstörung und die Substanzkonsumstörungen.

**FEBRUAR**

**2020**

**Hanau**

**Am 19. Februar tötete der 43-jährige Tobias R. in Hanau aus rassistischen Motiven neun Menschen mit ausländischen Wurzeln. Nach seinen Angriffen auf Bars und einen Kiosk tötete er seine 72-jährige Mutter und sich selbst. Gutachter Henning Saß sah beim Täter klare Anzeichen für eine paranoide Schizophrenie.**

### Die Rechtslage

Wenn bei psychisch kranken Menschen eine **akute Selbst- oder Fremdgefährdung** besteht, kann eine **„freiheitsentziehende Unterbringung"** in einer psychiatrischen Klinik angeordnet werden. Geregelt ist dies in den Psychisch-Kranken- beziehungsweise Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzen der Bundesländer. Ziele seien Gefahrenabwehr und Hilfe für die Erkrankten.

Eine Unterbringung – für die es eine ärztliche Einschätzung braucht – wird in der Regel vom Gesundheitsamt beantragt. **Die Entscheidung fällt das Amtsgericht.** Nur wenn es nicht schnell genug entscheiden kann, kommt eine „vorläufige Unterbringung wegen Gefahr im Verzug" durch das Amt selbst infrage.

Zudem kann eine Unterbringung nach einer Verurteilung oder einem Sicherungsverfahren beschlossen und im Maßregelvollzug vollstreckt werden. Gemäß § 63 Strafgesetzbuch ist dies bei Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen möglich, die zum **Tatzeitpunkt schuldunfähig oder vermindert schuldfähig** waren und bei denen weiter erheblich rechtswidrige Taten zu erwarten sind. Die Dauer ist nicht befristet, sondern von der Risikoeinschätzung abhängig, die mindestens einmal pro Jahr erfolgt. Laut § 64 StGB können Menschen mit Suchterkrankungen, die unter Drogeneinfluss oder infolge ihrer Abhängigkeit straffällig geworden sind, in einer Entziehungsanstalt untergebracht werden. Die Unterbringung ist in der Regel auf zwei Jahre befristet.

Darüber hinaus können Polizeibehörden psychisch auffällige Personen bei **Gefahr im Verzuge** festhalten und einem Arzt oder Psychiater vorstellen.

## „Am Ende bleibt die Unsicherheit“

Ein Mann schlägt eine Frau brutal zusammen. Er gilt als schuldunfähig. Während die Betroffene um psychologische Hilfe kämpfen muss, bekommt der Täter sofort eine Behandlung.

**Ich war auf dem Weg zu meinem Mieter. Als ich das Wohnhaus betrat, kam mir ein Mann entgegen. „Guten Tag“, mehr habe ich nicht zu ihm gesagt. Er fragte, ob ich hier wohne, und ich antwortete, dass ich hier eine Wohnung habe. Er schrie mir hinterher: „Wohnst du hier?“ Dann packte er mich an den Haaren, zog mich die Treppe hinunter und prügelte auf mich ein. Ich kannte den Mann nicht, war ihm nie zuvor begegnet.**

**Es stellte sich heraus, dass er paranoide Schizophrenie hat. Mir war es wichtig, dass er weggesperrt wird, weil ich am eigenen Leib erfahren habe, wie hochgradig gefährlich er ist. Das Gericht war der Meinung, er sei schuldunfähig, und steckte ihn in eine forensische Klinik. Es wertete die Tat als schwere Körperverletzung, aber für mich war es versuchter Mord. Er holte im Laufe der Tat extra einen Metallgegenstand aus seiner Wohnung, um damit weiter auf mich einzuschlagen. Wäre mein Mieter nicht gekommen, hätte er mich getötet.**

**Meine Anwältin sagte, dass es gut sei und er in der Klinik bleiben werde. Aber im Nachhinein ist da eine Unsicherheit. Was ist, wenn er einen Psychologen hat, der es gut mit ihm meint und ihn früh entlässt? Aus Gerichtsunterlagen kennt er meine Adresse. Was ist, wenn er Rache möchte? Ich werde über eine Entlassung nicht informiert.**

**Dazu kommen die Kosten. Der Mann ist mittellos. Alles musste ich selbst bezahlen, die Gerichtskosten, die 4.000 Euro für die zehn ausgeschlagenen Zähne. Ich bin selbstständig und kann bis heute nur zwei Stunden am Tag arbeiten. Ich habe einen Grad der Behinderung von 40 attestiert bekommen. Meine Wortfindungsstörung ist besser geworden, aber mein Neurologe sagte mir, dass alles an Verbesserung nun ausgeschöpft sei. Nach drei Jahren habe ich eine kleine Rente bekommen. Meine Eigentumswohnung musste ich verkaufen.**

**Drei Monate habe ich nach einem Therapieplatz gesucht. Der Traumatherapeut war schon kurz vor dem Ruhestand, aber nachdem er vom Fall gehört hatte, nahm er mich auf. Alles musste von mir organisiert werden, mir hat niemand geholfen außer meiner Betreuerin vom WEISSEN RING. Der Täter kam in eine Klinik, bekam ein Therapieangebot, auch für seine Cannabis-Sucht.**

**Um die Täter kümmern sie sich, um die Opfer nicht. Es sollte so etwas wie einen Code für Opfer von solchen Delikten geben. Diesen könnte das Gericht für eine schnelle psychologische Unterstützung an die Krankenkasse weiterleiten. Opfer sollten informiert werden, wenn der Täter wieder freikommt. Und Menschen mit einer solchen Gewaltbereitschaft sollten strenger beobachtet werden.**

*Petra*



Saß verweist unter anderem auf eine schwedische Studie zum Gewaltrisiko von Menschen, bei denen eine psychische Krankheit diagnostiziert wurde. Die Wissenschaftler betrachteten die Entwicklung von 250.000 Patientinnen und Patienten. Dafür werteten sie Register aus. Insgesamt hatten die Erkrankten demnach ein drei- bis viermal höheres Risiko, gewalttätig zu werden oder Gewalt zu erfahren. Der Faktor kann bei einer akuten Schizophrenie etwas höher liegen. Eine andere Untersuchung fokussierte sich auf diese Krankheit und kam zu dem Ergebnis, dass etwa zehn Prozent der männlichen Patienten eine Gewalttat begangen hatten.

Aber: Die psychische Erkrankung, betont der Professor, sei jeweils – neben Drogen, Alkohol, männlichem Geschlecht, Jugend und prekären sozialen Bedingungen – nur ein Risikofaktor. Und damit nur eine potenzielle Ursache für Gewalt.

**Treffen die Risikofaktoren Wahnerkrankung und Extremismus aufeinander, können sie sich vermischen und verstärken**

Unsichere Lebensverhältnisse beträfen auch Geflüchtete: „Sie sind sozial und ökonomisch entwurzelt, haben oft keinen Kontakt zu ihrer Familie und wissen nicht, wie es mit ihrem Leben weitergeht. Das kann sie psychisch labilisieren und anfällig für extremistische Gedanken machen.“

Treffen die Risikofaktoren Wahnerkrankung und Extremismus aufeinander, können sie sich vermischen und verstärken, so Saß. Wie im Fall des Hanauer Terroristen, wo bei der posthumen Begutachtung eine „Amalgamierung“ erkennbar war, also eine Verbindung von „Psychose, rassistischer Ideologie und Verschwörungsdenken“.

In der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) waren bei der Gewaltkriminalität allein im vergangenen Jahr 217.277 Fälle registriert, bei einem Anstieg von 1,5 Prozent gegenüber 2023. Ob ein Verdächtiger psychisch krank war, wird in der Regel jedoch nicht in der PKS erfasst.

Erste Hinweise auf das Ausmaß des Gewaltproblems bei psychisch Kranken können Statistiken des Maßregelvollzugs geben. Tendenziell ist die Zahl der unter-

gebrachten Straftäter gestiegen, wie aus einer Länderumfrage des WEISSER RING Magazins hervorgeht. In Hessen zum Beispiel nahm die durchschnittliche Belegung von 672,5 Patienten im Jahr 2015 auf 939,2 im Jahr 2024 zu, in Berlin von 801 auf 848, in Rheinland-Pfalz von 604 auf 715. Darunter sind allerdings nicht nur Gewalttäter, sondern etwa auch Menschen, die aufgrund einer Suchterkrankung untergebracht wurden. Zu den wenigen Bundesländern, die die vor der Unterbringung begangenen Gewalttaten – etwa Mord, Totschlag, Körperverletzung und Sexualdelikte – aufschlüsseln können, zählt Baden-Württemberg: Die Zahl dieser Delikte ist von 523 im Jahr 2013 auf 789 zehn Jahre später gestiegen. Im Jahr 2023 saßen dort 3.232 Menschen im Maßregelvollzug. Wie viele Geflüchtete unter den Patienten sind, ist in keiner Länderstatistik erfasst.

Britta Bannenberg empfängt in ihrem auffallend aufgeräumten Büro, wo alles seine Ordnung zu haben scheint, auch dank der unzähligen Ordner. Die Kriminologin war früher Langstreckenläuferin. Bannenberg – offenes Lächeln, starker Händedruck – ist nach wie vor fit und ausdauernd, in mehrfacher Hinsicht: Die Professorin der Universität Gießen, an der

**DEZEMBER**

# 2020

**Trier**

Am 1. Dezember 2020 fuhr ein 51-jähriger Mann mit einem Geländewagen durch die Fußgängerzone von Trier und tötete sieben Menschen, darunter ein Baby. 22 weitere Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Der Täter war betrunken und litt an einer paranoiden Schizophrenie. Schuldunfähig sei er zum Tatzeitpunkt jedoch nicht gewesen. Das Landgericht Trier verurteilte ihn zu einer lebenslangen Haftstrafe und ordnete die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an.

**OKTOBER**

# 2021

**Witzenhausen**

Ein 31-Jähriger fuhr am 29. Oktober 2021 mit einem Kleinwagen vor einem Kindergarten in eine Gruppe von drei Mädchen. Eine Achtjährige starb, eine Sieben- und eine Achtjährige wurden schwer verletzt. Das Landgericht Kassel ordnete die dauerhafte Unterbringung in der Psychiatrie an. Aufgrund seiner paranoiden Schizophrenie galt er zum Tatzeitpunkt als schuldunfähig.

DEZEMBER

**2021**

**Würzburg**

Am 25. Juni 2021 tötete ein 24-jähriger Somalier in der Würzburger Innenstadt drei Frauen und verletzte mehrere weitere Personen mit einem Messer. Der Mann war bereits zuvor wegen psychischer Probleme auffällig geworden. Das Würzburger Landgericht, das die Taten unter anderem als dreifachen Mord wertete, ordnete die dauerhafte Unterbringung des zum Tatzeitpunkt wegen einer paranoiden Schizophrenie schuldunfähigen Mannes in die Psychiatrie an.

JUNI

**2022**

**Berlin**

Am 8. Juni 2022 fuhr ein 29-Jähriger mit seinem Auto in eine Menschenmenge auf dem Kurfürstendamm in Berlin. Eine Lehrerin starb, 32 Menschen wurden verletzt. Wegen einer gutachterlich bestätigten chronischen paranoiden Schizophrenie wurde er vom Landgericht Berlin dauerhaft in einer psychiatrischen Klinik untergebracht.

sie unter anderem die kurzen Wege schätzt, forscht seit gut 20 Jahren zu Amok und Terror. „Es handelt sich um sehr seltene Taten, die in den vergangenen Jahren aber zugenommen haben“, sagt Bannenberg. Zudem hätten die Sicherheitsbehörden eine Reihe von Anschlägen verhindert. Zu den möglichen Gründen für den Anstieg zählten die vielfältigen Herausforderungen in jüngster Zeit, etwa die Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg oder die stärkere Zuwanderung seit 2015. All dies könne dazu beitragen, dass manche Menschen in eine Krise geraten, andere dafür verantwortlich machen und einen enormen Hass entwickeln, zum Beispiel auf Zugewanderte.

Bannenberg beschäftigt sich intensiv mit den Attentätern, um Erkenntnisse für die Ursachen und die Prävention zu gewinnen. Sie beobachtet gewisse Nachahmungseffekte beim Zeitpunkt der Tat und bei den Methoden: Täter fühlten sich durch andere Täter und die Berichterstattung über sie angeregt, jetzt zu handeln, hätten oft aber schon vor Jahren über einen Anschlag nachgedacht. Zum Teil seien sie ideologisch, etwa islamistisch oder rassistisch, zum Teil persönlich motiviert.

Die Rechtswissenschaftlerin hat weitere Merkmale gesammelt: Fast alle Täter sind demnach männlich und die meisten psychisch gestört, ein Drittel auch psychisch krank. Dennoch seien sie in der Lage, die Tat detailliert zu planen. Im Gegensatz zu den paranoid schizophrenen Tätern seien die persönlichkeitsgestörten in der Regel schuldfähig und wüssten genau, was sie täten und weshalb. Sie wollten möglichst viele Menschen töten, Aufmerksamkeit und eine Art Heldenstatus bekommen und sich an der Gesellschaft oder bestimmten Gruppen rächen. Es handele sich um Einzelgänger, die soziale Defizite aufweisen, keine Empathie hätten und sich einerseits überlegen, andererseits gedemütigt fühlten. „Die Kälte zeigt sich im Tötungsakt“, so Bannenberg.

## Kapitel 3: Maßregelvollzug und Missstände

**Die Sonne scheint** auf die graugrüne Fassade, die im Licht beinahe freundlich wirkt. Auf den ersten Blick erinnert das Gebäude an eine moderne Schule – bis Kameras, Sicherheitsdienst und eine drei Meter hohe Hochsicherheitstür klarmachen: Dies ist kein Platz für Kinder. In der forensischen Psychiatrie am Europakanal im bayerischen Erlangen werden Straftäter mit schweren psychischen Erkrankungen behandelt. Sie sind nach Paragraf 63 des Strafgesetzbuchs (StGB) verurteilt worden und wurden als schuldunfähig eingestuft.

Das Nachbargebäude entspricht eher dem Bild, das viele vom Maßregelvollzug haben: schmutzige Betonwände, ausgebleichtes Orange an den Fensterrahmen – ein Ort, der auf Abstand hält. Hier sind Menschen untergebracht, die nach Paragraf 64 StGB verurteilt wurden. Sie sind schwer suchtkrank und haben dadurch Straftaten begangen. „Das Gebäude wird noch saniert“, sagt Chefarzt David Janele.

### Alle tragen Alltagsklamotten, auch das Personal

Die Führung beginnt in dem sanierten Gebäude, bei den psychisch erkrankten Straftätern. Pflegekräfte und Patienten sind auf den ersten Blick kaum zu unterscheiden. „Alle tragen Alltagsklamotten“, erklärt Janele. Dies unterstütze die therapeutische Behandlung, da eine weniger „klinische“ Atmosphäre helfen könne, die Rehabilitation zu erleichtern. Locker geht es hier deshalb nicht zu. Es befinden sich Gitter an den Fenstern, die kleinen Zimmer sind nur mit dem Nötigsten ausgestattet: Bett, Tisch, Bad. Und niemand kommt einfach raus. „Paragraf 63 ist unbefristet – das schärfste Schwert der Justiz und der tiefste Eingriff

**„Es handelt sich um sehr seltene Taten, die in den vergangenen Jahren aber zugenommen haben.“** Professorin Britta Bannenberg

ins Persönlichkeitsrecht.“ Beengt wirkt die Station nicht, obwohl die Zahl der schuldunfähigen Täter gestiegen ist. In Bayern wurden 2015 2.561 Menschen behandelt, zehn Jahre später liegt die Zahl bei rund 3.000. Eine Zunahme um etwa 17 Prozent, die Chefarzt Janele auch in seinem Klinikum wahrnimmt. Aber: „Bei uns, wie auch in ganz Bayern, haben wir im Maßregelvollzug ausreichend Betten sowie Kapazitäten, um alle gut zu versorgen.“

Eine Aussage, die nicht alle Bundesländer treffen. Das WEISSER RING Magazin hat bundesweit Träger forensischer Kliniken angefragt. In Berlin gibt es 549 ordnungsbehördlich genehmigte Betten, im Oktober 2024 waren aber 622 belegt. Im Jahr 2024 kam es wiederkehrend dazu, dass Patienten aufgrund von Platzmangel nicht aufgenommen wurden. Im März 2024 waren nur 75,4 Prozent aller Personalstellen besetzt: „Aufgrund der massiven Überbelegung und des eklatanten Personalmangels kann nicht bei jedem Patienten die Häufigkeit der Therapiesitzungen angeboten werden, die sich aus der Risiko-Nutzen-Abwägung ergeben und notwendig wären“, sagt die Senatsverwaltung.

Und das sind nicht die einzigen Probleme in Berlin. Die räumliche Enge in der Forensik hat in der Vergangenheit zu Konflikten sowie Gewalt beigetragen, was wiederum eine hohe Zahl von isolierten Patienten zur Folge hatte. Ein Umstand, mit dem der ehemalige ärztliche Leiter Sven Reiners aus Gewissensgründen nicht zurechtkam und deshalb kündigte.

Auch die Karl-Jaspers-Klinik vor den Toren des niedersächsischen Oldenburg erlangte mit Skandalen mediale Aufmerksamkeit: 2023 und 2024 tötete jeweils ein Patient einen Mitpatienten. „In den Jahren davor gab es keine vergleichbaren Vorfälle wie Mord oder Gewalt mit Todesfolge“, sagt eine Kliniksprecherin. Es gebe Vorkehrungen, um Patienten und Personal zu schützen, etwa eine neue Schließanlage auf Akutstationen, mit der Patienten per Funktechnik nur ihr eigenes Zimmer mit einem Armband öffnen können.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) ist Träger von sechs Kliniken in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt ist das Patientenaufkommen in den vergangenen zehn Jahren von 1.236 auf 1.357 gestiegen.

## „Ich fühlte mich verarscht“

Eine Frau wurde vergewaltigt. Für die Betroffene unverständlich: Obwohl ein Gutachten den Täter als schuldfähig einstufte, möchte der Richter ihn in eine forensische Klinik schicken.

**Er hätte mich getötet, wenn niemand gekommen wäre. Er sagte es mir auch immer wieder, während er mich vergewaltigte und würgte. Dabei wollte ich nur auf die Toilette gehen. Es war morgens, um neun Uhr, in einer Kneipe. Meine Freundin wartete draußen. Als ich nicht wiederkam, ging sie hinein, um nach mir zu sehen. Der Täter floh. Später werde ich erfahren, dass er an diesem Tag noch eine weitere Frau vergewaltigt hat.**

**Vor Gericht hörte ich das Gutachten eines Psychologen: Er erklärte, warum der Täter zu beiden Tatzeitpunkten schuldfähig war. Der Gutachter betonte, dass er die Taten nicht aufgrund eines Alkoholproblems begangen hat. Der Täter sei bei mir so brutal gewesen, das hätte er auch nüchtern gemacht, sagte der Gutachter. Laut ihm war er auch nicht betrunken, da er motorisch nicht eingeschränkt war. Ich roch auch keinen Alkohol während der Tat. Der Barkeeper sagte mir später, er gab dem Mann nur zwei Bier und einen Kurzen.**

**Acht Jahre Haft bekam der Täter. Nach zwei Jahren und neun Monaten soll er in eine Entzugsklinik, bis sein Alkoholproblem gelöst sei. Ein Alkoholproblem, das laut Gutachter gar nicht existiert. Ich fühlte mich verarscht. Während der acht Prozesstage schien es, als sei der Richter auf der Seite der beiden Opfer.**

**Jetzt habe ich das Gefühl, dass er voreingenommen war. Es kommt mir so vor, dass er in der Akte „morgens in einer Kneipe“ las und dazu seine Vorstrafen: Einmal schlug er einen Mann mit einer Flasche. Das Opfer ist teilerblindet. Auch bei dieser Tat war wohl Alkohol im Spiel, daher sah der Richter trotz des Gutachtens ein Alkoholproblem.**

**Ich glaube, dass dem Gericht der Schutz von Frauen wichtig ist, aber meine Schädigungen hatten nicht genug Gewicht bei der Urteilsfindung. Der Richter sah die Bisswunden an meinem Körper, die gebrochenen Rippen, die Prellungen – aber nicht, was die Tat nachhaltig für mich bedeutet.**

**Ich bin arbeitsunfähig mit 28 Jahren, habe Ängste und Probleme mit öffentlichen Verkehrsmitteln, habe eine posttraumatische Belastungsstörung, ich konnte lange nicht ohne Begleitung auf öffentliche Toiletten gehen.**

**Ich glaube daran, dass sich Menschen in Haft positiv entwickeln können – aber nicht bei ihm. Er wäre bereit gewesen zu töten. Ich akzeptiere das Urteil nicht. Am 11. Juni wird der Bundesgerichtshof über den Fall diskutieren. Eine erneute Verhandlung bedeutet auch, dass alles noch mal von vorne losgeht. Ich muss wieder jedes intime Detail der Vergewaltigung vor Gericht erzählen.**

*Nele*

„Natürlich gibt es auch Rückfälle, etwa wenn Suchtpatienten wieder zu Alkohol oder Drogen greifen. Doch dies führt selten zu erneuter Kriminalität.“ **Chefarzt David Janele**

Auf Anfrage entgegnet ein LWL-Sprecher, die Häuser seien gut besetzt. Gleichwohl räumt er ein: „Der Stellenmarkt der forensischen Kliniken unterliegt mehrfachen Herausforderungen.“ Gründe seien Fachkräftemangel, Stadt-Land-Gefälle, Überalterung. Auf die Frage, ob sie in ihrer Einrichtung die Patienten gut versorgen können, antwortet das LWL knapp: „Die Versorgung ist per Gesetz geregelt.“

**Der Maßregelvollzug versteht sich auch als Präventionsmaßnahme**

Zurück in Erlangen. Das alte Gebäude mit den Verurteilten nach Paragraf 64 StGB sieht voll belegt aus. Auf den dunklen Gängen tummeln sich viele Männer, im Aufenthaltsraum schaut eine Gruppe fern. „Der Paragraf 64 war lange nicht trennscharf zwischen wirklich schwer Suchtkranken und Menschen, die nur mal Suchtmittel probiert haben. Seit der Reform des Paragrafen 2023 kommen wirklich nur Menschen zu uns, die schwer abhängig sind“, so Janele. Daher sinke die Zahl der Patienten langsam wieder. Der Maßregelvollzug versteht sich auch als Präventionsmaßnahme. Durch medikamentöse, psycho-, störungs- und deliktspezifische Therapien – teils einzeln, teils in Gruppen – sollen Rückfälle verhindert werden. Das Bundesjustizministerium hat 2020 eine bundesweite Untersuchung dazu veröffentlicht. Schuldunfähige Straftäter aus forensischen Kliniken werden demnach seltener rückfällig. Nach drei Jahren liegt die Rückfallquote bei Entlassenen aus Gefängnissen bei 45 Prozent, aus forensischen Kliniken zwischen zehn und 38 Prozent.

„Natürlich gibt es auch Rückfälle, etwa wenn Suchtpatienten wieder zu Alkohol oder Drogen greifen. Doch dies führt selten zu erneuter Kriminalität“, sagt Chefarzt Janele. Unter Suchterkrankten sei das Risiko eines Rückfalls höher als unter psychisch erkrankten Menschen.

## Kapitel 4: Prävention und Politik

**Nach den jüngsten Attentaten** ist der Umgang mit psychisch auffälligen Menschen, die ein erhöhtes Gewaltrisiko haben können, zum Politikum geworden. Auch Union und SPD gehen in ihrem Koalitionsvertrag darauf ein: „Zur Verhinderung weiterer Gewalttaten, wie in der jüngsten Vergangenheit, wollen wir die frühzeitige Erkennung entsprechender Risikopotenziale bei Personen mit psychischen Auffälligkeiten sicherstellen“, heißt es in dem Papier. Die Regierungsparteien planen „eine gemeinsame Risikobewertung und ein integriertes behördenübergreifendes Risikomanagement“. Viel konkreter werden die Koalitionspartner nicht, ebenso wenig wie bei ihrem Ziel, zu verhindern, dass Waffen legal in die Hände psychisch Kranker gelangen.

Die Bundesländer beschäftigen sich ebenfalls mit dem Thema. Das saarländische Innenministerium beispielsweise teilt auf Anfrage mit, es betrachte „mit Sorge, dass psychisch kranke Gefährder beziehungsweise Gewalttäter wiederholt in Erscheinung getreten sind“. Rheinland-Pfalz stellt auch im Strafvollzug eine „starke Zunahme“ bei den psychisch auffälligen und erkrankten Gefangenen fest. Bremen gibt zu bedenken, dass die Zahl psychischer Erkrankungen in Deutschland insgesamt stetig steigt – und damit auch der Anteil der von den Betroffenen begangenen Straftaten, ohne dass diese per se mit den Krankheiten zusammenhängen müssten.

Bei der Innenministerkonferenz stehen „Früherkennung und Bedrohungsmanagement“ auf der aktuellen Agenda weit oben. Das Gremium fordert in erster Linie, bundesweit Sicherheits- und Gesundheitsbehörden sowie Ausländer- und Waffenbehörden miteinander zu vernetzen und den Informationsaustausch zu erleichtern. Wenn nötig mithilfe von Gesetzesänderungen.

**Im Fokus der Task Force stehen Menschen, die eine schwere Gewalttat begehen könnten**

Schon jetzt können Polizeibehörden Personengebundene Hinweise (PHW) sammeln, darunter Psychische und Verhaltensstörung (PSYV), wenn das für die Eigensicherung der Beamten und zum Schutz der Person nötig ist. Im bundesweiten Informationssystem der Polizei waren zuletzt etwa 16.000 Menschen mit einer psychischen

**MAI**

**2023**

**Berlin**

**Am 3. Mai 2023 verletzte ein Mann mehrere Kinder mit einem Messer auf dem Schulhof einer Berliner Grundschule. Der Täter wurde in einem Gutachten als psychisch krank und schuldunfähig eingestuft und auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Landgericht Berlin in eine psychiatrische Einrichtung eingewiesen.**

**FEBRUAR**

**2024**

**Duisburg**

**Im Februar 2024 griff ein Mann zwei Kinder im Alter von 9 und 10 Jahren mit einem Messer und einem Hammer in Duisburg-Marxloh an. Der 22-jährige Täter hat eine hebephrene Schizophrenie, litt unter Wahnvorstellungen und wurde vom Landgericht Duisburg unbefristet in eine geschlossene psychiatrische Einrichtung eingewiesen.**

JULI

**2024**

**München**

Ein Mann hat am 23. Juli 2024 in einer Einkaufsstraße im Münchner Stadtteil Pasing einen 18- und einen 25-Jährigen mit einem Messer schwer verletzt. Der Täter war nach Angaben der Justiz zum Zeitpunkt des Angriffs aufgrund einer paranoiden Schizophrenie von dem Gedanken beherrscht gewesen, Deutschland müsse von Muslimen befreit werden. In einem sogenannten Sicherungsverfahren ordnete das Landgericht München 1 die Unterbringung des Mannes in einer Psychiatrie an.

JANUAR

**2025**

**Aschaffenburg**

Ein 28-Jähriger hat am 22. Januar in einem Park in Aschaffenburg einen zweijährigen Jungen und einen 41-jährigen Mann mit einem Messer getötet und drei Menschen schwer verletzt. Ermittler hatten schnell Hinweise auf eine psychische Erkrankung des Mannes gefunden, etwa entsprechende Medikamente in seinen Wohnräumen. Er wurde in der Psychiatrie untergebracht. Laut Gutachten war der Mann zum Tatzeitpunkt schuldunfähig.

Störung erfasst. Die Hinweise sind umstritten, auch aus Datenschutzgründen. In Hessen, teilt das Innenministerium mit, wurden im Jahr 2024 307 Tatverdächtige mit dem Hinweis „Psychische oder Verhaltensstörung“ registriert, darunter 21 Asylsuchende. Im Jahr 2019 waren es 255 Verdächtige mit PSYV, drei Jahre zuvor 154.

„Aufgrund der Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten“ hat das Bundesland beim Landeskriminalamt die Task Force Psychisch Auffällige/Vielschreiber/Gewalttäter (PAVG) eingerichtet. Sie sei Teil der polizeilichen Gefahrenabwehr und prüfe zunächst alle in den Informationssystemen erfassten Personen mit dem Hinweis „Psychische und Verhaltensstörung“. Kritik an der Datenbank und der neuen Einheit weist das Ministerium zurück: Es würden lediglich auffällige, polizeibekannte Personen registriert, bei denen durch ein ärztliches Gutachten oder Attest eine psychische Erkrankung beziehungsweise Auffälligkeit festgestellt worden sei. Im Fokus stünden Menschen, die eine schwere Gewalttat begehen könnten. Dadurch sei der Personenkreis „stark begrenzt“, weshalb Erkrankte weder stigmatisiert noch unter Generalverdacht gestellt würden.

Die Task Force solle Behörden und andere Institutionen informieren, etwa Gesundheitsämter, Gerichte und Ausländerämter. Als Handlungsoptionen nennt das Ministerium Gefährderansprachen, Kontakt-, Annäherungsverbote, bei einer konkreten Gefahr auch Observationen und Gewahrsam oder die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus.

„Die beste Prävention“, sagt hingegen der forensische Psychiater Henning Saß in seinem Haus in Aachen, „ist eine gute psychiatrische Versorgung und eine konsequente Behandlung, die sich nicht nur auf die Akutphase beschränkt, sondern so lange andauert, bis der Patient hinreichend stabilisiert ist.“ Er macht eine kurze Pause und wiederholt seine Aussage sinngemäß, mit Nachdruck, weil sie ihm so wichtig ist. Im Zweifelsfall, so Saß, könnten Patienten nach einer Unterbringung etwa unter der Auflage entlassen werden, regelmäßig in der Ambulanz oder beim sozialpsychiatrischen Dienst zu erscheinen. Grundsätzlich, betont der Psychiater, brauche es mehr als Neuroleptika und Antidepressiva, etwa Soziotherapie. „Man muss sich zum Beispiel auch um die sozialen Beziehungen der Menschen kümmern, um ihre Wohn- und Arbeitssituation, um sie zu reintegrieren.“

Beim Waffenrecht rät er, psychische Erkrankungen intensiv zu berücksichtigen. Dafür müssten Daten von Gesundheitsämtern ausreichend lange gespeichert und ein Austausch zwischen Behörden über Ländergrenzen hinweg ermöglicht werden. Der Hanau-Attentäter war 2002 in Bayern in die Psychiatrie zwangseingewiesen worden. Als er gut 15 Jahre später im hessischen Main-Kinzig-Kreis eine Waffenerlaubnis beantragte, lag diese Information der zuständigen Behörde offenbar nicht vor.

Ansonsten ist Saß kritisch, was das Sammeln von Daten angeht. Ein in den vergangenen Monaten diskutiertes Zentralregister für psychisch kranke Menschen lehnt er ab, warnt davor: „Das würde zur Stigmatisierung beitragen und die Schwellenangst, sich bei psychischen Problemen behandeln zu lassen, erhöhen.“ Was wiederum die Prävention behindern würde.

## Manche werden als Querulanten eingestuft und früher oder später nicht mehr ernstgenommen

Auf dem Campus in Gießen will Kriminologin Britta Bannenberg dazu beizutragen, Amoktaten und Anschläge zu verhindern. Das treibt sie an. Sie hat regelmäßig Kontakt mit Opfern und weiß, was diese durchmachen. Bannenberg hat herausgefunden, dass vor solchen Verbrechen „klare Warnsignale“ zu erkennen sind. „Die Gedanken an die Tat sind jahrelang da, die Tatvorbereitungen geschehen vor allem in den letzten vier bis acht Wochen.“ Dann komme es im privaten Umfeld, am Arbeitsplatz, bei Behörden oder im Netz vermehrt zu verdächtigen Aussagen. Die Täter bekunden beispielsweise ihre Sympathie für andere Attentäter oder werden konkreter. Gleichzeitig bereiten sie die Attentate intensiv vor, kundschaften mögliche Tatorte aus. Als Beispiel nennt Bannenberg die mehr als 100 Drohungen und anderen bedenklichen Äußerungen des Magdeburg-Attentäters, bei dem mehrere Gefährderansprachen stattfanden, allerdings ohne weitere Konsequenzen. „Manche werden

als Querulanten eingestuft und früher oder später nicht mehr ernstgenommen. Das ist falsch. Gerade wenn explizite Aussagen fallen, müssen sie intensiv abgeklärt werden.“ Wichtig sei es herauszufinden, in welcher Verfassung sich ein Mensch befinde, ihn deutlich mit seinen problematischen Aussagen zu konfrontieren und ihn eventuell in der Psychiatrie vorzustellen. Eine Gefährderansprache reiche dazu oft nicht.

**D**

**Die Polizei** sei „ein wichtiges Einfallstor“, helfe in vielen Fällen, müsse aber noch stärker sensibilisiert werden, um gefährliche Personen zu erkennen, ebenso wie andere Behörden und die allgemeine Psychiatrie. „Im Gegensatz zur Forensik gehören dort etwa fremdgefährliche, persönlichkeitsgestörte Menschen nicht zum Alltag.“ Bei der Polizei komme es darauf an, dafür zu sorgen, dass wichtige Informationen in Verdachtsfällen auch in der „letzten Polizeistation“ ernstgenommen und die Gefährdung intern abgeklärt werde.

Um in konkreten Fällen zu helfen, hat Bannenberg das Beratungsnetzwerk Amokprävention entwickelt. Eine Art Hotline für Menschen, die befürchten, jemand aus ihrem Umfeld könnte ein Attentat begehen. Die Ratsuchenden erhalten dort eine erste Einschätzung zur Lage und Hinweise zum Umgang mit dem potenziell gefährlichen Menschen. „Gegebenenfalls schalten wir die Polizei ein“, sagt Bannenberg und fügt hinzu, dass die Sorge von etwa 80 Prozent der Anrufenden berechtigt sei.

Ein weiteres Präventionsangebot hat die Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) geschaffen, eine beim Oberlandesgericht Karlsruhe ansässige gemeinnützige Einrichtung. „Unser Ziel ist immer der Opferschutz, auch wenn wir Täter behandeln“, sagt Sylvia Kubath-Heimann, Fachpsychologin für Rechtspsychologie bei BIOS. „Im Rahmen der Führungsaufsicht bei therapeutischer Anbindung können eventuelle Krisen schneller erkannt und es kann eingegriffen werden. So lässt sich auch das Rückfallrisiko begrenzen.“

Darüber hinaus hat BIOS eine Anlaufstelle für Menschen, die Angst haben, ein Gewalt- oder Sexualdelikt zu begehen. BIOS-Sprecherin Sabrina Sengler erinnert an das Attentat in Mannheim: „Der Täter hatte Gewaltfantasien, und es ist bekannt, dass er nach Hilfe suchte“, sagt sie. Er hätte an BIOS vermittelt werden sollen. „Hilfe suchen und Hilfe bekommen ist ein großer Teil bei der Verhinderung von Gewalt- und Sexualstraftaten“, sagt Sengler. Wöchentlich melden sich circa fünf Personen aus Angst, zum Täter werden zu können. Doch aufgrund fehlender Fördermittel könne das Angebot nicht offensiver beworben werden, da es an Therapeuten mangele.

## Kapitel 5: Versorgung und Mangel

**Prävention bedeutet** nicht nur, straffällig gewordene psychisch Kranke zu therapieren, sondern auch, Menschen frühzeitig zu behandeln, damit es gar nicht erst zu einer Tat kommt. Das WEISSER RING Magazin hat eine Länderumfrage zur Versorgung gemacht. Die Gesundheitsministerien sprechen in ihren Antworten meist von einer Überversorgung bei Psychotherapeutenplätzen. Und von einer Wartezeit auf einen Therapieplatz von vier Wochen.

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) legt die Rahmenrichtlinien für die Bedarfsplanung fest – auf dieser Grundlage entscheiden die Kassenärztlichen Vereini-

**„Die beste Prävention ist eine gute psychiatrische Versorgung, die so lange andauert, bis der Patient hinreichend stabilisiert ist.“** **Professor Henning Saß**

**MÄRZ**

**2025**

**Mannheim**

**Am 3. März 2025, Rosenmontag, fuhr ein 40-jähriger Mann mit seinem Auto in eine Menschenmenge in der Mannheimer Innenstadt. Zwei Menschen wurden getötet, mehrere weitere verletzt. Es gibt laut Staatsanwaltschaft Anhaltspunkte für eine psychische Erkrankung des Täters sowie einen psychischen Ausnahmezustand zur Tatzeit. Ein psychiatrisches Gutachten wurde in Auftrag gegeben. Die Ermittlungen dauerten bei Redaktionsschluss noch an.**

MAI

**2025**

**Hamburg**

**Eine 39-jährige Frau stach am 23. Mai im Hauptbahnhof an Gleis 13 und 14 auf Reisende ein. Insgesamt 18 Menschen wurden verletzt, vier davon lebensgefährlich. Mittlerweile sind sie in einem stabilen Zustand. Ein Haftrichter ordnete an, die Verdächtige in einer Psychiatrie unterzubringen. Sie war erst am Tag vor der Tat aus einer solchen Einrichtung entlassen worden. Die Frau soll bereits im Februar auf einem Spielplatz am Flughafen ein sechsjähriges Mädchen geschlagen haben.**

gungen (KV) über die Zahl der Kassensitze in einer Region. Eine Überversorgung bedeutet, dass die Sitze belegt sind. Aber ob das den tatsächlichen Bedarf deckt, bezweifeln Experten. „Zum Beispiel können nicht alle Einwohner das gesamte Angebot nutzen, da es unter den Psychotherapeuten Spezialisierungen gibt“, sagt der Erlanger Chefarzt Janele. In Sachsen herrscht laut KV eine Überversorgung mit 1.103 Psychotherapeuten, die auf 4,05 Millionen Einwohner kämen. Das entspricht einem Therapeuten für fast 3.700 Einwohner. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Nordrhein-Westfalen findet klare Worte: „Die rechnerisch gute Versorgungslage steht im Widerspruch zu den Wartezeiten auf eine Richtlinientherapie.“ Bayern bestätigt, dass die Lage schon lange angespannt sei und die Vorgaben der Planung nicht den tatsächlichen Bedarf abbildeten.

Der G-BA erklärt auf Anfrage, nach den Hausärzten habe keine fachliche Berufsgruppe so viele Kassensitze wie Psychotherapeuten. Studien hätten ergeben, dass es nicht mehr Plätze brauche, sondern eine Umverteilung. Mehr Therapeuten müssten aus der Stadt aufs Land ziehen.

Die Diskussion um Kassensitze betrachtet Janele als nicht zielführend: „Am Ende ist es doch so: Die Menschen mit einer schweren psychischen Erkrankung wie paranoide Schizophrenie gehen damit nicht zu einem einfachen Psychotherapeuten. Der könnte sie nicht allein zielführend behandeln.“ Dazu brauche es eine Mitbehandlung durch einen niedergelassenen Psychiater und mehr ambulante psychiatrische Anlaufstellen für solche Fälle. Darüber hinaus fordert Janele einen Ausbau der rechtlichen Rahmenbedingungen beispielsweise für behandlungsunwillige Patienten mit einem hohen Gefährdungspotential.

## Der Personalmangel wird auch in Zahlen deutlich

BIOS-Psychologin Sylvia Kubath-Heimann mahnt, eines nicht zu vergessen: „Bei der psychischen Erkrankung Schizophrenie kriminalisieren sich nur drei bis zehn Prozent der Betroffenen überhaupt.“ In Deutschland ist laut Schätzungen etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung erkrankt.

Clara (Name geändert) hat eine psychische Erkrankung. „Es hat Jahre gedauert, bis ich meine Borderline-Diagnose annehmen konnte“, sagt sie. Ein Grund sei das gesellschaftliche Stigma gewesen. Selbst unter Fachleuten gälten Menschen mit der Krankheit oft als „unberechenbar“. Mit 17 Jahren war sie erstmals in der Psychiatrie, seitdem regelmäßig. Die Aufenthalte hälfen ihr, aber es gebe viel Verbesserungsbedarf: Eine psychotherapeutische Behandlung finde kaum statt, meist böten die Kliniken nur Gruppengespräche mit Sozialarbeitern oder Beschäftigungstherapie. Patientinnen und Patienten auf einer geschützten Station dürften teils nicht allein ins Bad, seien darauf angewiesen, dass das Personal „Zeit hat“ für alltägliche Bedürfnisse wie Zähneputzen. Das könne auch mal Stunden dauern. „Vermutlich wegen der Überforderung der Pflegekräfte aufgrund des Personalmangels“, sagt Clara.

Laut dem zweiten Quartalsbericht 2024 des Institutes für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen erfüllten nur rund ein Drittel der Einrichtungen die Personalstandards: 34,7 Prozent der Erwachsenenpsychiatrien, 34,6 Prozent der Kinder- und Jugendpsychiatrien und 33 Prozent der psychosomatischen Kliniken. Die Daten basieren auf Auswertungen von 1.090 Standorten. Kurz gesagt: Es fehlen 500.000 Pflegepersonal-Arbeitsstunden.

Der Sprecher des LWL in Nordrhein-Westfalen sieht prekäre Situationen in den Allgemeinpsychiatrien: Es sei zu beobachten, dass immer häufiger Menschen aus den Kliniken im Maßregelvollzug landen, weil sie zuvor nicht intensiv genug behandelt worden seien. Der LWL-Maßregelvollzug fordert mit weiteren Trägern forensischer Kliniken eine Reform der Versorgung von Menschen mit schweren Erkrankungen unter dem Titel „Weckruf“.

Als besonders belastend beschreibt Clara den Übergang von der Klinik in den Alltag – oft ohne Anschlussbehandlung: „Ich musste mich immer selbst um einen Therapieplatz kümmern, nach meinem aktuellen habe ich eineinhalb Jahre gesucht.“ Das Problem: Viele Psychotherapeuten behandeln so schwere psychische Erkrankungen wie Borderline nicht. Über die von den Gesundheitsministerien angegebene vierwöchige Wartezeit lacht sie nur müde.

# „Ich glaube an das Gute im Menschen“

Ein Rassist mit einer paranoiden Schizophrenie ermordete Serpil Temiz Unvars Sohn Ferhat. Sie ist vom ebenfalls psychisch auffälligen Vater des Täters immer wieder gestalkt worden.

**Mehr als fünf Jahre** sind vergangen, seit mein 22-jähriger Sohn von einem Rassisten erschossen wurde. Einen größeren Schmerz gibt es nicht, er wird nie weggehen. Aber ich fühle, dass Ferhat noch da ist. Es ist, als würde ich weiter mit ihm in unserem Haus im Hanauer Stadtteil Kesselstadt leben. Hier ist er aufgewachsen, hier hat er Spuren hinterlassen. Weil ich Ferhat sonst verlassen würde, werde ich auf keinen Fall wegziehen. Obwohl der Vater des Attentäters, der wie sein Sohn rassistisch und psychisch auffällig ist, in der Nähe wohnt. Er hat mir nachgestellt und Briefe geschickt, in denen er eine Täter-Opfer-Umkehr betrieb. Er stand vor meinem Fenster und verstieß gegen ein Kontakt- und Näherungsverbot. Sein Psychoterror hat vielleicht auch damit zu tun, dass ich eine alleinerziehende, starke Frau bin, die in die Öffentlichkeit geht. In letzter Zeit ist es recht ruhig, doch ich gehe davon aus, dass er uns weiter Angst machen will.

In einem Sammelverfahren wurde er 2024 wegen Verstößen gegen das Gewaltschutzgesetz, Beleidigung und anderen Delikten zu einer Geldstrafe von gut 20.000 Euro verurteilt. Mein Anwalt forderte eine Freiheitsstrafe von eineinhalb Jahren ohne Bewährung. Das Urteil ist nicht hart genug.

Was muss noch alles passieren? Diese Frage stelle ich nicht nur für mich selbst. Vor allem Frauen werden oft massiv bedroht, etwa vom Ex-Partner, aber die notwendigen Konsequenzen bleiben aus. Trotz Warnsignalen. Diese gab es auch beim Attentäter von Hanau. Er schrieb zum Beispiel Briefe mit Verschwörungstheorien an Behörden, war mal in die Psychiatrie eingewiesen worden – und durfte legal Waffen besitzen. Wir müssen die Prävention verbessern, um solche Taten zu verhindern. Besonders wichtig ist das Waffenrecht. Waffen dürfen nicht in die Hände von Extremisten oder psychisch Kranken gelangen. Alle für Sicherheit zuständigen Stellen sollten Alarmzeichen besser erkennen.

### Der Anschlag

Am **19. Februar 2020** ermordete ein 43-Jähriger **in Hanau** an zwei Tatorten neun Menschen aus rassistischen Motiven. Anschließend tötete er seine Mutter und sich selbst. Laut dem forensischen Gutachten von Professor Henning Saß war der Attentäter **paranoid-schizophren** und **rechtsextrem**. Der Vater des Täters hat Anfragen bisher nicht beantwortet. In früheren Stellungnahmen wies er alle Vorwürfe zurück und stellte sich und seine Familie als unschuldige Opfer dar. Er tue niemandem etwas Böses. Und für die Morde – auch an seiner Frau und an seinem Sohn – sei eine weltweite Geheimorganisation verantwortlich.

**Transparenzhinweis:**

**Serpil Unvar wurde zeitweise vom WEISSEN RING unterstützt, unter anderem mit einer finanziellen Soforthilfe.**

**„Sein Psychoterror gegen mich hat vielleicht auch damit zu tun, dass ich eine Frau bin.“**

Wenige Monate nach dem Mord an meinem Sohn habe ich die nach ihm benannte Bildungsinitiative gegründet. Wir haben 45 Teamerinnen und Teamer ausgebildet, die an Schulen Workshops gegen Diskriminierung geben, deutschlandweit. Bald werden wir auch in Grundschulen unterwegs sein. Den Wunsch hatte mein jüngster Sohn, der auch Vorschläge für das Konzept macht.

Ende 2024 haben wir in Hanau eine internationale Konferenz mit dem Titel „Gegen das Vergessen – Für das Leben“ veranstaltet, inspiriert von Ferhats Worten: „Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst.“ Wir haben mit Betroffenen über Hassverbrechen – antisemitische, islamistische, rechtsextremistische – und Strategien dagegen diskutiert. Alle haben die gleichen Schmerzen; im Endeffekt sind alle Opfer von Menschenfeindlichkeit. Wir müssen gemeinsam dagegen kämpfen. Überlebende und Hinterbliebene aus Utøya waren auch da. Sie haben bei der Prävention den Fokus früh auf Bildung gelegt und neben einem Museum durchgesetzt, dass der Anschlag in Norwegen Teil des Lehrplans ist.

Manchmal bin ich müde und traurig – auch wegen der aktuellen Krisen und rechten Tendenzen, die mir große Sorgen bereiten. Aber aufzuhören oder aufzugeben ist keine Option, wir müssen zusammen- und dagegenhalten. Ich glaube an das Gute im Menschen und die Möglichkeit zur positiven Veränderung. Was mir – neben Ferhat – Mut macht und mich antreibt, sind die jungen Menschen, die sich bei uns engagieren.

**Protokoll**: Gregor Haschnik
**Foto**: NÓI CREW

**Nach der Tat: Aschaffenburg**

# „Wenn wir uns zu Hause einsperren würden und Angst hätten, hätte der Täter gewonnen“

Der Vater des Kleinkindes, das bei der Messerattacke von Aschaffenburg durch einen psychisch kranken Täter schwer verletzt wurde, spricht im Interview mit dem WEISSER RING Magazin über die schwere Zeit nach der Tat, die Debatte darüber und Lichtblicke, die ihm Zuversicht geben.

**Text:** Gregor Haschnik
**Fotos:** Ramon Haindl

*Das zweijährige Mädchen saß in einem Bollerwagen im Aschaffenburger Park Schöntal, als der Angreifer, ein Geflüchteter aus Afghanistan, kam. Es überlebte schwerverletzt. Ein zweijähriger Junge und ein 41-jähriger Mann, der helfend eingeschritten war, wurden getötet. Vier Monate nach der Tat hat sich der Vater des Mädchens, der 2013 aus Syrien nach Deutschland flüchtete, zu einem Interview bereiterklärt. Er antwortet ruhig, klar und reflektiert, ohne Wut.*

**Wie geht es Ihnen und Ihrer Familie heute, fast vier Monate nach dem Attentat von Aschaffenburg?**

Was passiert ist, kommt immer wieder hoch. Als wir an dem Tag erfahren hatten, dass unsere Tochter attackiert wurde, war das ein Schock. Wir haben nur noch an sie gedacht und eine unfassbare Angst gehabt. Zu erfahren, dass sie überlebt, war eine riesige Erleichterung. Ich bin psychisch relativ stabil, aber meiner Frau geht es nicht so gut. Sie ist schwanger und macht sich Sorgen. Es geht emotional hoch und runter, aber wir werden medizinisch und psychologisch sehr gut betreut.

**Wie geht es der Kleinen?**

Kinder können solche Ereignisse manchmal schneller verarbeiten als Erwachsene. Unsere Tochter hatte am Anfang Angst und konnte nicht schlafen. Jetzt ist sie manchmal zornig, was mit dem Angriff zusammenhängen könnte. Aber insgesamt geht es ihr gut, auch körperlich ist sie fit. Sie hat Energie, spielt wieder, auch mit anderen Kindern, und geht in die Krippe, allerdings in eine andere, damit sie weniger an die Tat erinnert wird. Bei dem Wechsel hat uns Oberbürgermeister Jürgen Herzing geholfen. Wir gehen alle regelmäßig zur Therapie in die Trauma-Ambulanz, was uns hilft.

**Was gibt Ihnen Kraft?**

Es hilft uns, unsere Tochter anzuschauen. Zu sehen, wie sie läuft, wie sie spielt, wie sie lacht. Sie ist ein sehr aufgewecktes, lebhaftes Mädchen. Ich bin häufiger zu Hause und für meine Frau da. Um zu entspannen, gehen wir zum Beispiel spazieren, in der Stadt oder im Wald. Uns hilft auch die große Solidarität, die wir nach wie vor erleben. Nachbarn, Freunde, Bekannte und viele andere Menschen helfen uns. Sehr viele Leute sind nach der Tat zum stillen Gedenken gekommen, haben gespendet und viel Mitgefühl gezeigt. Wir fühlen uns sehr gut aufgehoben.

**Wie versuchen Sie, mit dem Ereignis umzugehen?**

Im Leben passiert viel Schönes, aber auch

Schreckliches. Wir versuchen, nach vorne zu schauen, und sagen uns: Wenn wir nichts machen, uns zu Hause einsperren würden und Angst hätten, hätte der Täter gewonnen.

*Den Kontakt zum Vater hat Rainer Buss, Vize-Leiter der Außenstelle des WEISSEN RINGS in Aschaffenburg, hergestellt. Er unterstützt die Familie seit der Tat und hat für das Gespräch sein Arbeitszimmer zur Verfügung gestellt. „Ich vertraue ihm", sagt der Vater in einer Interviewpause.*

**Ein 41-Jähriger hat sich dem Täter entgegengestellt und wurde ermordet. Was denken Sie über ihn?**

Er ist immer in meinem Kopf. Der Mann kannte die Kinder nicht und hat trotzdem mutig eingegriffen und sie geschützt. Auch an den zweijährigen Jungen, der ermordet wurde, denke ich. Wenn ich meine Tochter in die Krippe gebracht oder dort abgeholt habe, habe ich ihn oft gesehen. Es tut mir sehr leid für alle Angehörigen. Für das, was sie durchmachen, gibt es keine Worte.

**Schon kurz nach der Tat haben vor allem rechte Akteure und Parteien versucht, die Tat für ihre Zwecke zu benutzen und Ressentiments gegen Geflüchtete geschürt. Die AfD und ihr faschistischer Landeschef aus Thüringen, Björn Höcke, riefen zu einem Gedenken in Aschaffenburg auf. Was halten Sie davon?**

Das war schrecklich. Ich bin in der Zeit im Krankenhaus geblieben und habe am Bett meiner Tochter um sie gebangt. Alles andere hat mich nicht interessiert, aber ich habe die Debatte mitbekommen. Dass Leute wie Höcke versuchen würden, die Tat auszunutzen, ihr „Geschäft" damit zu machen, war zu erwarten. Es ist ganz einfach: Selbstverständlich gibt es gute und schlechte Menschen unter Geflüchteten, genauso wie zum Beispiel unter Deutschen oder Afrikanern. Tragisch ist: Wir sind vor dem Krieg nach Deutschland geflüchtet, und dann werden wir hier Opfer einer grausamen Attacke. Doch so ein Verbrechen hätte uns auch woanders treffen können.

**Kritiker sagen, die Tat hätte verhindert werden können. Der Attentäter war vorher schon oft auffällig und gewalttätig geworden.**

Man ärgert sich natürlich darüber, auch weil der Täter als gefährlich bekannt war und Deutschland eigentlich hätte verlassen sollen. Aber es ist nicht mehr zu ändern. Ich hoffe, dass der Angreifer nicht mehr freikommt.

**Wurde Ihre Familie nach der Messerattacke immer gut unterstützt? Oder gab es auch Fehler oder Versäumnisse?**

Nein, wir haben keine schlechten Erfahrungen gemacht. Von der Polizei über die Ärzte, den Oberbürgermeister bis zum WEISSEN RING – alle haben sich sehr gut um uns gekümmert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Ministerpräsident Markus Söder haben uns Briefe geschrieben. Wir können nur Danke sagen.

**Sie haben Ihre eigene Fluchtgeschichte bereits angesprochen. Weshalb und wie sind Sie nach Deutschland gekommen?**

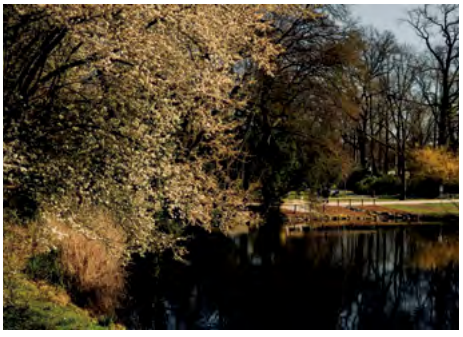
Nachdem ich angefangen hatte, Literatur zu studieren, wurde die Lage in Syrien immer schlimmer. Es gab nur zwei Möglichkeiten: Krieg und Armee oder Flucht. Ich war ein Jahr unterwegs, bin über die Türkei, Griechenland und Italien geflüchtet. Es war eine schwierige Zeit. In Deutschland, wo ich Ende 2013 ankam, habe ich erst in Baden-Württemberg gelebt und bin vor acht Jahren nach Aschaffenburg gezogen. Ich habe die Sprache gelernt, eine Ausbildung gemacht und schon in verschiedenen Berufen gearbeitet, unter anderem als Dolmetscher für das Landratsamt. Mittlerweile habe ich die deutsche Staatsangehörigkeit.

**Warum haben Sie sich entschieden, in Aschaffenburg zu bleiben?**

Die Stadt ist meine Heimat. Klein, aber fein, man kennt sich. Wir haben hier schnell Leute kennengelernt, unser Freundes- und Bekanntenkreis ist groß.

**Was wünschen Sie sich für Ihre Familie für die Zukunft?**

Wir wollen hier friedlich, sicher und gesund leben. Das ist das Wichtigste.



**Der Park Schöntal liegt mitten in Aschaffenburg. Nach dem Messerangriff entstand am Tatort eine provisorische Gedenkstätte.**

„Die Stadt ist meine Heimat. Klein, aber fein, man kennt sich. Wir haben hier schnell Leute kennengelernt, unser Freundes- und Bekanntenkreis ist groß."

Vor allem junge Männer flüchten aus ihrem Heimatland vor Krieg und Gewalt nach Deutschland. Hier möchten sie ein neues Leben aufbauen und ihre Familie nachholen. Viele von ihnen werden Opfer von Rassismus. Diese und weitere Faktoren können psychische Erkrankungen fördern.

# Geflüchtet & traumatisiert



**Text:** Selina Stiegler, Gregor Haschnik
**Fotos:** Savannah B./Unsplash

Nach der tödlichen Messerattacke eines psychisch kranken Geflüchteten in Aschaffenburg flammt erneut die Debatte über psychische Erkrankungen bei Asylsuchenden auf. Sind traumatisierte Geflüchtete tatsächlich gefährlich? Und wie gut ist ihre Versorgung? Das WEISSER RING Magazin geht diesen Fragen auf den Grund.

**„Es gibt mehr Menschen mit einer psychischen Auffälligkeit unter den Menschen, die kriminell sind, aber unter den psychisch Erkrankten sind nur ganz wenige kriminell.“**

**Seit ein psychisch kranker** Asylbewerber am 22. Januar 2025 in Aschaffenburg zwei Menschen mit einem Messer tötete, gibt es in Deutschland wieder eine öffentliche Diskussion über mögliche Gefahren durch traumatisierte Geflüchtete – so wie auch schon nach der Gewalttat von Würzburg im Jahr 2021.

Sind Menschen mit Fluchterfahrung tatsächlich häufiger psychisch schwer belastet als andere? Macht sie das gefährlicher? Wie steht es um die medizinische Versorgung von Geflüchteten? Das WEISSER RING Magazin hat sich in Studien, Statistiken und bei Experten auf Antwortsuche begeben.

## Jung, geflüchtet und psychisch krank

**87 Prozent** aller geflüchteten Menschen in Deutschland haben potenziell traumatisierende Ereignisse wie Krieg, Verfolgung oder Zwangsrekrutierung erlebt. Das ergab 2019 eine repräsentative Befragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, des Forschungszentrums des BAMF und des Sozioökonomischen Panels am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Eine Auswertung der Johns Hopkins Bloomberg School of Public Health aus dem Jahr 2020 zeigt: Rund 30 Prozent der Geflüchteten weltweit haben eine posttraumatische Belastungsstörung. Die Untersuchung beruht auf Studien aus 15 Ländern, darunter auch Deutschland.

## Macht ein höheres Risiko einer Belastungsstörung einen Menschen auch gewaltbereiter?

Zum Vergleich: In der deutschen Bevölkerung liegt der Wert bei 1,5 bis zwei Prozent laut dem Robert Koch-Institut. Geflüchtete in Deutschland haben damit ein 15- bis 20-fach höheres Risiko, an einer posttraumatischen Belastungsstörung zu erkranken, als Menschen aus der allgemeinen deutschen Bevölkerung.

Soweit die Zahlen. Aber macht ein höheres Risiko einer Belastungsstörung einen Menschen auch gewaltbereiter?

Thomas Hillecke ist wissenschaftlicher Leiter bei der Behandlungsinitiative Opferschutz (BIOS-BW) e.V. und Professor für klinische Psychologie. Er verweist im Gespräch mit der Redaktion des WEISSEN RINGS auf eine falsche Wahrnehmung: „Es gibt mehr Menschen mit einer psychischen Auffälligkeit unter den Menschen, die kriminell sind - aber unter den psychisch Erkrankten sind nur ganz wenige kriminell.“ Und so sei es auch bei Menschen mit Migrationsgeschichte.

**Die von der Bundesarbeitsgemeinschaft Baff errechnete Versorgungsquote bei Geflüchteten von 3,1 Prozent ergibt sich aus den folgenden Daten:**

**3.087.650**

**geflüchtete Menschen** leben in Deutschland.

**923.595**

geflüchtete Menschen haben eine **Traumafolgestörung**.

**25.861**

geflüchtete Menschen waren in **psychosozialen Zentren**.

**2.803**

**Vermittlungen** gab es an weitere Akteure.

**Quelle: Ausländerzentralregister 2023/Baff**

„Gewalttätigkeit hängt nicht von Flucht ab“, stellt Hillecke klar. Er hat im Rahmen seiner Arbeit viel mit Geflüchteten zu tun, die eine psychische Erkrankung aufgrund von traumatisierenden Erlebnissen entwickelt hätten. „Faktoren wie jung und männlich spielen bei der Gewaltbereitschaft eine Rolle“, sagt der Psychologe.

## Gewalttätigkeit hängt nicht von Flucht ab

Viele Geflüchtete seien minderjährig und männlich. Dazu kämen Rassismus-Erfahrungen, die viele Geflüchtete erleiden. „Es besteht dadurch die Gefahr der Ausgrenzung sowie der Verbitterung. Das Realempfinden ist, nirgendwo anzukommen, man ist einsam und sieht keinen Weg des Weiterkommens im Leben“, sagt er. Dies begünstige in seltenen Fällen eine Radikalisierung oder eine psychische Erkrankung. Das mache Geflüchtete aber nicht zu „Gefährdern“. Der Psychologe erklärt, dass sie selbst häufiger Opfer von Gewalt würden als zu Tätern. Ein Umstand, den die Psychologin Anikó Zeisler im Gespräch mit der Redaktion des WEISSEN RINGS ebenso erwähnt. „Studien zeigen anhand der Polizeilichen Kriminalstatistik, dass 99,4 Prozent der in Deutschland lebenden Ausländer*innen nicht wegen Gewaltstraftaten registriert sind“, sagt Zeisler. Sie arbeitet bei der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (Baff).

## Eine Frage der Prävention

**Wenn aber** Geflüchtete überdurchschnittlich häufig psychische Belastungen aufweisen – wie steht es dann um ihre medizinische Versorgung? Wäre das nicht Opferschutz, ja Prävention, wenn sie ausreichende Hilfsangebote und Behandlungen bekämen? Ein wichtiger Faktor, der in der Debatte oft übersehen werde, sagt Zeisler.

## Geflüchtete sind oft Belastungen ausgesetzt, die ihre Psyche stark beanspruchen

Studien zeigen, dass eine gut abgestimmte psychiatrische Versorgung Eskalationen bei Fremdgefährdung vorbeugen kann – insbesondere, wenn individuelle Risikofaktoren frühzeitig erkannt und berücksichtigt werden. Geflüchtete sind oft Belastungen ausgesetzt, die ihre seelische Gesundheit langfristig verschlechtern können.

Allein die Lebensumstände in vielen Unterkünften sind prekär. Sieben Doppelstockbetten, dicht an dicht, ein Leben auf wenigen Quadratmetern, kaum Lärmschutz, Privatsphäre und soziale Betreuung, in einer Art Zeltdorf mit insgesamt etwa 7000 Plätzen und Konflikten, Übergriffen gegen Frauen und Nervenzusammenbrüchen: Über das Berliner „Ankunftszentrum Tegel“ gab es schon viele negative Berichte, wobei das Landesamt für Flüchtlingsange-

„Es besteht die Gefahr der Ausgrenzung sowie der Verbitterung. Das Realempfinden ist, nirgendwo anzukommen, man ist einsam und sieht keinen Weg des Weiterkommens im Leben.“

legenheiten Kritik zurückwies. Ähnlich wie die verantwortlichen Behörden in anderen Orten. Doch die Missstände und Folgen sind offensichtlich. Forscher der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften nannten etwa die beengten Wohnverhältnisse, über Monate, teils Jahre hinweg, sowie die schwierige Lebenssituation, etwa aufgrund des unsicheren Aufenthalts, als Gründe für eine schlechte psychische Gesundheit und Häufung von Gewaltdelikten in manchen Gemeinschaftsunterkünften.

Durch den jetzigen Versorgungsstand würden Betroffene ständig durch das Raster fallen. Zeisler hat in der Vergangenheit als Psychologin in den zuständigen psychosozialen Zentren (PSZ) gearbeitet. Sie selbst habe häufig Folgendes erlebt: „Wir haben den Notarzt gerufen und die Klienten ins Krankenhaus gebracht – sie wurden gleich wieder entlassen.“

## Zentren sind auf psychiatrische Krankenhäuser und Fachärzte angewiesen

Für die Behandlung mit Medikamenten sind die Zentren auf psychiatrische Krankenhäuser und Fachärzte angewiesen.

„Ich denke, wir verschwenden gerade sehr viel Energie und finanzielle Ressourcen damit, Menschen aufwendig an den Grenzen abzuschieben und die Grenzen abzusichern."

Da die Kosten aber nur begrenzt über das Asylbewerberleistungsgesetz abgerechnet werden können, haben Geflüchtete oft keinen Zugang zu dieser notwendigen Versorgung.

## Ein Fakten-Check zur Versorgung

**Um die Versorgung** genauer zu verstehen, müssen Gesetze und Zahlen betrachtet werden: Das Asylbewerberleistungsgesetz regelt nach Paragraf 4 und 6, wer Anspruch auf eine psychologische Versorgung hat. „Laut dem Gesetz dürfen in den ersten 36 Monaten nur Notfälle behandelt werden", sagt Zeisler. Dazu komme noch, dass die Kostenübernahme von Sprachmittlern nicht geregelt sei.

Die psychosozialen Zentren würden versuchen, den Bedarf an Begleitung und Versorgung durch psychotherapeutische Angebote, psychosoziale Beratungen sowie Gruppenangebote zu decken. Die Versorgung bleibe trotz allem unzureichend. Gründe seien das überlastete Gesundheitssystem, die Hürden beim Zugang zur Regelversorgung und das Asylbewerberleistungsgesetz.

Zeisler gibt an, dass die Baff in den psychosozialen Zentren und ihre Kooperationspartner 2022 nur 3,1 Prozent des potenziellen Versorgungsbedarfs decken konnten. Die Studie „Psychische Erkrankungen bei Asylsuchenden in Deutschland – Versorgungslücke und Versorgungsbarrieren" von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat 2020 ergeben, dass 59 Prozent der insgesamt 214 untersuchten Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften Symptome einer psychischen Erkrankung hatten. Doch in den Abrechnungsdaten der Sozialbehörden fand sich nur ein Anteil von 4,9 Prozent, der tatsächlich mit einer entsprechenden Diagnose das Gesundheitssystem kontaktierte.

## Was sich ändern muss

Eine gute psychiatrische sowie psychotherapeutische Anbindung könne einen Beitrag dazu leisten, eine mögliche Fremdgefährdung zu reduzieren, erklären die beiden Experten im Gespräch immer wieder. Um dies zu gewährleisten, brauche es neben einem Zugang zum Gesundheitssystem eine dauerhafte, sichere Förderung der psychosozialen Zentren. Aktuell erhalte die Baff nur für jeweils ein Jahr befristet Fördermittel und müsse jährlich planen, welche psychologischen Angebote sie noch anbieten könnten. Auch BIOS bekomme keine dauerhafte Finanzierung.

**Die Integration wird zu stockend vorangetrieben. Die Menschen müssen schneller ins Arbeiten kommen, Stabilität und Struktur bekommen**

Die zuständigen Ministerien der Bundesländer verweisen auf Anfrage des WEISSER RING Magazins auf psychosoziale Zentren als zentrale Anlaufstellen für die Versorgung Geflüchteter. Teilweise gibt es psychologisch geschultes Personal in den Unterkünften. Nordrhein-Westfalen plant darüber hinaus ein Präventionspaket von jährlich 18 Millionen Euro. Meist beziehen sich die Angebote auf Menschen mit laufendem Asylverfahren – für Neuangekommene fehlt oft psychologische Unterstützung. In Berlin hingegen erfolgt ein psychiatrisches Screening bereits bei der Erstuntersuchung; auch Dolmetscher-Leistungen sollen dort flächendeckend finanziert werden.

„Ich denke, wir verschwenden gerade sehr viel Energie und finanzielle Ressourcen damit, Menschen aufwendig an den Grenzen abzuschieben und die Grenzen abzusichern", sagt Zeisler. Die Migrationsforschung zeige, dass dies auf lange Sicht nicht effektiv sei und Fluchtbewegungen immer stattfinden werden. Nachhaltiger sei es, die vorhandenen Ressourcen in die Integration und Versorgung von Geflüchteten zu stecken. „Die Integration wird zu stockend vorangetrieben. Die Menschen müssen schneller ins Arbeiten kommen, Stabilität und Struktur bekommen", sagt Thomas Hillecke von BIOS.

Und er hat einen Wunsch: Die Gesellschaft müsse den zwischenmenschlichen Umgang ändern. Weniger Ausgrenzung, mehr Miteinander.

# True Crime und Social Media

„Ich habe noch nie das Format ‚True Crime' als Unterhaltung begriffen. Vielleicht weil ich selbst mal Opfer war. Ich finde es unglaublich wichtig, dass Ihr darauf aufmerksam macht. Vielen Dank dafür ❤️"

„True Crime ist Voyeurismus."

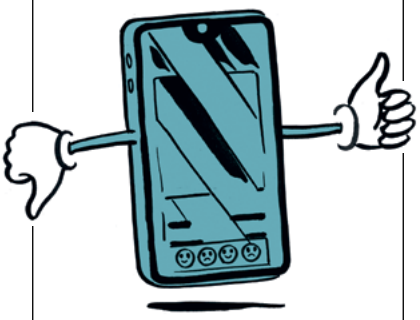
„Ich höre selber True Crime und finde es total wichtig, endlich auch die andere Seite publik zu machen. Neben guter Qualität und respektvollem Umgang mit der schrecklichen Tat und den Opfern gibt es leider auch viele minderwertige Formate, die so auch genannt werden sollten. Einwände der Angehörigen sollten immer oberste Priorität haben. Wer das nicht respektiert, hat das falsche Betätigungsfeld. Es gibt so etwas wie Ethik und Berufsehre aus gutem Grund. Es geht in der Berichterstattung um echte Menschen."

„So wichtig, dass das auch beleuchtet wird. Für die Betroffene tut es mir sehr leid und sehe es sehr kritisch, womit da Profit gemacht und Sensationslust gestillt wird."

„Es ist schlichtweg respektlos, wahre Verbrechen derart kommerziell auszuschlachten. Was soll denn das werden? Abstimmen, was ein spektakuläres Ende wäre? Was wollen die Zuschauer da? I don't get it. Lies ein Buch, hör einen Podcast. Dies auch noch alles zu tun nach Bitten von Familie, dies zu unterlassen, ist dann widerlich."

„Das ist echt unmöglich! 😡😲😳"

„Danke, Danke, Danke für diesen wichtigen Beitrag zu dem Thema True Crime und die Möglichkeit, die Sicht der Angehörigen zu zeigen. Das ist so wichtig."



**WEISSER RING auf Instagram:**

„Es ist unbegreiflich, was da aus schlecht getarnter Sensationslust getrieben wird, um Geld zu verdienen… 🤮"

„Danke für diese Berichterstattung im Sinne der Angehörigen! Leider wird darauf nie Rücksicht genommen!"

„Es mutet schon sehr geschmacklos an, im Podcast über die Angehörigen und deren Belastung zu philosophieren, gleichzeitig aber genau die nicht involviert zu haben. Wie wäre es denn, die generierten Einnahmen durch diesen geschmacklosen Podcast zur Finanzierung der Therapien für die belasteten Angehörigen zu nutzen? Oder ist das dann doch zu viel verlangt? […]"

„Die Anzahl der Geschmacklosigkeiten und Würdelosigkeit in der Wortwahl nimmt deutlich zu in den Podcast-Formaten. […]"

„Das ist so ekelhaft pervers, es muss sofort verboten werden!!!!"

„Wenn's um das Geldverdienen geht, schwimmen Moral und Gefühl für Betroffene mit der Quote schnell dahin. Da trotzdem die Quoten stimmen, wird nur ein Verbot die Opfer schützen…"

„Das ist wirklich an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten. Entertainment und Geldmacherei auf dem Rücken der Hinterbliebenen. Ich habe auch viel True-Crime-Podcasts gehört, aber mittlerweile interessiert es mich nicht mehr so sehr, ich halte mich lieber an Fiktion. Den Hinterbliebenen und Überlebenden sollte aber schon ein Mindestmaß an Respekt entgegen gebracht werden, und wenn die nicht wollen, dass ein Fall so breitgetreten wird, dann ist das zu respektieren. […]"

„Also wenn wir über Opferschutz und Hinterbliebenen-/ Angehörigenschutz sprechen, dann frag ich mich, wieso es anscheinend völlig in Ordnung ist, dass ein Format wie die ‚BILD' solche Fälle ausschlachtet. Mit reißerischen Überschriften, Angehörige und Hinterbliebenen geben diesem Schmutzblatt sogar noch Interviews. […]"

Unsere Berichterstattung über True Crime in Lokalzeitungen und Live-Shows hat in den Social-Media-Kanälen des WEISSEN RINGS ein breites Echo ausgelöst. Hier veröffentlichen wir eine Auswahl der Kommentare.

Illustration: Studio Pong

**Maßregelvollzug**

# Kein Ende in Sicht

**Schleswig-Holstein**
10,35 Jahre

**Bremen**
6,29 Jahre

**Niedersachsen**
8,73 Jahre

**NRW**
8,34 Jahre

**Hessen**
6,03 Jahre

**Rheinland-Pfalz**
7,51 Jahre

**Saarland**
7,99 Jahre

**Baden-Württemberg**
6,38 Jahre

**Mecklenburg-Vorpommern**
9,81 Jahre

**Hamburg**
8,14 Jahre

**Berlin**
7,94 Jahre

**Brandenburg**
9,82 Jahre

**Sachsen-Anhalt**
6,81 Jahre

**Sachsen**
7,25 Jahre

**Thüringen**
9,04 Jahre

**Bayern**
7,79 Jahre



**Text:** Christoph Klemp
**Grafik:** twotype design

# W

**Wie lange dauert** die Unterbringung nach §63 StGB im Maßregelvollzug in Deutschland? Durchschnittlich zwischen 6,03 und 10,35 Jahre blieben Patienten bis zu ihrer Entlassung im Maßregelvollzug. Das ergab eine Umfrage des WEISSER RING Magazins bei allen 16 Bundesländern. Die Unterbringung nach §63 StGB ist keine Haftstrafe, sondern eine Maßnahme zur Behandlung psychisch erkrankter Straftäter. Sie wird angeordnet, wenn jemand eine schwere Straftat im Zustand der Schuldunfähigkeit oder mit erheblich verminderter Schuldfähigkeit begangen hat und als gefährlich gilt.

Immer wieder flammt die Diskussion auf, ob die Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung milder ist als eine Haftstrafe. „Das ist nicht miteinander vergleichbar, weil es im Maßregelvollzug um kranke Menschen geht“, sagt Professor Dr. Jürgen Leo Müller. Der Chefarzt der Asklepios Fachklinik Göttingen leitet das Fachreferat Forensische Psychiatrie der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN). „Es gibt im Maßregelvollzug viele Patienten, die lieber in Haft sitzen würden. Weil sie dann wüssten, wie lange sie hinter Gittern sind.“ Im Maßregelvollzug ist das anders.

Denn die Dauer der Unterbringung ist bei erheblichen Straftaten nicht begrenzt. „Menschen im Maßregelvollzug haben eine schwere psychische Störung. Sie müssen so lange in der Klinik bleiben, bis sie keine Gefahr mehr für die Öffentlichkeit darstellen“, erklärt Müller. Mehr als jeder Vierte verbringe mehr als zehn Jahre im Maßregelvollzug.

## Mehr als jeder Vierte verbringt mehr als zehn Jahre im Maßregelvollzug

Die Daten aller Bundesländer des Jahres 2023 zeigen deutliche Unterschiede bei den durchschnittlichen Verweildauern. In Hessen war sie mit 6,03 Jahren am kürzesten, gefolgt von Bremen mit 6,29 Jahren und Baden-Württemberg mit 6,38 Jahren. Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete 9,81 Jahre, Brandenburg 9,82 Jahre und Schleswig-Holstein 10,35 Jahre. Anders als bei der Betrachtung aller Insassen zu einem Stichtag, bei denen die endgültige Verweildauer noch nicht feststeht, werden in unserer Grafik nur Patienten betrachtet, deren Maßregel im Jahr 2023 beendet wurde. Es handelt sich also um abgeschlossene Fälle, deren Dauer rückblickend gemessen wurde. „Trotz intensiver therapeutischer Angebote gelingt es nicht immer, die Rückfallgefahr auf ein hinnehmbares Maß zu reduzieren“, teilte das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung in Sachsen-Anhalt (durchschnittliche Verweildauer: 6,81 Jahre) dem WEISSER RING Magazin mit. „Daher ist ein längerer Verbleib in einer Maßregelvollzugseinrichtung zum Schutz der Allgemeinheit nicht auszuschließen.“

## Es fehlt an Platz und Personal

Laut DGPPN sind in Deutschland rund 10.000 psychisch oder suchtkranke Straftäter im Maßregelvollzug untergebracht – verteilt auf 78 Einrichtungen. „Mit der Unterbringung dürfen wir die Patienten aber nicht automatisch behandeln“, schildert Müller. Für eine Behandlung gegen ihren Willen sind die rechtlichen Hürden hoch und in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. „Wir beobachten, dass Patienten, denen geholfen werden könnte, keine Therapie annehmen und viele Jahre bleiben müssen.“ Viele der forensisch-psychiatrischen Einrichtungen seien überfüllt, fand die DGPPN bei einer Umfrage heraus: Es fehle an Platz und Personal. Und selbst wenn von einem Patienten keine Gefahr mehr ausgehe, könne es sein, dass eine Entlassung nicht möglich sei, weil es zu wenig Anschlussbehandlungsmöglichkeiten und Wohnangebote gebe.

**Schleswig-Holstein** versucht, die Rückfallquote mit Prävention zu verringern: Forensische Institutsambulanzen der beiden Maßregelvollzugskliniken betreuen Patientinnen und Patienten während der Bewährungs- und Führungsaufsicht nach der Entlassung, und zwar auch aufsuchend. Außerdem wird nach Angaben des Justizministeriums derzeit ein „Handlungskonzept“ für Menschen in der Bewährungshilfe entwickelt, die sich in besonders problematischen Lebenslagen befinden und nach der Zeit im Vollzug womöglich Schwierigkeiten haben, Zugang zu einer geregelten sozialen und psychologischen Nachsorge zu bekommen. Geplant sei ein „Fallmanagement“ mit individuellen Hilfen. Zur Zielgruppe könnten auch aus dem Maßregelvollzug entlassene Personen gehören.

# Gegen die Strömung

Seit fast 16 Jahren kämpft Christophe Didillon mit Anträgen, Widersprüchen und Klagen um Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz. Vor Gericht in Aurich, Ostfriesland, will er endlich einen Schlussstrich ziehen.

**Text:** Karsten Krogmann
**Illustration:** Romina Birzer

**An dem Tag,** an dem im Sozialgericht Aurich, Sitzungssaal I, alles enden soll für ihn, bleibt Christophe Didillon lieber zu Hause. Er hat sich mit einem Freund verabredet, sie wollen Kaffee trinken und vor allem: „Über was anderes reden".

„Kläger/in Christophe Didillon, Beklagte/r Land Niedersachsen", so steht es in Aurich draußen angeschlagen neben der Saaltür. Drinnen klebt auf Blech das Niedersachsenross an der Wand, hinten hat auf harten Stühlen die Öffentlichkeit Platz genommen: zwei Zuschauer, zwei Reporter. „Wir haben heute etwas Zuwachs", stellt der Vorsitzende Richter fest, er klingt ein bisschen beeindruckt. Sozialrecht ist kein Publikumsmagnet.

Der Richter spricht in eine drehbare Kamera, an den Wänden gibt es zudem zwei große Flachbildschirme. Das Gericht hat der Anwältin von Christophe Didillon die Teilnahme per Video aus Hamburg erlaubt. Auch Didillon hätte sich von zu Hause aus dem 30 Kilometer entfernten Städtchen Norden zuschalten können. Er hat aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt, „mir würde das zu viel werden".

Vor dem Richter liegen das rote Sozialgesetzbuch und ein 30 Zentimeter hoher Stapel mit Didillon-Akten, neben ihm sitzen zwei Schöffen. Die beiden ehrenamtlichen Richter hören heute zum ersten Mal von dem Fall, der Vorsitzende fasst den Sachverhalt für sie zusammen, „ich hoffe mal gerafft aufs Wesentliche". Es ist eine anspruchsvolle Aufgabe: Christophe Didillon gegen das Land Niedersachsen, das geht nun schon fast 16 Jahre. Es gab Hunderte Schreiben, Anträge auf Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz, Ablehnungen und Widersprüche, ärztliche Gutachten, Klagen und Gerichtsverfahren, erste Instanzen und zweite.

Didillon, 53 Jahre alt, hat angegeben, seit früher Kindheit physische und psychische Gewalt durch den Vater erlebt zu haben, sexualisierte Gewalt durch die Tante, weitere Gewalt durch Dritte: Mitschüler wie Fremde. Er machte Abitur, absolvierte eine Lehre (Industriekaufmann) und ein Studium (Sinologie), „mit Auszeichnung", betont der Richter. Didillon versuchte sich als Kunstmaler. Doch dann kam er beruflich nicht mehr voran. „Die Strömung wurde immer stärker", so beschreibt er es selbst in einem Lebenslauf, aus dem der Richter zitiert.

**Wer infolge von Gewalt eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält Versorgung durch den Staat**

Christophe Didillon lebt von Sozialhilfe und wohnt im Haus seiner alten Mutter. Das Haus nennt er „meinen Rückzugsort", er kann von hier an die Nordsee laufen. Er hat Angst, diesen Ort nach dem Tod der Mutter zu verlieren. Der Gerichtstag heute soll ihm Sicherheit geben, sagt er am Tag vorher im Telefonat mit dem WEISSER RING Magazin: „Ich hoffe, dass endlich anerkannt wird, dass das, was mit mir damals passiert ist, nicht rechtmäßig war. Dass ich aus der Sozialhilfe rauskomme. Dass ich keine Anträge mehr stellen muss. Dass ich endlich einen Schlussstrich unter all dem ziehen kann!"

Wer infolge von tätlicher Gewalt eine gesundheitliche Schädigung erlitten hat, erhält Versorgung durch den Staat. Das verspricht seit 1976 das Opferentschädigungsgesetz (OEG), das zum 1. Januar 2024 durch das Sozialgesetzbuch XIV abgelöst wurde. So weit jedenfalls die Theorie – in der Praxis kommt die staatliche Entschädigung eher selten bei den Opfern an, wie Recherchen des WEISSEN RINGS belegen.

**So einfach der Entschädigungsanspruch klingt, so kompliziert ist die rechtliche Praxis**

Das liegt zum einen daran, dass nur wenige Gewaltopfer überhaupt einen Entschädigungsantrag stellen: Im Jahr 2023 gingen nur 15.125 Anträge bei den zuständigen Versorgungsämtern ein; das entspricht sieben Prozent der 214.099 Gewalttaten, die in der Polizeilichen Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts verzeichnet sind. Zum anderen wird von diesen wenigen Anträgen nur ein kleiner Teil als entschädigungsberechtigt anerkannt: 23 Prozent im Jahr 2023, also nicht einmal ein Viertel. 48 Prozent der Anträge lehnten die Ämter ab, 29 Prozent erhielten den Stempel „Erledigt aus sonstigen Gründen". Sonstige Gründe, das können zum Beispiel Wegzug oder Tod sein, aber auch die Rücknahme des Antrags.

So einfach der Entschädigungsanspruch klingt, so kompliziert ist die rechtliche Praxis. Der Antragsteller muss erstens eine Gewalttat erlebt haben. Er muss zweitens eine gesundheitliche Schädigung aufweisen. Drittens muss diese Schädigung eine Folge der Gewalttat sein. Häufig ist bereits die Gewalttat schwer nachweisbar: zum Beispiel in Fällen von sexuellem Kindesmissbrauch oder von häuslicher Gewalt, nach denen es keine Strafanzeigen gab. Noch schwerer fällt oft der Nachweis des Zusammenhangs von Tat und Schädigung, zum Beispiel bei psychischen Erkrankungen.

**Der Fall Didillon, ausgewählte Daten:**

**2009**

**Antrag**

Didillon stellt einen Antrag auf Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz.

**2011**

**Widerspruch**

Das Land bewilligt ihm eine kleine Rente (GdS 30). Didillon legt Widerspruch ein.

**2013**

**Berufsschadensausgleich**

Didillon beantragt einen Berufsschadensausgleich nach dem OEG. Das Verfahren wird ruhend gestellt wegen des offenen OEG-Verfahrens.

**2015**

**Ablehnung**

Das Sozialgericht Aurich lehnt seine Klage auf Erhöhung der Opferentschädigung ab.

Zum OEG-Report auf wr-magazin.de

Belegen müssen das dann medizinische Gutachten. Für die OEG-Recherchen sprach das WEISSER RING Magazin mit zahlreichen Betroffenen und Therapeuten. Einige nannten die Begutachtung „die Hölle“, „eine Katastrophe“, „Körperverletzung“.

**Bei seinem ersten** Gutachtertermin bekam Christophe Didillon eine so schwere Panikattacke, „dass der Notarzt mich aus der Praxis holen musste“, wie er berichtet. Eine zweite Gutachterin schickte ihm vorab einen Fragebogen zu mit 283 Fragen. Darin ging es unter anderem um Sex mit Tieren, um Nekrophilie (sexuelle Erregung durch Leichen), um Koprophilie (Lustgewinn durch menschlichen Kot). „Wie ein Täter habe ich mich gefühlt“, sagt Didillon. Er beantwortete die Fragen trotzdem.

2011 bewilligte das Land Niedersachsen eine Anerkennung nach dem OEG, „GdS 30“. GdS, das ist der Grad der Schädigungsfolgen; ab GdS 30 zahlt der Staat eine kleine Rente, damals waren es 127 Euro monatlich. Didillon blieb von Sozialhilfe abhängig.

In Sitzungssaal I geht es heute um einen möglichen Berufsschadensausgleich. Dieser soll berufliche Nachteile ausgleichen, die durch die gesundheitliche Schädigung entstanden sind, die wiederum durch eine Gewalttat entstanden ist. Didillon hat einen entsprechenden Antrag gestellt, das Land lehnte ab, Didillon klagte. Mit dem Ausgleich wäre er nicht länger auf Sozialhilfe angewiesen, so Didillon, er könnte seinen Rückzugsort erhalten.

## „Didillons berufliche Karriere hat ja gar nicht erst begonnen wegen der gesundheitlichen Belastung“

Der Richter will nun wissen, welchen beruflichen Nachteil der Kläger denn erlitten habe. „Es muss ein beruflicher Karriereknick feststellbar sein“, sagt er, „und der muss schädigungsbedingt sein.“ Er sehe „Schwierigkeiten in beiden Punkten“. Er befragt die Anwältin von Didillon. An welcher Stelle mache sie den Berufsschaden fest? Ab wann habe Herr Didillon die berufliche Karriere nicht weiterverfolgt? Welchen Beruf habe er überhaupt angestrebt? Sinologe? Freischaffender Künstler? „Da auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, ist ohnehin schwierig“, sagt der Richter. Die Anwältin muss passen: „Ich kann nicht den genauen ökonomischen Ablauf wiedergeben.“ Didillons berufliche Karriere habe ja gar nicht erst begonnen wegen der gesundheitlichen Belastung.

In Sitzungssaal I sitzen zwei Vertreter der Beklagten, des Landes Niedersachsen, genauer: zwei Mitarbeiter des Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie. Einer der beiden weist darauf hin, dass die nicht gestartete Karriere als Sinologe oder als Künstler ja auch von ganz anderen Faktoren als einer gesundheitlichen Schädigung abhängig gewesen sein könne: „Vom Arbeitsmarkt zu der Zeit oder vom Geschmack der Bilderkäufer.“

Nach eineinhalb Stunden, um 10:30 Uhr, schließt der Vorsitzende Richter die Didillon-Akten. Er kündigt an, dass er die Entscheidung des Gerichts spätestens am nächsten Tag mitteilen werde.

## Am nächsten Morgen steht fest: Das Gericht hat die Klage von Didillon abgewiesen

Um 11:09 Uhr schickt Christophe Didillon die erste E-Mail an die Reporter. Er habe eben mit seiner Anwältin gesprochen, „es sieht nicht gut aus“. In den nächsten Stunden und Tagen folgen viele weitere E-Mails. An seine Anwältin. An den WEISSEN RING. An das Landesamt. Einige der E-Mails sind sehr, sehr lang. Didillon ist enttäuscht.

Am nächsten Morgen steht fest: Das Gericht hat seine Klage abgewiesen, Didillon erhält keinen Berufsschadensausgleich. Er ist wütend. Diese Gutachterin! Dieses Gericht! Ja, kündigt er an, er werde Berufung einlegen! Das sei er sich schuldig, „sonst würde ich mir doch eingestehen müssen, von Anfang an falschgelegen zu haben“. Er sagt: „Ich kämpfe weiter!“

Nichts endete an diesem Tag für Christophe Didillon.

**Transparenzhinweis:**

**Der WEISSE RING hat Christophe Didillon in den vergangenen Jahren wiederholt unterstützt, unter anderem mit der Übernahme von Anwalts- und Gutachterkosten. Die Redaktion des WEISSER RING Magazins sprach zudem seit 2021 mehrfach mit ihm im Zuge ihrer Recherchen für den 2022 veröffentlichten OEG-Report.**

# Der Kommentar

## Frauen sind in Deutschland mittlerweile gleichberechtigt – so denken viele. Aber frauenfeindliche Strukturen spüren gewaltbetroffene Frauen ganz besonders.

**Julia Cruschwitz**

ist preisgekrönte Investigativjournalistin und recherchiert vor allem für den Mitteldeutschen Rundfunk. Besonders intensiv beschäftigt sie sich mit dem Thema Gewalt gegen Frauen. Mit ihrer Kollegin Carolin Haentjes hat sie das Buch: „Femizide. Frauenmorde in Deutschland." veröffentlicht.

**Verurteilungen** für Taten häuslicher Gewalt sind selten. Und wenn, dann nur milde. Der Großteil der Verfahren wird eingestellt, selbst bei schweren Verletzungen. Aus Mangel an Beweisen, weil Aussage gegen Aussage steht – in dubio pro reo. Verfahren dauern Jahre, der Ermittlungseifer hält sich in Grenzen. In keinem Fall, den ich betrachtet habe, gab es eine ordentliche Spurensicherung, weder bei der verletzten Frau noch beim mutmaßlichen Täter. Betroffene sagen: Hätte ein Unbekannter mich angegriffen, wäre der Fall ganz anders behandelt worden. Wenn ein Mann seine Partnerin krankenhausreif schlägt, ist das in Deutschland häufig Privatsache. Der Täter fühlt sich im Recht und macht weiter. Im schlimmsten Fall bis zum Femizid: 133 Frauen wurden 2024 von ihren (Ex-)Partnern getötet.

Für Frauen besteht in Deutschland das größte Armutsrisiko, wenn sie sich trennen. Frauen lösen sich nicht aus gewalttätigen Beziehungen, weil sie vom Mann ökonomisch abhängig sind. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist für eine mittellose Frau mit Kindern meist unmöglich. In der Schweiz und in Spanien bekommen Betroffene, die ins Frauenhaus fliehen, Geld vom Staat, um sich ein neues Leben aufbauen zu können. In Deutschland müssen sie den Platz im Frauenhaus oft selbst bezahlen.

Und wenn die Frau es schafft, sich zu trennen, gibt es Familiengerichte, die urteilen: Der Mann darf regelmäßig Umgang mit seinen Kindern haben. Das sei sein Recht. Sie muss weiter mit dem Kindesvater Kontakt haben. Und ihre Bedenken, dass ein gewalttätiger Mann vielleicht auch kein guter Vater ist, werden häufig weggewischt oder ihr sogar negativ ausgelegt: Sie wolle ihren Ex-Partner nur schlechtmachen. Frauen bekommen vom Familiengericht zu hören: Er hat doch nur sie geschlagen, nicht die Kinder. Wo ist das Problem?

Auf den Schultern der gewaltbetroffenen Frau lastet viel: ins Frauenhaus flüchten, Gewaltschutzantrag stellen, Arbeit aufgeben oder anders organisieren, umziehen, hohe Anwaltskosten bezahlen, die Kinder und sich selbst stabilisieren. Der Mann spürt meist nur leichte Konsequenzen: ein Annäherungsverbot für sechs Monate, manchmal eine Geldstrafe. Auflagen zur Therapie, zur Täterarbeit sind selten. In Österreich ist es Pflicht für jeden Mann, der bei einem Polizeieinsatz häuslicher Gewalt auffällig wurde, zur Täter-Beratung zu gehen. In Deutschland wird der Täter oft nicht mal über Angebote informiert. Proaktive Kontaktaufnahme der Beratungsstellen wird häufig vom Datenschutz verhindert.

So ändert sich im Denken des Täters nichts: Die Frau ist schuld an der Gewalt. Sie hat mich provoziert, ausgenutzt. Diese Schuldumkehr ist typisch, Verantwortung für das eigene Handeln wird an das Gewaltopfer übertragen. Und das tun auch Gesellschaft und Behörden. Gewaltbetroffene hören oft: Warum hast du dich nicht getrennt? Du hast ihn dir doch ausgesucht! Warum warst du so renitent? So werden Taten relativiert, so wird die Schuld den Betroffenen zugewiesen.

Wir müssen gewaltausübenden Männern sehr deutlich machen: Dein Handeln ist falsch. Auf allen Ebenen: strafrechtlich, familienrechtlich und gesellschaftlich. Gewalt wird nicht toleriert. Punkt.

Foto: Ildiko Sebestyen

Ob gedruckt oder im Internet: Sobald die Polizeiliche Kriminalstatistik erscheint, beherrscht sie die Medien. Dabei kommt es immer wieder zu wilden Schlagzeilen.

Polizeiliche Kriminalstatistik 2024

# Was die Kriminalstatistik wirklich sagt – und was nicht

**Text:** Selina Stiegler

Alle Jahre wieder: Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wird vom Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesinnenministerium vorgestellt und umgehend emotional diskutiert. Das eine Medium schreibt in großen Lettern, wie gefährlich doch alles geworden sei, und das andere versucht, mithilfe von Kriminologen zu erklären, dass das gar nicht stimme mit der Gefährlichkeit. Wer hat recht? Und welche Aussagen trifft überhaupt die PKS? Eine Analyse.

**Arbeitsbericht.** Das ist ein Begriff, den Kriminologen gerne nutzen, wenn es um die PKS geht. „Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist keine verlässliche Grundlage für irgendeine Aussage“, warnt Thomas Feltes. Der Kriminologe hatte bis 2019 an der Ruhr-Universität in Bochum den Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft inne. Denn die PKS erfasst keine gerichtlich bestätigten Straftaten, sondern sogenannte Verdachtsfälle – also Anzeigen, unabhängig davon, ob es zur Anklage oder Verurteilung kommt. Laut Statistischem Bundesamt wird weniger als ein Drittel aller Tatverdächtigen tatsächlich verurteilt. Die PKS spiegelt also nicht die Kriminalitätswirklichkeit wider – anhand ihrer Daten können keine Aussagen über aktuell lauernde Gefahren im deutschen Alltag getroffen werden.

## Registrierte Gewaltdelikte steigen weiter

**In diesem Jahr** hat besonders die hohe Zahl der angezeigten Gewaltdelikte 2024 Wellen geschlagen. Während die Gesamtzahl aller Verdachtsfälle seit 2009 stetig sinkt, ist die Zahl der angezeigten Gewaltdelikte zuletzt tatsächlich gestiegen – auf 217.277 Fälle. Das liegt nur knapp unter dem Höchststand im Jahr 2007 mit 217.923 Fällen. Die Zahl ist also sehr hoch. Aber wird das Leben auf unseren Straßen tatsächlich immer gefährlicher, wie die „Bild“-Zeitung auf ihrer Titelseite schrieb? Sinkt die Hemmschwelle zur Gewalt weiter? Das sind Fragen, die die PKS nicht beantworten kann.

## Wird das Leben auf den Straßen tatsächlich immer gefährlicher?

Denn es gibt bei den gestiegenen Zahlen einiges zu beachten: Wo mehr angezeigt wird, steigen auch die Zahlen. Im ersten Moment bedeutet es lediglich, dass 2024 mehr Gewaltdelikte zur Anzeige gebracht wurden – und das ist sogar etwas Gutes. Sensibilisierung, Aufklärung und der Ausbau von Opferschutzstellen haben beispielsweise dafür gesorgt, dass mehr Fälle von häuslicher Gewalt angezeigt werden. Der aktuellste Periodische Sicherheitsbericht des BKA (2021) zeigt, dass die Anzeigerate bei Körperverletzungen zwischen 2012 und 2017 von 32,9 auf 36,6 Prozent gestiegen ist. Das veränderte Anzeigeverhalten kann direkten Einfluss auf die Statistik haben – ohne dass sich das reale Geschehen im gleichen Maß verändert haben muss. Darauf verweist die PKS 2024 selbst immer wieder. Zahlen zum aktuellen Anzeigeverhalten gibt es allerdings nicht. Natürlich ist es trotzdem wichtig, sich mit der Frage zu beschäftigen: Wo benötigt es jetzt besonders Prävention? Und da kann die PKS durchaus eine Unterstützung sein.

## Migration und Kriminalität: Die Faktenlage

**Besonders brisant** wird die PKS im Zusammenhang mit Migration interpretiert – oft fälschlicherweise. Die „Bild“-Zeitung etwa suggeriert regelmäßig, die Statistik

Trotz eines **Anstiegs** der ausländischen Bevölkerung um

**72%**

zwischen 2005 und 2023 lag die Zahl der **allgemeinen registrierten Straftaten** 2024 laut PKS rund

**11,7%**

**unter** dem Niveau von 2005.

Auch bei den als **„Zuwanderer“** klassifizierten Tatverdächtigen verzeichnete die PKS einen Rückgang um

**3,6%.**

Zuwanderer machen **weniger** als

**20%**

aller **Tatverdächtigen** aus.

zeige eine klare Verbindung zwischen Migration und Kriminalität. Dabei betonte BKA-Präsident Holger Münch bei der Vorstellung der PKS 2024 ausdrücklich: „Es liegt nicht an der Herkunft.“ Auch das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München kommt in seiner aktuellen Studie „Steigert Migration die Kriminalität?“ zu einem eindeutigen Ergebnis: „(Flucht-)Migration hat keinen systematischen Einfluss auf die Kriminalität.“ Dies entspricht dem internationalen Forschungsstand.

## „Es liegt nicht an der Herkunft“

Amnesty International hat Anfang April einen offenen Brief mit dem Titel „Die Polizeiliche Kriminalstatistik ist als Instrument zur Bewertung der Sicherheitslage ungeeignet“ gemeinsam mit mehr als 40 Organisationen und Initiativen veröffentlicht, um gegen das verbreitete Narrativ von den „kriminellen Migrant*innen“ vorzugehen.

Auch ist die Kategorie „Nichtdeutsche“ wenig aussagekräftig. Sie umfasst nämlich sehr unterschiedliche Gruppen – von Touristen und reisenden Straftätern über Geflüchtete bis hin zu dauerhaft hier lebenden Personen ohne deutschen Pass.

Die Fakten: Trotz eines Anstiegs der ausländischen Bevölkerung um 72 Prozent zwischen 2005 und 2023 lag die Zahl der allgemeinen registrierten Straftaten 2024 laut PKS rund 11,7 Prozent unter dem Niveau von 2005, wie der Mediendienst Integration veröffentlichte. Die gestiegene Zuwanderung hat also – anders als häufig behauptet – nicht zu einem gleichzeitigen Anstieg von erfassten Straftaten geführt.

## Erheblich verzerrt wird die PKS durch sogenanntes Racial Profiling

Auch bei den als „Zuwanderer“ klassifizierten Tatverdächtigen verzeichnete die PKS einen Rückgang um 3,6 Prozent. Das Bundeskriminalamt weist zudem darauf hin, dass die nichtdeutsche Bevölkerung in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen ist. Entsprechend sei es statistisch zu erwarten, dass auch die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger absolut steigt. Zuwanderer machen weniger als 20 Prozent aller Tatverdächtigen aus. In Deutschland leben 83,6 Millionen Menschen, von denen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 21,3 Millionen Menschen eine Einwanderungsgeschichte haben und 12,3 Millionen Ausländer sind.

Bei den Gewaltdelikten allerdings stieg die Zahl der ausländischen Tatverdächtigen um 7,5 Prozent auf 85.012. Aber auch diese Zahl muss eingeordnet und sollte nicht absolut betrachtet werden. Erheblich verzerrt wird die PKS nämlich durch sogenanntes Racial Profiling: Laut einer Umfrage des Sachverständigenrats für Integration und Migration werden Personen, die als „ausländisch“ wahrgenommen werden, etwa doppelt so häufig von der Polizei kontrolliert wie als „deutsch“ wahrgenommene Menschen. Auch BKA-Präsident Holger Münch spricht von einem Verzerrungseffekt und sagt: „Wenn uns jemand sehr fremd erscheint, neigen wir eher dazu, Anzeige zu erstatten.“

## „Wo mehr kontrolliert wird, wird auch mehr gefunden“

Auch die Lebenssituation spiele eine Rolle: In Massenunterkünften für Geflüchtete leben meist junge Männer teilweise Jahre auf engstem Raum zusammen. Kriminologin Gina Wollinger verweist darauf, dass es in Unterkünften häufiger zu Kontrollen komme oder bei Konflikten die Polizei gerufen werde als in privaten Kontexten. Sie sagt: „Wo mehr kontrolliert wird, wird auch mehr gefunden.“

## Pandemie-Effekte und ihre Spätfolgen

**Ein weiteres großes Thema** in den Medien war nach der Vorstellung der PKS 2024 die gestiegene Zahl der Verdachtsfälle im Bereich Gewaltkriminalität, bei denen der mutmaßliche Täter ein Kind oder Jugendlicher war. Oft wurde der Begriff „junge Täter“ verwendet. Auch diese Aussage ist auf Grundlage der PKS nicht korrekt. Schließlich fehlt die juristische Schuldfeststellung, und solange gilt in Deutschland die Unschuldsvermutung. Ein wichtiger

**In Schlagzeilen wird von gestiegener Gewalt und von jugendlichen Tätern gesprochen. Anhand der polizeilichen Kriminalstatistik kann aber auch 2024 dazu keine Aussage getroffen werden. Was gesagt werden kann: Es wurden mehr Delikte bei der Polizei angezeigt.**

Punkt bei der Betrachtung der Zahlen: Die Folgen der Corona-Pandemie wirken bis heute nach, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. „Forschungsergebnisse zeigen, dass psychische Belastung gerade bei Kindern und Jugendlichen über diese Zeit der Beschränkung hinauswirkt, also aktuell noch andauert“, so BKA-Chef Münch. Solche Ausnahmesituationen beeinflussen die Kriminalitätszahlen. Dank der PKS wird deutlich, dass die betroffene Altersgruppe weiterhin Unterstützung benötigt, um die psychische Belastung durch die Pandemie zu verarbeiten. Panikmache durch stigmatisierende Aussagen wie „Kinder und Jugendliche werden immer gefährlicher“ helfen nicht.

## Mehr Prävention statt Schuldzuweisung

**Fazit:** Die Diskussion über Kriminalität braucht mehr Sachlichkeit. Weitere Stigmatisierung von Menschen mit einer Migrationsgeschichte führt nicht zu einem gewaltfreien Miteinander. Kaum eine Rolle spielt in der aufgeheizten Diskussion, dass Migranten zunehmend Zielscheibe von Gewalt und Hass werden.

## Beratungsstellen für Opfer von rassistischer Gewalt verzeichnen immer mehr Betroffene

Die erfassten rechten Delikte sind in den letzten Jahrzehnten angestiegen und erlangten 2024 einen neuen Rekord mit 42.788 Verdachtsfällen. Beratungsstellen für Opfer von rassistischer Gewalt verzeichnen immer mehr Betroffene. Dazu benötigt es weiter Präventionsarbeit: Psychologische Betreuung, Integrationsarbeit und Bekämpfung sozialer Ungleichheit sind wirksamer als pauschale Schuldzuweisungen. Die PKS kann Hinweise geben, wo es Handlungsbedarf gibt, etwa bei Gewaltdelikten oder Jugendkriminalität – aber sie ist kein Spiegel objektiver Realität. Kriminalität ist komplexer, als sie in Zeitungsschlagzeilen oft dargestellt wird.

Die erfassten **rechten Delikte** sind in den letzten Jahrzehnten angestiegen und erlangten

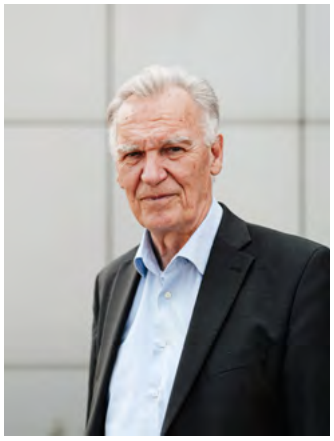
**2024**

einen **neuen Rekord** mit

**42.788**

Verdachtsfällen.

# „Ohne Dunkelfeld-Forschung und eine Gewichtung von Delikten ist die PKS eine Arbeitsstatistik.“



**Jörg Ziercke**

war von 2004 bis 2014 Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA). 2018 wurde er Bundesvorsitzender des WEISSEN RINGS, seit 2022 ist er Ehrenvorsitzender des Vereins.

**Sie haben als BKA-Präsident lange die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) verantwortet und vorgestellt. Was ist die PKS für Sie?**

Die Kriminalstatistik ist eine valide Annäherung an die reale Wirklichkeit – allerdings ohne zu wissen, wie nah man herankommt. Um zu verstehen, was die tatsächliche Situation ist, müssen das Hellfeld – also polizeilich registrierte Fälle – und das Dunkelfeld betrachtet werden. Bei der Internetkriminalität etwa gibt es ein großes Dunkelfeld. Ohne mehr Dunkelfeld-Forschung und eine Gewichtung von Delikten ist die PKS lediglich eine Arbeitsstatistik der Polizei. Die Ergebnisse hängen zudem stark von der Bevölkerung ab, da nur fünf bis acht Prozent der Anzeigen durch die Polizei erstattet werden. Die PKS ist eng mit der gesellschaftlichen Haltung gegenüber Kriminalität und dem Vertrauen in die Polizei verknüpft.

**Lassen sich mit der PKS Schlagzeilen wie „Das Leben auf unseren Straßen wird immer gefährlicher“ begründen?**

Nicht wirklich. Man kann sagen, dass die Zahlen gestiegen oder örtliche Brennpunkte erkannt worden sind. Aber ich bin gegen dramatisierende Schlagzeilen wie die von Ihnen genannte, da sie das Sicherheitsgefühl der Menschen stark beeinflussen können. Die Person, die nachts auf der Straße bei einem Überfall um Hilfe ruft, bekommt eventuell keine Hilfe, weil die Angst die Straßen leergefegt hat. Zivilcourage braucht Unterstützung auch durch andere Personen. Bei der Vorstellung der Statistik werden die Trends und Schwerpunkte der Arbeit der Polizei durch den Bundesinnenminister und das Bundeskriminalamt der Öffentlichkeit ausführlich erläutert. Erfahrene Journalistinnen und Journalisten bewerten die Zahlen und Aussagen zusätzlich. Das Hauptproblem ist die reißerische Überschrift.

**Welche Zahlensammlung bräuchten wir, um ein genaueres Bild von der Sicherheit zu bekommen?**

Eine Gewichtung der Straftaten wäre sinnvoll. Ein Mord wird statistisch genauso gezählt wie ein Diebstahl. Die enorme Anzahl der Ladendiebstähle oder Sachbeschädigungen relativiert das Gesamtbild der Kriminalität. Die Zahl der Straftaten ist zwar insgesamt höher, aber die Schwere der verschiedenen Straftaten wie zum Beispiel durch einen Mordfall geht in den Gesamtzahlen unter. Ferner müsste die Polizei- mit der Strafverfolgungsstatistik der Justiz im Zusammenhang betrachtet werden. Das Problem ist, dass alles zeitversetzt stattfindet: Eine Tat, die jetzt passiert, wird nicht sofort abgeurteilt. Zu bedenken ist auch, dass die Einstellungsquoten der Staatsanwaltschaften bei polizeilich durchermittelten Fällen aus unterschiedlichen Gründen hoch sind, circa 60 Prozent. Neben den deliktischen Verurteilungsquoten der Gerichte sollte man sich die Rückfallquoten der verurteilten Täter anschauen. Mit dieser Bewertung kämen wir der Realsituation ein ganzes Stück näher. Sinnvoll wäre auch eine Verlaufsstatistik für Beschuldigte – von der Anzeige bis zur Verurteilung –, aus der sich die Wirksamkeit der Maßnahmen von Polizei und Justiz ablesen ließe.

**Wie sicher leben wir Ihrer Meinung nach in Deutschland?**

Wir leben immer noch in einem der zehn sichersten Länder der Welt. Diese Bewertung ergibt sich aus dem Vergleich mit anderen Staaten. Eines sollten wir aber nicht übersehen: Die täglichen Nachrichten liefern uns die besonders schwere Kriminalität aus aller Welt ins Wohnzimmer. Auch das beeinflusst unsere Angst vor Kriminalität!

**Interview:** Selina Stiegler, Gregor Haschnik
**Foto:** Christian Ahlers

# Aus der Politik

## Sorgen bei Betroffenen

Nach dem drohenden Aus für den Fonds Sexueller Missbrauch kündigten Union und SPD an, ihn fortzusetzen. Opfer und Beratungsstellen mahnen, auf Einschnitte zu verzichten.

**Text:** Gregor Haschnik
**Illustration:** Studio Pong

**Bernd Weiland** (Name geändert) wurde jahrelang von seinem Vater missbraucht. Er verlor das Gleichgewicht und bekam später auch Geldsorgen, weil er beruflich nicht Fuß fassen konnte. Um etwas Abstand zur Tat und zum Vater zu bekommen, wollte er seinen Nachnamen ändern. Dann hatte er noch einen Wunsch: sich einmal ordentlich einkleiden, um sich „nicht so ärmlich und erbärmlich“ zu fühlen, sagte er. Als der Fonds Sexueller Missbrauch (FSM) seinen Antrag auf finanzielle Unterstützung dafür bewilligte, weinte er vor Freude.

„Die Garderobe stärkte sein Selbstbewusstsein. Das ist ganz wichtig, weil er wie andere Opfer mit dem Gefühl kämpfte, minderwertig und hilflos zu sein“, erklärt Ingeborg Altvater, die beim WEISSEN RING mehr als 100 Beratungen zum Ergänzenden Hilfesystem (EHS) gemacht hat, das hinter dem Fonds steht. Dieser kann Hilfen gewähren, die die Kranken- und Pflegekassen oder das soziale Entschädigungsrecht nicht abdecken. In der Regel ist eine Unterstützung bis 10.000 Euro möglich. Im März war bekannt geworden, dass das EHS und der FSM Ende 2028 auslaufen sollten. Demnach konnten Erstanträge von Betroffenen nur noch bis Ende August 2025 eingereicht werden. Das damals von Lisa Paus (Grüne) geführte Familienministerium verwies bei der Begründung auf den Bundesrechnungshof, der bemängelt hatte, der Fonds verstoße gegen das Haushaltsrecht. Der WEISSE RING und fünf Fachorganisationen, darunter die Bundeskoordinierung Spezialisierter Fachberatung gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit und Jugend, kritisierten die Entscheidung und forderten: „Der Fonds Sexueller Missbrauch muss dauerhaft fortgeführt und strukturell abgesichert werden.“

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD lässt hoffen: Den Fonds und das EHS „führen wir unter Beteiligung des Betroffenenbeirats fort“, heißt es darin. Doch in welcher Form, ist noch unklar. Das von Karin Prien (CDU) verantwortete Familienministerium teilt auf Anfrage mit: Die Koalitionsfraktionen hätten in ihrem Vertrag die politische Grundlage für den Erhalt des EHS gelegt. Derzeit prüfe das Ministerium, auch vorbehaltlich der Ergebnisse der laufenden Haushaltsverhandlungen, die „Möglichkeiten der Umsetzung“.

Ingeborg Altvater beschreibt das EHS als „niedrigschwellige Möglichkeit zu helfen – und auf individuelle Bedürfnisse einzugehen, um die Folgen des Missbrauchs zu lindern“. Die Verfahren sind nicht so lang und belastend wie beim Entschädigungsrecht, die Anträge werden viel häufiger genehmigt. Betroffene müssen glaubwürdige Angaben machen, etwa zu den Taten, diese jedoch nicht detailliert schildern. „Das entlastet die Betroffenen, die viele Ängste haben. Sie schaffen es dadurch eher, einen Antrag auf Unterstützung zu stellen.“

Der Fonds kann eine Behandlung in den „psychotherapeutischen Richtlinienverfahren“ über die Stundenobergrenze hinaus ermöglichen. Weitere Beispiele sind Physiotherapie, Fortbildung oder Umzüge.

Nach der Ankündigung, den Fonds nicht weiterzuführen, fühlten Betroffene sich im Stich gelassen. Aufgrund der Fristen mussten sie versuchen, schnell zu handeln – was für schwer traumatisierte Menschen oft eine große Herausforderung ist. Und es gab keine Vorauszahlungen mehr.

Altvater und die Opfer hoffen, dass der Fonds erhalten bleibt und gestärkt wird.

### Ergänzendes Hilfesystem:

**Der Fonds Sexueller Missbrauch kümmert sich weitgehend um Fälle von sexualisierter Gewalt im familiären Bereich. Laut den jüngsten Zahlen ist der monatliche Schnitt an Erstanträgen im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 21 Prozent gestiegen, auf 412. Im Jahr 2023 flossen Hilfen in Höhe von 27,6 Millionen Euro, der Bund zahlte in dem Jahr 32 Millionen ein. Seit 2013 bekamen 27.500 Menschen Hilfen durch den Fonds.**

**Was Migranten nach Anschlägen ertragen müssen**

# Die vergessenen Opfer

**Text:** Selina Stiegler
**Fotos:** Lena Giovanazzi

Der Anschlag in Magdeburg, bei dem sechs Menschen getötet und 86 schwer verletzt wurden, hatte über 1.200 Betroffene zur Folge: Augenzeugen, Angehörige, Ersthelfer. Doch eine Opfergruppe gerät dabei oft in Vergessenheit: migrantische Menschen, die aufgrund der Abstammung des Täters nun Rassismus erleben.

**Es wird gelacht,** gemeinsam gegessen und gesprochen. Saeed Majed verbringt einen ganz normalen Freitagabend mit seinen Freunden. Bald wird die Stimmung aber kippen. Denn in ihrer Heimatstadt Magdeburg wird ein Mann mit seinem Auto auf den Weihnachtsmarkt rasen. Menschen sterben, werden schwerst verletzt und traumatisiert. Und auf Majed und seine Freunde wird eine Zeit voller rassistischem Hass und körperlicher Angriffe zukommen.

Der Anschlag hat nicht nur Magdeburg, sondern das ganze Land erschüttert. Sechs Menschen sind tot, 86 schwer verletzt. Dazu kommen 1.200 weitere Betroffene wie Zeugen und Angehörige von Opfern. Es gibt aber noch eine Gruppe von Betroffenen, die in der öffentlichen Diskussion zumeist übersehen wird: Menschen, die wie der Täter einen Migrationshintergrund haben und deshalb angefeindet werden.

„Als wir die Nachricht hörten, wollten wir sofort die Nationalität des Täters wissen“, sagt Informatikstudent Saeed Majed (25). Aus Angst vor den möglichen Reaktionen, falls es kein Deutscher war. „Magdeburg ist unsere zweite Heimat – doch neben der Trauer mussten wir uns auf rassistische Anfeindungen vorbereiten, als bekannt wurde, dass der Täter aus Saudi-Arabien kam“, erklärt der gebürtige Syrer.

Schon am Tatabend wurde in der Stadt ein 18-jähriger Student mit Migrationsgeschichte verfolgt und geschlagen. Ein 13-Jähriger wurde in einem Fahrstuhl rassistisch beleidigt und gewürgt. Im Februar traf es erneut ein Kind: Ein 12-jähriges syrisches Mädchen wurde attackiert. Monate nach dem Anschlag bleibt die Stimmung angespannt – Ende April wurde ein Mann mit Migrationshintergrund vor seiner Haustür verprügelt.

Auch Saeed Majed wurde Opfer von rassistischer Gewalt. „Ich war in der Straßenbahn, als ein älterer deutscher Mann anfing, migrantisch aussehende Menschen zu beleidigen und zu bedrohen“, sagt er. Majed ging dazwischen. „Daraufhin beleidigte er mich rassistisch und wollte mich körperlich angreifen.“ Andere Fahrgäste, darunter auch Deutsche, wie Majed betont, gingen aber dazwischen. Der Student zeigte den Täter an. „Das Verfahren ist eingestellt worden, weil es nicht möglich war, einen Täter zu ermitteln“, stand in dem Schreiben der Staatsanwaltschaft an Majed, das dem WEISSEN RING Magazin vorliegt. „Dabei begrüßte die gerufene Polizei damals den Mann mit seinem Nachnamen“, sagt Majed. Eine Erklärung von der Magdeburger Staatsanwaltschaft blieb auf Anfrage unserer Redaktion aus.

## Rassistische Gewalt

**Seit dem Anschlag** stieg die Zahl rassistischer Übergriffe in Magdeburg stark an. Vor dem Attentat wurden dem Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e. V. ein bis zwei Übergriffe pro Woche gemeldet; seitdem registrierte man bis zum 10. Januar bereits 20 rassistische Vorfälle, darunter Körperverletzungen, Be-

**Der Magdeburger Dom ist bis heute eine evangelische Bischofskirche. Eine kleine Gemeinde hält dort regelmäßig Gottesdienste ab.**

**„Das Verfahren ist eingestellt worden, weil es nicht möglich war, einen Täter zu ermitteln“, stand in dem Schreiben der Staatsanwaltschaft. „Dabei begrüßte die gerufene Polizei damals den Mann mit seinem Nachnamen.“** Saeed Majed

leidigungen und Drohbriefe. Saeed Majed, Mitglied des Syrisch-Deutschen Kulturvereins, berichtet im April von über 40 Fällen – von Diskriminierung bis Körperverletzung. Ein Verein, der eigentlich zwei Kulturen miteinander vereinen soll, war plötzlich für Opfer von rechter Gewalt zuständig. Der Verein arbeitet nun mit Beratungsstellen wie „Entknoten“ und der Mobilen Opferhilfe zusammen. „Fast täglich gibt es Angriffe“, sagt Majed. Er schätzt die Dunkelziffer hoch ein, da viele Betroffene mit unsicherem Aufenthaltsstatus die Taten aus Angst vor negativen Konsequenzen nicht melden.

Für Majed steht fest: „Die Medien sind mit dafür verantwortlich, dass es zu immer mehr rassistischen Übergriffen im Alltag kommt.“ In den Wochen nach dem Anschlag gab es Dutzende Schlagzeilen und Artikel, die die Herkunft des mutmaßlichen Täters betonten. Wovon kaum geschrieben wurde: Der Tatverdächtige hasst den Islam, ist ein Fan der nach Ansicht des Verfassungsschutzes gesichert rechtsextremistischen Partei AfD und hat rechtsradikale Inhalte im Internet veröffentlicht. Der Thüringer Verfassungsschutz sprach von „Extremismusbezügen nach rechts“, die Medien sprachen weiter von dem „saudi-arabischen Mann“.

Der Wahlkampf im Februar löste laut Saeed Majed eine neue Welle an Hass aus: „Es war extrem belastend.“ In Talkshows dominierte das Thema Migration, rechte Gewalt hingegen blieb weitgehend unbeachtet. Von Januar bis April hatte die ZDF-Politik-Talkshow „Markus Lanz“ 16 Sendungen zu Migration, aber nur zwei Sendungen thematisierten Rechtspopulismus. Auch in anderen politischen Talkshows wie „Hart aber fair“, „Caren Miosga“ und „Maybrit Illner“ liefen Sendungen zum Thema Migration, aber keine zur rechten Gewalt in Deutschland. Majed warnt: „Die Menschen sitzen daheim, sehen das und denken: Die Ausländer sind schuld.“ Parallel nimmt rechte Gewalt stark zu. 2024 wurden laut Innenministerium 42.788 rechte Straftaten registriert, ein neuer Höchststand. In Brandenburg meldet die Polizei täglich zehn solcher Taten.

Dass Medien verstärkt berichten, wenn der Täter eine Migrationsgeschichte aufweist, verdeutlicht eine kürzlich durchgeführte Analyse des Kommunikations-Unternehmens Ippen Media. Demnach wurde über die Anschläge in Magdeburg und München mehr als doppelt so oft berichtet wie über die Tat in Mannheim, bei der der Tatverdächtige ein Deutscher ist. Leitmedien veröffentlichten über Magdeburg 1.035 Beiträge, über München 951 und über Mannheim nur 486. Online waren es laut Newswhip jeweils über 4.300 Artikel zu Magdeburg und München, aber nur 2.479 zu Mannheim.

**Eine Analyse zeigt, dass Medien verstärkt über Anschläge berichten, wenn der Täter eine Migrationsgeschichte hat:**

**1.035**
**Beiträge über den Anschlag in Magdeburg**

**951**
**Beiträge über den Anschlag in München**

**486**
**Beiträge über den Anschlag in Mannheim**

**Menschen spazieren an der Elbe in Magdeburg entlang. Über der Elbe erstreckt sich die ehemalige Eisenbahnbrücke „Hubbrücke“.**

## Die Rolle der Medien

**Elena Kountidou** ist die Geschäftsführerin der Organisation „Neue deutsche Medienmacher*innen“, die sich kritisch mit der Berichterstattung auseinandersetzt. „Dass Medien überproportional häufig über Verbrechen von nicht deutschen Tatverdächtigen berichten, ist gefährlich für unsere Gesellschaft“, warnt sie. Der Grund: Dadurch entstehe ein verzerrtes Bild. Der Mensch erfahre Kriminalität kaum aus der eigenen Erfahrung, sondern durch die Berichterstattung. „Und dann wird es natürlich auch gefährlich für migrantisch wahrgenommene

Menschen in unserer Gesellschaft“, sagt Kountidou. Es werde eine Polarisierung aufgebaut und ein Bild gezeichnet von den „guten Deutschen“ gegen die „bösen, nicht integrierten Ausländer“. Ein Narrativ, das sich in der Geschichte immer wieder finden lasse. „Die Folgen medialer Zerrbilder bekommen die betroffenen Menschen im realen Leben zu spüren, und das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt“, sagt Kountidou.

Die mediale Stigmatisierung führe zu mehr Rassismus in der Bevölkerung. Nach aktuellen Angaben des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors macht Rassismus krank. „Betroffene erleben mehr Stress, haben ein schlechteres allgemeines Wohlbefinden und sind generell anfälliger für (psychische) Erkrankungen“, heißt es in dem Bericht.

## So sollten Medien über Anschläge berichten

**Die Medienexpertin** beobachtet auch immer eine anlassbezogene Berichterstattung; so, als sei Migration ein Krisenthema. Dazu verwendeten Medien immer die gleichen stereotypischen Bilder: eine Frau mit einem Hijab und Plastiktüten in der Hand oder migrantisch aussehende Männer in einer großen Gruppe. „Es ist genauso möglich, die Menschen in einer positiven Lebenssituation darzustellen wie während der Arbeit oder mit der Familie auf einem Spielplatz“, sagt Kountidou.

Auch der Magdeburger Saeed Majed kritisiert die Darstellung und sagt: „Es fehlt an positiver Berichterstattung.“ In der Klinik der Anschlagsopfer arbeiten Menschen aus über 20 Nationen; viele mit Migrationsgeschichte betrieben Stände auf dem Weihnachtsmarkt. „40.000 Menschen sind Teil dieser Gesellschaft – sie waren Zeugen, leisteten Erste Hilfe. Doch darüber spricht kaum jemand“, so Majed enttäuscht.

Medienschaffende sollten Verantwortung übernehmen und die Art der Berichterstattung beispielsweise über Anschläge ändern, findet auch Elena Kountidou. „Der Pressekodex verlangt einen verantwortungsvollen Umgang bei der Herkunftsnennung, damit es nicht zu einer diskriminierenden Verallgemeinerung individuellen Fehlverhaltens führt“, sagt sie. Daher sollte ihrer Meinung nach die Herkunft nur genannt werden, wenn sie direkt in Verbindung zur Tat steht. In Magdeburg war dies nicht der Fall – der Tatverdächtige hatte ein rechtes Motiv und ist kein Islamist. Sie fordert, dass Journalisten bei Anschlägen gründlich recherchieren, faktenbasiert berichten, einordnen und ihre Aussagen mit Zahlen untermauern sollten – besonders in polarisierten Debatten.

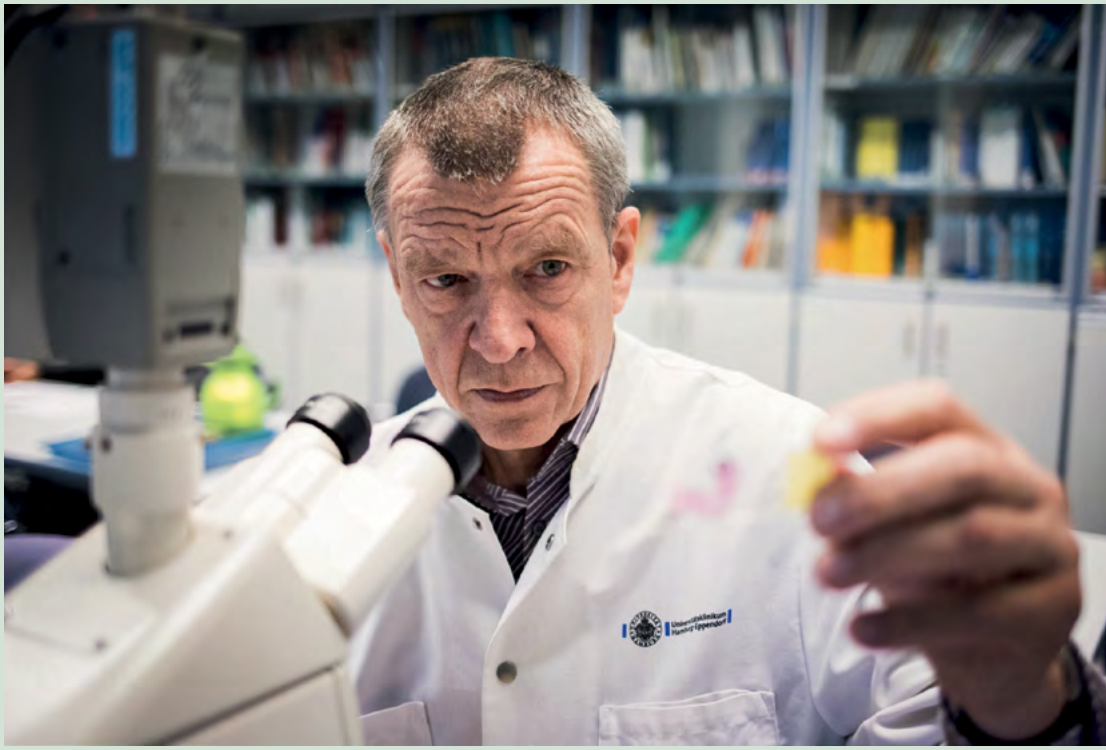
Saeed Majed mag Magdeburg, doch denkt jetzt ans Wegziehen. „Mehrere Freunde sind schon gegangen. Nach zehn Jahren Studium, Arbeit und Ehrenamt“, sagt er. Sie fühlten sich nicht mehr willkommen, wurden beleidigt und angespuckt. Der Hass zerstöre die Vielfalt der Stadt. Noch hofft Majed auf eine Verbesserung. „Im April hatten wir unser Zuckerfest und haben alle dazu eingeladen. Es kamen 500 Menschen: Deutsche, Syrer, Ukrainer, alle waren zusammen. Dadurch haben wir noch Hoffnung.“

## Viel mehr rechtsextreme Straftaten

Die Zahl **politisch motivierter Straftaten** in Deutschland ist 2024 gegenüber dem Vorjahr um **40 Prozent gestiegen**, auf 84.000. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes ist der größte Teil davon – fast die Hälfte – dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen. Dort gab es auch den stärksten Anstieg, um **50 Prozent** im Vergleich zum Jahr 2023. Bei 31 Prozent der Delikte waren „ausländische Ideologien“ der Hintergrund, bei zwölf Prozent Linksextremismus. Als Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) die Statistik Ende Mai vorstellte, sagte er: „Die größte Gefährdung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus.“ Die Gewaltdelikte in dem Bereich haben ebenfalls deutlich zugenommen, um gut **17 Prozent** auf **1.488**. Rechtsextreme begehen außerdem die mit Abstand meisten Gewaltstraftaten, bei denen Kinder und Jugendliche gesundheitlich geschädigt werden.

**Der Tatverdächtige hasst den Islam und hat rechtsradikale Inhalte im Internet veröffentlicht. Der Verfassungsschutz sprach von „Extremismusbezügen nach rechts“, die Medien sprachen von „dem saudi-arabischen Mann“.**

Ein Anruf bei …



Professor Dr. Klaus Püschel ist einer der bekanntesten deutschen Rechtsmediziner. Mit Blick auf die Berichterstattung über Sexualstraftaten wie im Fall Pelicot fordert er: Wir müssen mehr über die Möglichkeiten der medizinischen Beweissicherung reden.

# … Klaus Püschel

**Herr Professor Dr. Püschel, Sie haben auf unsere Titelgeschichte „Die Scham muss die Seite wechseln!“ zum Vergewaltigungsfall Gisèle Pelicot reagiert und sinngemäß gesagt: Es sei ja wichtig, über das Thema Scham zu sprechen – wichtiger aber sei es, über die Möglichkeiten der Medizin zu sprechen, damit nach einer Sexualstraftat Beweise gesammelt werden können. Fasse ich Ihre Kritik korrekt zusammen?**

Ich will keine Wertung vornehmen, was wichtiger ist oder unwichtiger ist. Ich sage bloß: Wichtig ist auch die Medizin. Es gibt die Möglichkeit der Beweismittelsicherung. In Ihrer Titelgeschichte wird wiederholt darauf hingewiesen, dass die Beweislage im Fall Pelicot klar gewesen sei. Das war sie aber nur, weil der Ehemann die Taten mit Filmaufnahmen dokumentiert hat. In dem Text wird an keiner Stelle erwähnt, dass man eine Beweissicherung auch durch medizinische Diagnostik hätte bekommen können.

**Interview:** Karsten Krogmann
**Foto:** Christian Charisius

**Hätte man das tatsächlich in diesem Fall, in dem es um eine Frau geht, die betäubt wurde und nach eigenen Angaben nichts von den Gewalttaten mitbekommen hat?**

Ich kenne nicht die Details aus der Akte. Aber ich habe das Buch gelesen von Caroline Darian, der Tochter von Gisèle Pelicot. Darian schreibt ausdrücklich, dass ihre Mutter bei verschiedenen Ärzten gewesen sei. Die Rede ist von Neurologen, Gynäkologen und Allgemeinmedizinern und davon, dass sie dort ihre Beschwerden geschildert habe. Da wäre eine Beweismittelsicherung möglich gewesen, wenn die Ärzte daran gedacht hätten, dass die Beschwerden auch mit sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung zusammenhängen könnten. Es gab viele Täter, die haben Spuren als mögliche Beweismittel hinterlassen.

**Wenn wir aufs deutsche Gesundheitssystem schauen: Wie wahrscheinlich ist es, dass ein Arzt in einem Fall wie dem der betäubten Gisèle Pelicot Verdacht schöpft und durch weitergehende Untersuchungen ein Verbrechen aufdeckt?**

Die Wahrscheinlichkeit ist sehr gering. Das liegt daran, dass wir es versäumen, in der Ärzte-Fortbildung darauf hinzuweisen. Und dass es dafür im kassenärztlichen System keine Finanzierung gibt. Als Rechtsmediziner weisen wir seit Jahrzehnten auf dieses Problem hin. Wir haben mit den kassenärztlichen Vereinigungen darüber gesprochen, und die haben sich nicht für zuständig erklärt. Wir haben hier in Hamburg deshalb einen anderen Weg eingeschlagen.

**Welcher Weg ist das?**

Wir haben über die zuständigen Behörden erreicht, dass eine auskömmliche Pauschale gezahlt wird für die Untersuchung und Beratung von Opfern von Gewalt. Das gilt bei möglicher Kindesmisshandlung, bei Vernachlässigung alter Menschen und eben bei Gewalt gegen Frauen. Es greift aber nur, wenn die Frauen in die Rechtsmedizin kommen.

**Das Opfer muss selbst aktiv werden – damit sind wir wieder beim Thema Scham.**

Ja, die Frauen müssen in das System kommen, aber das System ist in Deutschland immer besser geworden. Die Betroffenen können sich mit Ärzten besprechen. Ärzte haben einen Vertrauensvorschuss, es gilt die ärztliche Schweigepflicht. Es gibt überall in Deutschland das System der anonymen Spurensicherung, auch in Kliniken, also nicht nur in der Rechtsmedizin. Da können die Frauen beraten werden.

**Welche medizinischen Möglichkeiten der Beweiserhebung gibt es?**

Wenn wir den Fall Pelicot nehmen, dann könnten wir nachweisen, dass die Frau unter einer Drogeneinwirkung gestanden hat, von der sie nichts weiß. Dafür muss man chemisch-toxikologische Laboruntersuchungen in Auftrag geben, die Ärzte müssen die Signale zuvor also auch wahrnehmen. Bei einer körperlichen Untersuchung muss eine Ganzkörperuntersuchung gemacht werden, die Frau muss dafür vollständig entkleidet sein. Da muss geguckt werden, ob sie Verletzungen hat. Das können unter Umständen auch kleine Verletzungsspuren sein: Abschürfungen oder Unterblutungen, die auf Gewalt von fremder Hand hinweisen. Dann muss eine Spurensicherung betrieben werden.

**Wie viel Zeit darf zwischen Tat und Untersuchung vergehen?**

Die Untersuchung muss zeitnah stattfinden, wenn man die aktuelle chemische Beeinflussung nachweisen will. Wenn eine Frau in der Nacht oder am nächsten Morgen aufwacht und nicht weiß, was passiert ist, dann ist es falsch, nach Hause zu gehen, sich ins Bett zu legen oder zu duschen.

**„Wenn eine Frau in der Nacht oder am nächsten Morgen aufwacht und nicht weiß, was passiert ist, dann ist es falsch, nach Hause zu gehen, sich ins Bett zu legen oder zu duschen."**

**Professor Dr. Klaus Püschel**

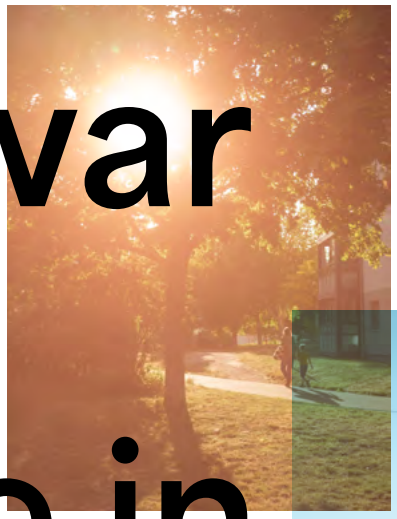
Prof. Dr. Klaus Püschel, Jahrgang 1952, leitete bis 2020 das Institut für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE). Er klärt die Ursachen von Todesfällen auf und dokumentiert für Gerichtsprozesse Verletzungen von Gewaltopfern. Püschel ist Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Seit mehr als 45 Jahren ist er Mitglied im WEISSEN RING.

**„Die Scham muss die Seiten wechseln"**

**Zum Artikel:**

**Auf dieser Doppelseite lesen Sie eine leicht gekürzte Fassung des Telefonats. Den ganzen Text finden Sie hier:**

# „Ich war wie in einer Schockstarre“



**Text:** Gregor Haschnik
**Fotos:** NÓI CREW

In Ludwigshafen tötete ein psychisch kranker Geflüchteter 2022 zwei Männer und verletzte einen weiteren Mann schwer. Nach der Tat wurde seine frühere Partnerin so massiv angefeindet, dass sie mehrfach umziehen musste. Das WEISSER RING Magazin hat die Frau zum Gespräch getroffen.

*Eines sei ihr besonders wichtig, hat Ayana Ibrahimi (Name geändert) vor dem Treffen betont: Ihr neuer Wohnort dürfe auf keinen Fall bekannt werden. Das Gespräch findet in einem weitläufigen Park statt, an einem sonnigen Tag, an dem viele Menschen unterwegs sind. Ibrahimi ist pünktlich, nimmt auf einer Bank Platz. Während sie die Fragen beantwortet, schaut Ibrahimi oft kurz auf die Leute, die vorbeigehen.*

**Wie geht es Ihnen heute?**

Mir geht es so weit gut. Ich lebe nicht mehr in der „Gefahrenzone", sondern in einer anderen Stadt. Ich fühle mich hier sicherer, habe aber noch mit dem Trauma zu kämpfen. Das zeigt sich zum Beispiel, wenn ich jemanden sehe, der nicht bei Sinnen ist, vielleicht Drogen genommen hat und unberechenbar wirkt. Dann denke ich, jetzt kann alles passieren, und bekomme manchmal Panikattacken. In Ludwigshafen hat mich alles an die Tat erinnert, die Straßen, die Wohnung, der Tatort. Das hat mich aufgewühlt und mir Angst gemacht. Ich habe fünf Jahre in Ludwigshafen gelebt und die Stadt und viele Menschen gemocht. Doch schon kurz nach dem Attentat wusste ich, dass wir wegmüssen. Es ging um unsere Sicherheit. Für meine Kinder war es besonders schlimm. Sie wurden entwurzelt, haben geweint und in der neuen Umgebung lange gebraucht, um sich einzugliedern und Vertrauenspersonen zu finden. Sie mussten für etwas bezahlen, das sie nicht getan hatten.

**Ihr früherer Partner hat in der Nähe Ihrer Wohnung im Stadtteil Oggersheim zwei Handwerker mit einem Messer getötet, einem der Männer den Arm abgetrennt und auf Ihren Balkon geworfen. Danach wurden Sie angefeindet. Welche Erfahrungen haben Sie in dieser Zeit gemacht?**

Ich habe Trauer und Leere gefühlt. Und Wut auf mich. Nachbarn sagten nicht mehr „Hallo", guckten weg, wenn sie mich sahen. Wahrscheinlich, weil sie die Tat mit mir verbunden und mir eine Mitschuld gegeben haben.

*Ibrahimi weint und bittet um Verzeihung: Sie sei nah am Wasser gebaut. Die Frau, die vor einigen Jahren aus Afrika flüchtete, möchte die Ereignisse aus ihrer Perspektive schildern, auch weil dies bislang zu kurz gekommen sei, ringt aber nach wie vor mit dem, was passiert ist.*

Als ich in einer Statusmeldung auf meinem Handy mit der Farbe Schwarz zum Ausdruck bringen wollte, dass ich auch traurig bin, Anteil nehme und an die Hinterbliebenen denke, antwortete mir eine Bekannte, ich könne mir das sonst wo hinstecken. Und das war noch harmlos. Andere sagten, ich müsse mit Racheaktionen rechnen, auch von Rechtsextremen, und damit, dass jemand in unsere Wohnung einsteigt. Irgendwann hatte ich panische Angst.

**Auch aus dem Umfeld der Opfer soll es Kritik an Ihnen gegeben haben. Und im Netz wurde gegen Sie gehetzt.**

Wenn Angehörige Vorwürfe machen, nehme ich es ihnen nicht übel. Der Verlust, den sie haben … Das tut mir unheimlich leid. Als Mutter kann ich mir vorstellen, wie groß ihre Trauer ist. Ich habe in den Monaten vor den Morden aber mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass der Täter gefährlich ist. Vieles, was online über mich geschrieben wurde, habe ich aus Selbstschutz nicht gelesen. Eigentlich hätte ich damals mentale Unterstützung gebraucht. Ich war wie in einer Schockstarre und wollte mit jemandem darüber sprechen. Aber kaum jemand wollte etwas mit mir zu tun haben. Bis auf ein, zwei Freunde, die zu mir hielten.

**Zu Ihrer Lage beigetragen hat die Berichterstattung. Zum einen war in Beiträgen die auf Ihrem Wohnhaus stehende Adresse zu sehen und ihr Name nicht richtig anonymisiert. Zum anderen konnte man den Eindruck gewinnen, Sie seien auch schuld an der Tat. Es hieß unter anderem, Sie hätten dem Attentäter den Zugang zu Ihrer Wohnung und den Umgang mit den Kindern verwehrt. Wie sind die Medien mit Ihnen umgegangen?**

Einige Inhalte waren falsch, andere Halbwahrheiten. Damit wurde ein falsches Bild erzeugt. Wir waren getrennt – und er ist nicht der Vater meiner Kinder. Wenige Stunden nach der Tat waren Kameras vor meinem Fenster und in der Umgebung, Fotografen versteckten sich im Gebüsch. Bis

## Das Attentat

Am **18. Oktober 2022 erstach** Liban M. in Ludwigshafen-Oggersheim **zwei Handwerker**. Einem von ihnen trennte er den Arm ab und warf ihn auf den Balkon seiner Ex-Partnerin. Kurze Zeit später wählte diese den Notruf. In den Tagen zuvor habe er ein „Geschenk" auf dem Balkon angekündigt, doch sie habe nicht mit einer solchen Tat gerechnet, sagte sie aus. Nachdem er die Maler getötet hatte, verletzte M. in einem Markt einen weiteren Mann lebensgefährlich. Polizisten schossen ihn nieder. Dem forensischen Gutachter sagte er später, er habe bewusst deutsche Männer angegriffen und sei überzeugt gewesen, sie wollten „seiner Familie" etwas antun. Im **Mai 2023** sprach das Landgericht Frankenthal den Somalier frei, weil er zur Tatzeit wegen einer **paranoiden Schizophrenie** schuldunfähig war. Er wurde im Maßregelvollzug untergebracht und ist offenbar weiter gefährlich. Anfang Februar soll er einen Mitpatienten mit einem Messer angegriffen haben.

Dass neben direkt Betroffenen auch die Ex-Partnerin des Täters Geld von einem **Spendenkonto** erhielt, das die Stadt eingerichtet hatte, sorgte für Kritik. Die Stadt begründete die Entscheidung damit, dass die Frau ebenfalls Opfer sei. Der WEISSE RING unterstützte diese Haltung. Letzten Endes bestand ein Drittel der Spender auf einer Neuverteilung, sodass die Hinterbliebenen 640 Euro zusätzlich erhielten.

„Ich habe Trauer und Leere gefühlt. Und Wut auf mich. Nachbarn sagten nicht mehr ‚Hallo‘, guckten weg, wenn sie mich sahen. Wahrscheinlich, weil sie die Tat mit mir verbunden oder mir eine Mitschuld gegeben haben.“

heute triggert es mich, wenn jemand eine Handykamera in meine Richtung hält. Ich denke dann: Ist das jemand von der Presse, der mich erkannt hat? Reporter befragten Nachbarn und klopften immer wieder an meine Tür. Sie fragten nach einem Interview, obwohl ich total fertig war. Ich fühlte mich verfolgt, konnte nicht raus.

**Haben Sie damals darüber nachgedacht, Kontakt zu den Medien aufzunehmen oder sogar gegen Inhalte vorzugehen?**

Nein. Dazu hätte ich auch nicht genug Kraft und Geld gehabt. Außerdem stand für mich die Angst davor, dass uns jemand angreifen könnte, im Vordergrund. Ich wünsche mir, dass Medien in solchen Fällen die Privatsphäre respektieren und nichts Falsches berichten. Dass sie nicht so auf die schnellste und „beste“ Schlagzeile aus sind, sondern menschlich handeln und einen nicht unter Druck setzen.

**Wie sind Sie aus der Situation herausgekommen?**

Am zweiten Tag nach der Tat habe ich die Polizei angerufen und gesagt, ich kann hier nicht mehr bleiben. Auf dem Balkon waren noch Blutflecken. Die Polizei versuchte, mich zu beruhigen: Die Gefahr sei vorbei, er sei nicht mehr da. Als ich klarmachte, weshalb ich wegmuss, stellten sie den Kontakt zum WEISSEN RING her. Dieser half mir erst, ein Hotel in der Nähe zu finden. Dort hatte ich auch nicht genug Abstand. Dann bekam ich Unterstützung beim Umzug.

**Laut der Kriminologin und Rechtswissenschaftlerin Britta Bannenberg, die an der Universität Gießen zu Amok, Terror und Tötungsdelikten forscht, sind vor solchen Taten oft Warnsignale zu erkennen. Wie war das in diesem Fall?**

Es gab Polizeieinsätze und Signale, die Fachleute hätten sehen müssen. Ich habe darauf hingewiesen, dass er eine Gefahr ist, doch er wurde nicht in die Psychiatrie zwangseingewiesen und behandelt. Er konnte aggressiv werden, hatte Wahnvorstellungen und trug häufig ein Messer bei sich. Ich dachte, dass er auf mich fixiert ist, wusste nicht, dass er anderen etwas antun würde. Die Polizei, die ich gerufen habe, hat mir zugehört und auch gehandelt, aber teilweise gesagt, ihre Möglichkeiten seien aus gesetzlichen Gründen begrenzt. Wobei ich den Beamten keine Vorwürfe machen möchte. Sie haben mich ernstgenommen und aufgefordert, mich zu melden, wenn ich ihn wiedersehe. Einige Wochen vor der Tat habe ich nach einem langen Hin und Her entschieden, Schluss zu machen, um mich und meine Kinder zu schützen. Als ich merkte, dass er einen Kontaktabbruch nicht akzeptiert, habe ich weiter mit ihm kommuniziert und mich mit ihm getroffen. Ich wollte das aber auf keinen Fall in der Wohnung machen, weil ich dachte, hier ist die Gefahr für uns am größten. In den Jahren davor habe ich immer wieder versucht, ihn dazu zu bringen, sich psychiatrisch behandeln zu lassen. Aber er hat das verweigert.

**Eines der Alarmzeichen kam eine Woche vor dem Attentat. Wie im Prozess berichtet wurde, hatten Sie eine Bedrohungslage gemeldet, aus Angst, Ihr Ex-Partner könnte Sie töten. Sie erzählten demnach auch von den Wahnvorstellungen. Der Kommunale Vollzugsdienst schritt ein, woraufhin der Mann psychiatrisch begutachtet wurde. Die erste Ärztin äußerte einen Verdacht auf eine Psychose, doch die zuständige Klinik kam zu einer anderen Einschätzung und ließ ihn schließlich gehen.**

Das verstehe ich nicht. Man hätte ihn sich länger anschauen müssen. Wenige Tage vor der Tat war er in meine Wohnung eingedrungen und hatte einen Schlüssel mitgenommen. Kurze Zeit später trafen wir uns in der Nähe, weil er ihn mir wiedergeben wollte. Er wollte dann eine Aussprache, aber ich nicht. Wir stritten, er lief mir hinterher und wurde lauter, aggressiver. Ich rief die Polizei. Er wurde schließlich fixiert.

**Weil er Sie schlug und würgte, war der Attentäter schon vorher verurteilt worden und musste für drei Monate in Haft.**

Ja, das war nach einem weiteren Fall von Gewalt. Ich glaube, im Gefängnis ist seine Schizophrenie schlimmer geworden. Er fühlte sich und uns verfolgt, auch vom deutschen Staat. Er erzählte, im Gefängnis

Nach der Tat klingelten Reporter oft an der Tür der Ex-Partnerin des Täters. Sie konnte ihre Wohnung kaum noch verlassen.

„Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass er eine Gefahr ist, doch er wurde nicht in die Psychiatrie zwangseingewiesen und behandelt. Er war aggressiv, hatte Wahnvorstellungen und trug ein Messer bei sich.“

sei er mit Schlafentzug und Ungeziefer, das nachts rausgelassen worden sei, gefoltert worden. Nach der Entlassung hatte er abends Schübe, redete wirres Zeug, was ich manchmal auf Video dokumentiert habe. Ich denke, psychisch war er familiär vorbelastet. Die Krankheit wurde bereits in Somalia nicht therapiert. Das geschieht dort selten, statt auf medizinische wird meistens auf „spirituelle“ Behandlung gesetzt, die nichts bringt.

**Was muss Ihrer Ansicht nach geschehen, damit solche Taten eher verhindert werden können?**

Wenn Menschen psychisch krank und gefährlich sind, ist schnelles Handeln gefragt. Das Thema wird noch nicht ernst genug genommen. Es wäre gut, wenn Polizei, Psychiatrie und andere Stellen in solchen Fällen mehr kooperieren würden. Und wenn Ärzte noch genauer, länger hinschauen würden, damit Leute, bei denen es notwendig ist, zwangseingewiesen werden können. Freiheit ist wichtig, aber sie hört dort auf, wo andere geschädigt werden können. Es geht nicht darum, die Erkrankten zu bestrafen, sondern ihnen zu helfen und andere zu schützen. Vielleicht müssen dafür Gesetze geändert werden.

**Haben Sie eine Therapie gemacht, um das Erlebte besser verarbeiten zu können?**

Nein. Ich habe gesucht, doch es war schwierig, die richtige Therapie zu finden. Gespräche in der Gruppe kamen für mich nicht infrage. Später habe ich nicht mehr nachgefragt, sondern pflanzliche Medikamente genommen und versucht, die Ängste, die in Schüben kamen, selbst in den Griff zu kriegen.

**Was wünschen Sie sich für die Zukunft, und was gibt Ihnen Kraft?**

Meine Kinder. Und das Wissen, dass man das, was passiert ist, nicht ändern kann. Vergessen werden wir es nicht, aber wir können versuchen, so gut wie möglich damit umzugehen. Ich hoffe, dass ich bald wieder in meinem Beruf arbeiten kann und meine Kinder ihren Weg gehen.

**Transparenzhinweis:**

**Der WEISSE RING hat die frühere Partnerin des Täters unterstützt, unter anderem mit Geld für den Umzug und den Rechtsbeistand.**

# Medientipps

## Hören

Podcast

### „Der Germanwings-Absturz. Zehn Jahre ohne euch“

Stefanie Assmann und ihr neunjähriger Sohn Christian sitzen auf dem Sofa vor dem Kamin, in dem ein kleines Feuer brennt. Sie schauen sich gemeinsam ein Video an, dass Christian und seine Schwester Linda zeigt. Aufgenommen worden ist es in Lindas Zimmer, vor einer roten Wand voller Bilder, als Selfie-Video. Die Geschwister sagen im Wechsel die einzelnen Worte: „Ich hab’ dich lieb.“ Manchmal, berichtet die Mutter gegenüber Journalistin Justine Rosenkranz, schaue Christian zum Himmel und spreche die Worte nach, die er im Video zu seiner Schwester sagte. „Und stellst dir vor, Linda würde antworten, ne?“, fragt sie ihren Sohn. „Mhm“, bestätigt er.

Stefanie Assmanns Tochter und Christians Schwester Linda ist 2015 beim Flugzeugabsturz der Germanwings-Maschine in den französischen Alpen ums Leben gekommen. Seit dem Unglück schauen sich Mutter und Sohn das Geschwister-Video immer mal wieder an. „Das gucke ich mir gerne an, weil das so aus dem Leben ist. So ungestellt und nicht wie bei einem Fotografen, schön gemacht“, sagt Assmann.

Diese Szene stammt aus dem Podcast „Der Germanwings-Absturz – Zehn Jahre ohne euch“ und wurde bereits neun Monate nach dem Absturz aufgenommen. Mit viel Feingefühl ging Journalistin Justine Rosenkranz Ende 2015 auf Angehörige von Opfern zu, im Podcast berichtet sie: „Ein gutes halbes Jahr, nachdem das Flugzeug abgestürzt ist, überwinde ich mich und rufe bei knapp 20 Familien an, die jemanden verloren haben. Ich frage sie, ob sie sich vorstellen könnten, mir ein Interview zu geben, denn ich glaube, dass nur die Geschichten von Angehörigen das emotionale Leid so einer Katastrophe richtig greifbar machen können. Ich möchte wissen, wie es den Familien geht, wie sie es schaffen, mit dem Verlust zu leben. Aber darf ich sie das fragen? Wie würde ich reagieren, wenn mich eine Journalistin anrufen würde, um mit mir über den Tod meines Kindes zu sprechen? Ich weiß es nicht. Und deshalb fällt es mir erst schwer, den Kontakt aufzunehmen. Alle, die ich anrufe, reagieren freundlich, was mich erleichtert, aber sie sagen alle, dass sie nicht oder noch nicht dazu in der Lage sind, darüber zu sprechen. Also fast alle … Denn eine ist mit einem Treffen einverstanden: Stefanie Assmann.“ Die Frauen sind sich direkt sympathisch und gleich per Du.

In sechs Folgen lernen die Hörerinnen und Hörer des Podcasts die Assmanns besser kennen, über zehn Jahre begleitete die Journalistin die Familie und zeigt, was es heißt, mit so einem einschneidenden Erlebnis umzugehen. Christian etwa, den wir zu Beginn des Podcasts als Neunjährigen kennengelernt haben, ist mittlerweile 19 Jahre alt und steht kurz vor dem Abitur. Er hat das Zimmer seiner Schwester übernommen, aber nichts verändert. Stefanie Assmann hat mittlerweile eine Fortbildung zur Trauerbegleiterin gemacht. Der Schmerz habe sich nicht verändert, sagt sie. Vielleicht aber der Umgang mit ihm. „Manchmal sitze ich hier und heule mir die Augen aus dem Kopf“, sagt sie. Und irgendwann sei es dann wieder gut.

Der Podcast ist ruhig und langsam erzählt, es gibt Pausen zum Durchatmen. Er ist nicht leicht zu hören, er geht ans Herz und rührt manchmal zu Tränen. Aber dieser Podcast ist wichtig: Er gibt Betroffenen eine Stimme. Neben Stefanie Assmann kommen weitere Angehörige zu Wort, die Menschen bei diesem Unglück verloren haben. Dadurch wird deutlich, wie unterschiedlich die Herangehensweisen von Menschen sind, mit einem solchen Verlust umzugehen, der alles verändert. In jeder Minute ist dem Podcast anzuhören, dass es sich um ein Langzeit- und vor allem Herzensprojekt der Journalistin handelt.
*Christiane Flemig*

→ **ardaudiothek.de/sendung/der-germanwings-absturz-zehn-jahre-ohne-euch-wdr/14097575/**

**ARD Audiothek**

**„Der Germanwings-Absturz - Zehn Jahre ohne euch“**

## Lesen

Webseite

### „Und dann malt er ein Herz mit ihrem Blut ans Fenster“

„Sie wurden einen Abhang hinuntergeworfen. Unter der Terrasse vergraben. Erschossen. Im Stillarbeitsraum der Schule erstochen. Eine Finanzbeamtin. Eine Supermarktkassiererin. Eine Managerin. Eine Yogalehrerin.“ Laut „ZEIT online“ wurden im Jahr 2024 insgesamt 104 Frauen von ihren Partnern und Ex-Partnern getötet. Das Portal dokumentierte jedes Verbrechen und bereitete die Daten journalistisch auf. Eine solche offizielle Datensammlung fehlt in Deutschland noch immer.

Illustrationen: Studio Pong

Leserinnen und Leser erfahren, dass die Kriminalitätsstatistik – die im selben Zeitraum 126 getötete Frauen erfasste – unscharf bleibt, weil nicht der Tag des Delikts zählt, sondern der Abschluss der Ermittlungen. Die Autorinnen scheuen sich nicht, unbequeme Daten nüchtern zu präsentieren. Etwa, dass Frauen ein höheres Risiko haben, getötet zu werden, wenn sie mit einem Nichtdeutschen zusammenleben. Und dass nichtdeutsche Täter vor Gericht härtere Strafen erwarten müssen als Deutsche.

Vor allem gelingt den Journalistinnen, was nicht viele schaffen: Sie tauchen tief in die Daten ein, erklären Widersprüche, ohne sich darin zu verlieren. Sie zeigen, dass hinter anonymen Statistiken menschliche Schicksale stehen, die sich mitten unter uns abspielen. *Christoph Klemp*

**→zeit.de/gesellschaft/2025-04/toetungsdelikte-frauen-2024-partner-mord-femizide**

Buch

### „Und ich werde dich nie wieder Papa nennen“

„Das Kind des Opfers und des Täters zu sein, ist eine schreckliche Last“, schreibt Caroline Darian in ihrem Buch „Und ich werde dich nie wieder Papa nennen“. „Die Vergangenheit wurde ausradiert, aber welche Zukunft folgt darauf?“

Caroline Darian ist die Tochter von Gisèle Pelicot. Der Fall erschütterte die ganze Welt: Pelicot wurde von ihrem Ehemann über Jahre hinweg unter Medikamente gesetzt und von ihm und Dutzenden anderer Männer vergewaltigt. Im Buch nimmt Caroline Darian die Leserschaft mit in die Zeit, als die Taten ihres Vaters auffliegen und die ganze Familie zerreißen. Auf einen Schlag ist „dieses Leben, das wir vor wenigen Jahren noch ‚banal‘ genannt hätten“, vorbei. Sie berichtet von ihrem eigenen Zusammenbruch, ihrem Umgang mit dieser Situation und ihrem zu dieser Zeit auch angespannten Verhältnis zu ihrer Mutter. In einigen Passagen spricht sie ihren Vater direkt an: „Ich habe dich geliebt, respektiert und unterstützt, wie eine dankbare Tochter es ihrem Vater gegenüber tut. Du hast deinen Teil der Vereinbarung nicht eingehalten. […] Ich werde dir das wohl nie verzeihen können. Jetzt muss ich lernen, damit zu leben.“ Darian lässt den Leser ganz nah an sich ran, zwischendurch hat man sogar fast das Gefühl, Teil der Familie zu sein, die gerade durch die schlimmste Zeit ihres Lebens geht. *Christiane Flemig*

**→ kiwi-verlag.de/buch/caroline-darian-und-ich-werde-dich-nie-wieder-papa-nennen**

## Gucken

Dokumentation

### „Der Kinderpsychiater - Die Macht des Dr. Winterhoff“

Februar 2025. Der bekannte Kinderpsychiater Michael Winterhoff steht in 36 Fällen wegen gefährlicher Körperverletzung vor Gericht. Er soll über Jahre hinweg Mädchen und Jungen, teils ohne ausreichende Diagnostik oder Aufklärung, sedierende Medikamente wie Pipamperon verabreicht haben. Der Fall gilt als einer der größten Skandale der deutschen Kinderpsychiatrie. In der dreiteiligen ARD-Doku „Der Kinderpsychiater – Die Macht des Dr. Winterhoff“ berichten zahlreiche Betroffene von ihrer Zeit als Patientinnen und Patienten des Mediziners. Sie geben dabei einen Einblick in ihr Leben, das noch heute durch die Nebenwirkungen der Medikamente bestimmt wird. Die Doku stellt dadurch nicht den mutmaßlichen Täter in den Mittelpunkt, sondern konzentriert sich allein auf die Opfer. Das Publikum sieht unter anderem, wie ein betroffener Familienvater um ein besseres Leben für seine Kinder kämpft und wie eine Schülerin, trotz ihrer Einschränkungen durch den damaligen Medikamentenmissbrauch, eine berufliche Zukunft plant. *Selina Stiegler*

**→ ardmediathek.de/serie/der-kinderpsychiater-die-macht-des-dr-winterhoff/staffel-1**

**Caroline Darian**

**„Und ich werde dich nie wieder Papa nennen“**

**Zeit Online**

**„Und dann malt er ein Herz mit ihrem Blut ans Fenster“**

**ARD Mediathek**

**„Der Kinderpsychiater - Die Macht des Dr. Winterhoff“**

**Unsere Medientipps finden Sie auch online:**

# Danke!

## Großzügiger Schriftsteller

Der Schriftsteller **Arno Strobel** hat während einer Lesetour Spenden für den WEISSEN RING gesammelt. Bei der Scheckübergabe während der Leipziger Buchmesse freute sich die Außenstelle der sächsischen Großstadt über die Gesamtsumme von 13.500 Euro. Der Verlag und der Schriftsteller selbst hatten die ursprüngliche Summe von 12.603,01 Euro aufgerundet. Ein Team der Außenstelle bedankte sich vor Ort herzlich für die großzügige Unterstützung, die in die allgemeine Opferhilfe des WEISSEN RINGS fließt.

**Die Mitarbeitenden Caroline Lucka, Jürgen Brockmann, Susi Kirsten und Antje Stresow bedanken sich bei Arno Strobel (von links).**

## Spendabler Sparverein

Der **Gewinnsparverein** der Sparda-Bank München e. G. zeigte sich zu Beginn dieses Jahres sehr spendabel: Stolze 5.000 Euro übergaben Sigrid Steubl, Leiterin des Sparvereins aus der bayerischen Landeshauptstadt, und Jürgen Schmid, Leiter der Sparda-Zweigstelle für Fürstenfeldbruck und Olching. Bei der symbolischen Scheckübergabe bedankte sich Manfred Hofmann, stellvertretender Leiter der Außenstelle des WEISSEN RINGS in Fürstenfeldbruck. Das Geld soll für anstehende Projekte in den Bereichen Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.

**Manfred Hofmann (links) vom WEISSEN RING nimmt die Spende von Sigrid Steubl und Jürgen Schmid entgegen.**

## Hilfreicher Nachlass

Bis zu seinem plötzlichen Tod hat der Hamburger **Kay Lorenz Neuy** den WEISSEN RING jahrzehntelang durch Spenden unterstützt. Als sein Bruder in dessen Nachlass eine Vielzahl an Fan-Textilien von Clubs aus den Bereichen Football, Basketball und Baseball fand, entschied er sich, damit Gutes zu tun. Einen Teil des Nachlasses spendete der Bruder an gemeinnützige Institutionen, einen anderen Teil verkaufte er mithilfe eines Bekannten. Diesen Erlös von 1.000 Euro spendete er nun an den WEISSEN RING – „mit Sicherheit im Sinne meines Bruders Kay“, wie er betonte.

## Spenden statt Blumen

Den internationalen Frauentag, der jährlich am 8. März stattfindet, nutzte das **Unternehmen Harris D-A-CH** erneut für eine besondere Aktion. Statt Blumen zu verschenken, entschied die Unternehmensführung, Spenden für den WEISSEN RING zu sammeln. „Wir wollen mit unserer Spende einen Beitrag dazu leisten, dass Frauen besser vor Gewalt geschützt werden, da uns bewusst ist, dass sie einen fundamentalen Teil unserer Gesellschaft tragen“, erklärte dazu Dr. Guido Moritz, Executive Vice President D-A-CH. Der WEISSE RING freute sich am Ende der Aktion über eine Spende in Höhe von 5.000 Euro, die nun in die Arbeit des Vereins fließt.

## Ein besonderer Dank

In Schleswig-Holstein ereignete sich vor einiger Zeit eine Betrugswelle, deren Opfer Gehörlose wurden. Die Täter, selbst gehörlos und wohl ihrerseits zuvor ebenfalls Opfer von Finanzbetrug, erschlichen sich zunächst das Vertrauen ihrer Opfer und betrogen sie in der Folge um hohe Geldsummen. Einer der Betroffenen, **Detlef Lorenzen**, spendete jetzt 420 Euro an den WEISSEN RING. Es war sein Dankeschön für die ausgiebige Betreuung durch den Verein. Holger Dabelstein, Leiter der Außenstelle Lübeck, hatte eine Gruppe von Betroffenen über einen Zeitraum von drei Jahren begleitet.

Illustrationen: Studio Pong; Fotos: Madlen Lucht, Sparda-Bank, Stefan Klein

Holger Dabelstein (links) vom WEISSEN RING bedankte sich bei Detlef Lorenzen.

## Reparieren und helfen

Im **„Repair CaféLE“** retten engagierte Menschen im baden-württembergischen Leinfelden-Echterdingen gewöhnlich Gegenstände vor der Entsorgung. Der Stadtseniorenrat, auf dessen Initiative das Café entstanden ist, sorgt hier aber auch für zusätzliche Angebote und lud vor Kurzem Dieter Schneider vom WEISSEN RING für einen Vortrag über die Arbeit des Vereins ein. Neben wertvollen Tipps brachte Schneider auch Flyer, Broschüren und Mitgliedschaftsanträge mit. Im Anschluss durfte sich der WEISSE RING über eine großzügige Spende von 1.000 Euro für die Vereinsarbeit freuen.

## Verteiltes Vermögen

Als der Eiderstedter **Dietrich Krüger** aus dem schleswig-holsteinischen Kreis Nordfriesland vor zehn Jahren verstarb, verfügte er eine besondere Verteilung seines Vermögens. Alle zwei Jahre wird der jeweilige Erlös an mehrere gemeinnützige Organisationen übertragen. Mit der Aufgabe betraute er die Freiwillige Feuerwehr in Tating. In diesem Jahr durfte sich der WEISSE RING mit seiner Außenstelle Nordfriesland-Süd freuen: Ute Broders nahm 12.426,21 Euro für die Vereinsarbeit entgegen und bedankte sich herzlich für die Unterstützung durch die Dietrich-Krüger-Stiftung.

Aus den Händen des Wehrführers Heinz-Dieter Hecke erhält Ute Broders vom WEISSEN RING den Scheck der Dietrich-Krüger-Stiftung.

**Beim Helfen brauchen wir alle Hilfe. Auch Ihre: spenden.weisser-ring.de**

**Der WEISSE RING dankt ausdrücklich für alle Spenden! Leider kann die Redaktion nicht alle Aktionen veröffentlichen.**


# Impressum

Ausgabe 02/2025, 48. Jahrgang

Offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:
WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsopfern und zur Verhütung von Straftaten e. V.

Bundesvorsitzende:
Barbara Richstein

Bundesgeschäftsstelle:
Weberstraße 16, 55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.:
Bianca Biwer

Redaktion:
Christian J. Ahlers, Christiane Flemig, Gregor Haschnik, Christoph Klemp, Karsten Krogmann (Leitung), Selina Stiegler

Kontakt zur Redaktion:
Sabine Schäfer
Telefon: 06131 8303-4000
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

Art Direction:
twotype design, Thomas Elmenhorst, Juliane Keß

Bildredaktion:
twotype design, Bettina Andersen

Lektorat:
Britta Hübener, Torben Rosenbohm

Druck:
Offsetdruck Ockel GmbH, Kriftel

ISSN 3052-1645
wr-magazin.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung auszuwählen und zu kürzen.

WEISSER RING

Wir helfen Kriminalitätsopfern.

GOGREEN

Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

# *Geben Sie weiter, was Ihnen am Herzen liegt*

Unterstützen Sie Menschen, die Opfer von Gewalt und Kriminalität wurden. Mit einer Testamentsspende helfen Sie uns, Betroffenen in dieser Notlage zur Seite zu stehen.

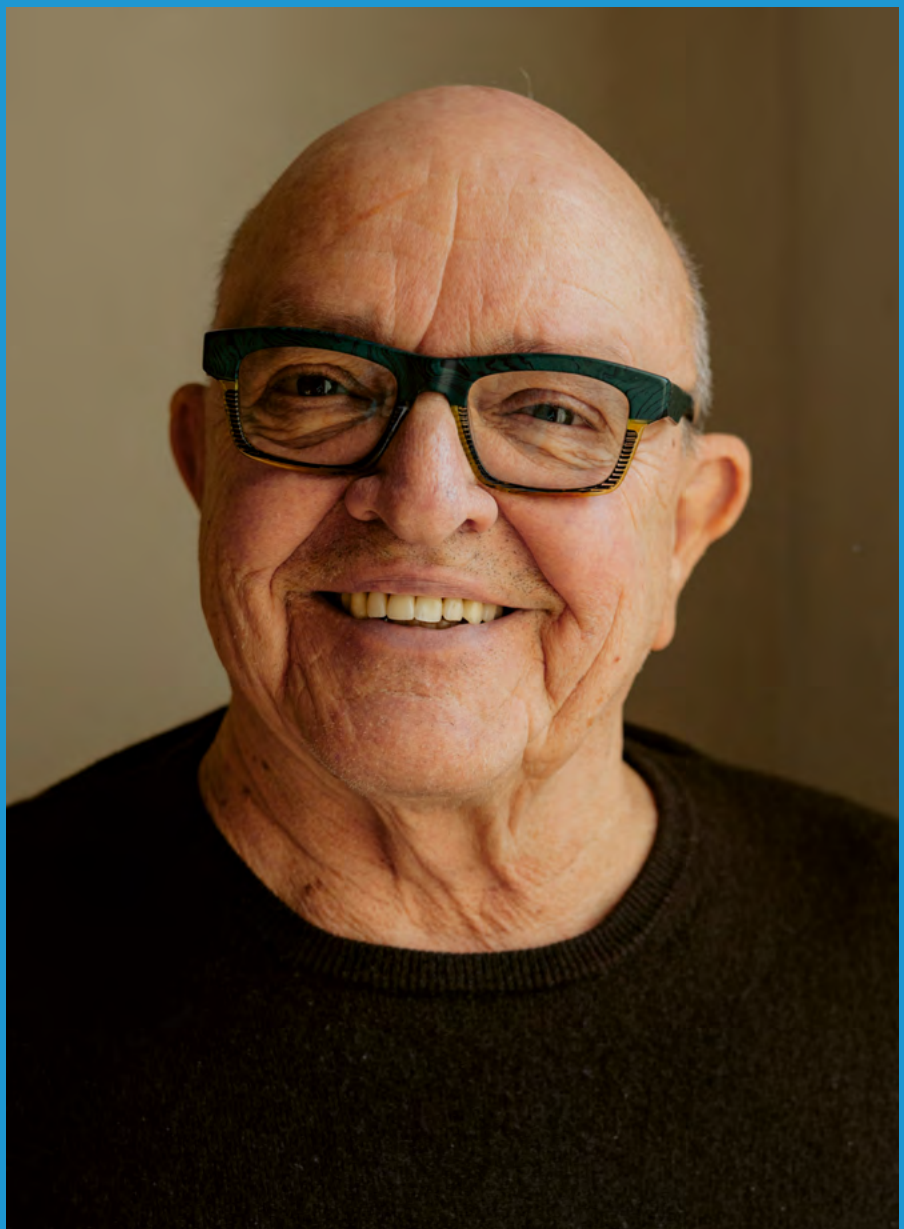
Informationen rund um das Thema Testamentsspende, Erbe und Nachlass finden Sie auf

**www.weisser-ring.de/erbschaften**

Anzeige

02_2025

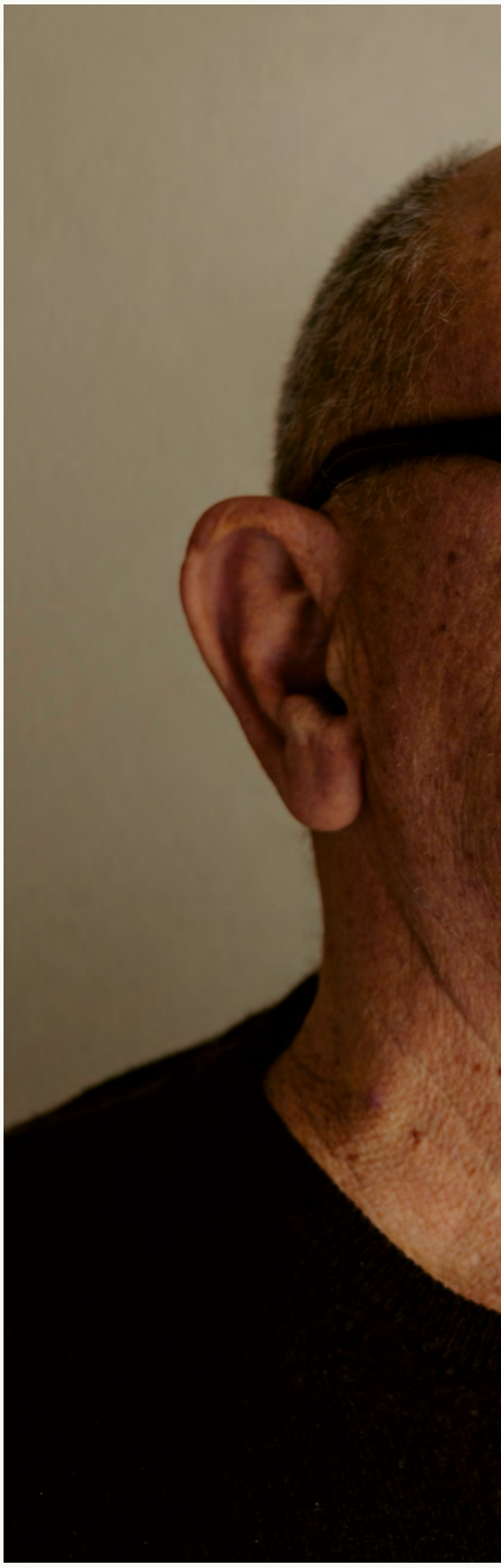
# Aus dem Verein, für den Verein.



Ehrensache

# Ehrensache

Der WEISSE RING – das sind die Menschen, die sich für unseren Verein einsetzen. In dieser Ausgabe der „Ehrensache“ stellen wir ehrenamtliche Helfer aus Aschaffenburg und Cottbus vor, eine treibende Kraft bei der Ausbildung und die Gewinner des Wissenschaftspreises Opferschutz.



## Inhalt


Besuch in Aschaffenburg **2**
Einsatz für Ausbildung **6**
Preisgekrönte Forschung **9**
Pionierarbeit in Lausitz **12**
Aus den Ländern **14**
Einladung **16**

Als langjähriger Vorsitzender Richter hat der Aschaffenburger Rainer Buss nicht nur gelernt, Fragen zu stellen, sondern auch, sich in ganz unterschiedliche Menschen hineinzuversetzen und ihnen aufmerksam zuzuhören.

# Der Wegweiser

**Nach dem Messerangriff von Aschaffenburg war die Stimmung in der Republik politisch aufgeheizt, auch wegen der bevorstehenden Bundestagswahl. Vor Ort blieb Rainer Buss besonnen. Der stellvertretende Außenstellenleiter des WEISSEN RINGS half den Betroffenen, indem er ihnen Perspektiven aufzeigte.**

**Rainer Buss** kann von seinem Schreibtisch aus auf den Park Schöntal schauen. An einem sonnigen Vormittag im März steht dort die Blüte des Magnolienhains bevor, des größten in Bayern, während die Krokusse schon sprießen.

Buss, vor seiner Pension langjähriger Vorsitzender Richter, erinnert sich an den Nachmittag des 22. Januar: „Ich war gerade mit einer Angelegenheit für den WEISSEN RING beschäftigt." Eben sah der Park noch „ganz unschuldig" aus. Dann hört der ehrenamtliche Mitarbeiter die Sirenen, sieht „Blaulicht ohne Ende" und bald einen Hubschrauber. Rainer Buss weiß: „Es muss etwas ganz Schlimmes passiert sein."

Der 28-jährige, offenbar psychisch kranke Enamullah O. hat eine Kindergartengruppe attackiert und einen zweijährigen Jungen sowie einen 41-jährigen Mann erstochen, der den Täter aufhalten wollte. Drei weitere Menschen wurden schwer verletzt.

Etwa fünfzehn Minuten nach den ersten Sirenen bekommt Buss einen Anruf von der Polizei, am Abend nimmt er am Treffen der Opferbetreuungsgruppe teil und bespricht, wie der WEISSE

RING jetzt helfen kann. In den folgenden Stunden und Tagen leitet der Jurist die nächsten Schritte ein. Er ruft bei der Trauma-Ambulanz in Würzburg an, um die Betroffenen dorthin zu vermitteln. Knüpft Kontakte zu Versorgungsamt, Landesunfallkasse, Kinder- und Jugendpsychiatrie. Wenige Tage später gibt diese besorgten Eltern bei einer Veranstaltung wichtige Hinweise zum Umgang mit der Tat. Ein Rat, der Buss in Erinnerung blieb: „Kinder brauchen nach so einem Ereignis Routine, und insbesondere Eltern müssen diese Stabilität vermitteln."

## „Die seelische Not war enorm"

Der frühere Richter bekommt von der Polizei eine Liste mit 15 Namen von Betroffenen. Über „Mittelspersonen", die nah dran sind, geht er auf die Menschen zu. „Die seelische Not war enorm; die Mutter des getöteten Kindes und dessen Tante zum Beispiel waren am Boden zerstört", blickt Buss zurück. „Es hat mich berührt, das Unglück der Betroffenen und die Tränen zu sehen." Aber „man funktioniert", auch aus dem Impuls heraus, „etwas machen, schnell helfen zu wollen". In den ersten Wochen ist der Ehrenamtliche in Vollzeit im Einsatz. Die damalige Situation in der Aschaffenburger Außenstelle des WEISSEN RINGS war „recht ungünstig", sagt deren Leiter Wolfgang Schwarz. Der frühere Polizist, der auch Landesvorsitzender ist, hatte sich den Arm gebrochen, war gerade operiert worden. Andere, ansonsten aktive Mitglieder waren nur eingeschränkt verfügbar. Vieles lag nun bei Buss.

**Text:**
Gregor Haschnik
**Fotos:**
Ramon Haindl

↓
Wolfgang Schwarz (links) und Rainer Buss haben sich nach dem Attentat regelmäßig über Hilfsmöglichkeiten ausgetauscht.

Er und Schwarz telefonierten regelmäßig miteinander, tauschten sich über die Hilfsmöglichkeiten aus. Die nordbayerische Außenstelle hätte Unterstützung aus der Mainzer Zentrale des WEISSEN RINGS bekommen können. Der Leiter der Außenstelle und sein Stellvertreter besprechen sich und gelangen zu der Überzeugung: „Wir schaffen das mit eigenen Kräften." Mit seinem Wissen, aber auch mit seiner besonnenen Art sei Buss ein Glücksfall für den Verein, auch und vor allem in solchen Lagen, beschreibt Schwarz seinen Vereinskollegen.

Schnell wurde die Tat zu einem bestimmenden Thema im Bundestagswahlkampf, vor allem rechte Akteure versuchten, sie zu instrumentalisieren und Ressentiments zu schüren. Der AfD-Politiker und Faschist Björn Höcke und seine Partei riefen zu einer Gedenkveranstaltung in der Stadt auf. Rund 70 ihrer Anhänger kamen. Aschaffenburg und die Region hielten dagegen: An der Gegendemo nahmen 500 Menschen teil. Bereits kurz nach der Attacke waren 3000 Menschen zu einem stillen, würdevollen Gedenken zusammengekommen.

In der Nähe des Tatortes entstand bald eine kleine Gedenkstätte, mit unzähligen Kerzen, Blumen und Kuscheltieren. Ein Zelt, in dem Seelsorger Gespräche anboten, wurde aufgebaut. Verschiedene Organisationen, der WEISSE RING und die Stadt knüpften ein helfendes Netzwerk und sammelten Spenden. Bei Treffen gab Buss einen Überblick über die Situation der Betroffenen und deren Bedürfnisse. Oberbürgermeister Jürgen Herzing (SPD) mahnte wenige Stunden nach der Attacke zur Besonnenheit: „Ein Geflüchteter greift unschuldige Menschen an, verletzt und tötet sie. Wir sehen die Parallelen", sagte er mit Blick auf die Amokfahrt von Magdeburg und den Messerangriff in Solingen. Aber: „Wir können und dürfen die Tat eines Einzelnen niemals einer ge-

„Wir helfen immer, wenn es notwendig ist, egal, wer der Täter war und wer betroffen ist.“ Rainer Buss

samten Bevölkerungsgruppe anrechnen.“ Buss kritisiert die Versuche, das Verbrechen zu instrumentalisieren. Ja, der Täter sei ein Geflüchteter. Es habe aber auch Menschen mit Migrationsgeschichte gegeben, die ihn verfolgten und Opfern halfen. Auch habe ihm missfallen, wie Bundes- und Landespolitik bemüht waren, sich gegenseitig die Schuld dafür zu geben, dass die Tat nicht verhindert wurde. Bei seinem Einsatz für die Betroffenen habe er solche Nebengeräusche ausgeblendet. „Wir helfen immer, wenn es notwendig ist, egal, wer der Täter war und wer betroffen ist“, erklärt Buss. „Das ist ein wichtiger Grundsatz des WEISSEN RINGS“, ergänzt Schwarz.

Als Richter hatte Buss in spektakulären Wirtschaftsprozessen den Vorsitz, es ging etwa um Millionenbetrug, Schmiergeld- und Steuerskandale. Er hat gelernt, harte Fragen zu stellen und Urteile zu fällen, aber auch, sich in Menschen hineinzuversetzen. Wenn Buss Opfer begleitet, achte er darauf, „rücksichts- und verständnisvoll vorzugehen, mich erst einmal zurückzunehmen und zu schauen, wie die Menschen mit der Situation umgehen, und mich dann intuitiv anzupassen“. Er tröste schon, verstehe sich aber „nicht als Seelsorger, sondern als Wegweiser“. Informationen könnten Halt geben; vor der polizeilichen Vernehmung habe er einem schwerverletzten Helfer deshalb in Ruhe den genauen Ablauf erklärt. „Ich habe erfahren, dass es vielen Menschen am meisten hilft, wenn ihnen Wege aufgezeigt werden, wie es weitergehen kann, etwa bei der psychologischen Hilfe. Sie möchten auch in den allerschlimmsten Lagen eine Perspektive haben.“ Oft geht es um praktische Fragen: Wie kann eine Behandlung finanziert, wie der Hauskredit weiter abbezahlt werden? Häufig kommen zum unfassbaren

↑ Nach dem Messerangriff gab es eine enorme Solidarität mit den Betroffenen. In der Nähe des Tatortes legten viele Menschen Kuscheltiere, Kerzen, Bilder und Briefe nieder.

Schmerz über den Verlust von Angehörigen noch große Geldsorgen und Überforderung durch Bürokratie hinzu, auch im Fall von Aschaffenburg. Buss erklärt dann Formulare sowie Leistungen etwa der gesetzlichen Unfallversicherung und privaten Haftpflichtversicherung oder setzt sich dafür ein, dass die Unfallkasse 15.000 Euro Vorschuss gibt oder der Spendentopf angezapft wird, damit eine Betroffene sich die Fahrt in die Würzburger Trauma-Ambulanz leisten kann.

## Oft geht es um ganz praktische Fragen

Als Rainer Buss von seinem Einsatz erzählt, klingelt das Telefon. „Buss, WEISSER RING. Guten Tag“, sagt er. Der Anrufer braucht seinen Rat zur Frage, ob Geld aus dem Opferfonds auf Bürgergeld angerechnet wird. Unter bestimmten Bedingungen nicht, ähnlich wie Schmerzensgeld. Buss nimmt sich Zeit und erklärt die Regeln.

Zum WEISSEN RING kam er vor zehn Jahren – durch Wolfgang Schwarz, der seit 18 Jahren dabei ist. Sie gehen in denselben Fitnessclub, dort schlug Schwarz Buss ein Engagement vor. „Ich habe nach etwas Sinnvollem gesucht und fand die Idee gut, auch weil ich aus meiner beruflichen Erfahrung weiß, dass Opfer häufig zu kurz kommen.“ Schwarz war es zuvor

ähnlich ergangen. Beide freuen sich über Rückmeldungen von Menschen, die, wie Schwarz es formuliert, „wieder Boden unter den Füßen bekommen“. So wie die Betroffenen, die Buss erzählt haben, die Traumatherapie habe ihnen in den vergangenen Monaten geholfen, aus ihrem Tief herauszukommen.

In Aschaffenburg habe das Netzwerk, auch beim Sammeln von Spenden, gut funktioniert, sagen die Ehrenamtlichen. Zu den Beteiligten zählten etwa der Verein Gutherzig und die Humorbrigade Hofgarten. Kürzlich hat die Stadt eine Bilanz veröffentlicht. Demnach sind für die Betroffenen 485.000 Euro zusammengekommen.

Zwei Monate nach der Tat steht Rainer Buss im sonnendurchfluteten Park Schöntal. Eine Gänsefamilie mit Küken watschelt in den Teich; junge und alte Menschen nutzen das gute Wetter für einen Spaziergang. Vor der provisorischen Gedenkstätte, die an die Attentate erinnert, bleibt ein Paar stehen. „Is scho schlimm“, sagt der Mann. Sie halten inne und schweigen eine Weile. Vor ihnen, in der Nähe des Tatortes, liegen Dutzende von Kuscheltieren, dazu Puppen, Blumen, Kerzen, kleine Engelsstatuen und handgeschriebene Briefe. Ein Teddy trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift „Lasst uns einfach wieder Mensch sein!“, auf eine Leinwand hat jemand eine Variante der Nationalhymne geschrieben: „Einigkeit und Recht und Freiheit / sei Gesetz in jedem Land / blüht ihr Menschen auf der Erde / blüht mit Liebe und Verstand“.

Ob der Anschlag seinen Blick auf den Park Schöntal verändert habe? „Nein“, sagt Rainer Buss, der oft mit dem Fahrrad durchfährt. Es sei nach wie vor ein schöner Park – wenngleich er manchmal an die Ereignisse denkt. Nach dem Messerangriff hat er mit seinen Kolleginnen und Kollegen bislang 25 Leute betreut.

Von seinem Schreibtisch aus wird Buss den Park im Blick behalten, auch bei seiner Arbeit für den WEISSEN RING. „Die Betreuung von Opfern ist oft eine langfristige Aufgabe. Wir sind weiterhin für sie da, wenn sie uns brauchen.“



# Starke Stimme für die Ausbildung

**Menschen vor Ort helfen, ihnen persönlich begegnen – das ist es, was Ruth Stöpper seit 42 Jahren an der Arbeit des WEISSEN RINGS schätzt. Seit 1990 leitet sie die Außenstelle Paderborn und ist seit 2002 Vize-Landesvorsitzende in NRW/Westfalen-Lippe. Besonders am Herzen liegt der 71-Jährigen die Aus- und Weiterbildung der Ehrenamtlichen.**

**Jedes Mal,** wenn Ruth Stöpper ihre Wohnung betritt oder Besuch empfängt, schließt sie die Tür von innen ab. Es ist bekannt, dass Sendungen wie „Aktenzeichen XY … ungelöst“ das Sicherheitsgefühl verändern können. Moderator Eduard Zimmermann warnte unermüdlich vor Neppern, Schleppern und Bauernfängern – und gründete 1976 den WEISSEN RING. „Eduard Zimmermann habe ich sogar mal persönlich getroffen bei einer Veranstaltung des WEISSEN RINGS in Mainz“, sagt Stöpper. Aber die Wohnungstür schließe sie aus einem anderen Grund ab: „Ich hatte früher eine Katze, die konnte auf die Türklinke springen. Da habe ich mir das angewöhnt“, sagt die 71-Jährige schmunzelnd.

Ruth Stöpper hat in 42 Jahren beim WEISSEN RING sehr viele Opfer von Straftaten betreut. Menschen, die mit

Text & Foto:
Christoph Klemp

↑
Ruth Stöpper verfügt über eine jahrzehntalenge Erfahrung als Lehrerein, auch deshalb ist Aus- und Fortbildung ihr Spezialgebiet.

Es war ein Artikel in der lokalen Tageszeitung, der 1983 ihre Neugier weckte. „Da wurde über die Arbeit des WEISSEN RINGS berichtet. Das, was der Verein macht, hat mich unheimlich angesprochen“, erzählt Stöpper in ihrem Wohnzimmer. Auf dem Esstisch liegt ein großes Puzzle, das darauf wartet, vollendet zu werden. „Es ist die Hilfe vor Ort. Für Menschen, denen ich persönlich begegne und die mir gegenübersitzen.“ Sie meldete sich und wurde zu einer Landestagung in Rheda-Wiedenbrück eingeladen. „Ich habe mich bei den Menschen dort sofort wohlgefühlt.“ Und so begann sie nur sieben Jahre nach der Gründung des Opferschutzvereins in der Außenstelle Paderborn, die damals noch Hochstift hieß, als erste und einzige Mitarbeiterin des Landesvorsitzenden, der noch „Resident“ genannt wurde, Dr. Franz-Josef Winter.

## „Es gibt Fälle, die vergisst man nicht“

Ihr erster Einsatz war eine einschneidende Erfahrung: „Es gibt Fälle, die vergisst man nicht“, erzählt Ruth Stöpper. In einem kleinen Ort bei Paderborn war eine Frau von ihrem Ehemann ermordet worden. Sie hinterließ drei Kinder. „Ich habe die Eltern der Getöteten betreut, bei denen die Kinder untergekommen waren. Das war schwierig für mich, ich hatte ja keinerlei Erfahrung“, schildert Stöpper. „Man kann sich das heute gar nicht mehr vorstellen: Wir sind allein losgegangen, ohne eine richtige Einarbeitung. Man ist ins kalte Wasser geworfen worden.“ Erschwerend kam hinzu: Die Eltern des Opfers zeigten ihr Bilder von ihrer toten Tochter. Ruth Stöpper erschrak: „Ich bin mit der Frau zur Grundschule gegangen.“ In solchen Momenten zeige sich, sagt Stöpper rückblickend, wie wichtig es ist, die Ehrenamtlichen fundiert auszubilden.

Ruth Stöpper ließ sich nicht abschrecken und stieg tiefer in die Arbeit des WEISSEN RINGS ein. Im Jahr 1990

Fäusten, Messern und sogar Säure angegriffen worden sind. Sie sei vorsichtiger, aufmerksamer im Umgang mit Menschen. Angst habe sie nicht. „Vielleicht habe ich einfach Glück, dass ich eine sehr robuste Psyche habe“, sagt die pensionierte Hauptschullehrerin. Möglicherweise helfen auch die professionellen Strukturen des Vereins, die Stöpper vor allem bei der Ausbildung mit auf- und ausgebaut hat. Es dürfte kaum Ehrenamtliche im Verein geben, die nicht von ihr ausgebildet worden sind. In 31 Jahren als Referentin im Grundseminar hat sie nur ein einziges Mal gefehlt. „Da bin ich samstags morgens wach geworden und konnte nicht sprechen. Ich war heiser und habe krächzend am Telefon abgesagt.“ Stöpper hört sich sonst ganz anders an: Ihre markante Stimme ist ihr Markenzeichen.

## „Es ist die Hilfe vor Ort. Für Menschen, denen ich persönlich begegne und die mir gegenübersitzen.“ Ruth Stöpper

übernahm sie die Leitung der Außenstelle Paderborn. Heute ist sie mit 71 die Älteste im sechsköpfigen Team, der Jüngste ist 33. Manchmal geäußerte Vorbehalte gegen jüngere Ehrenamtler kann sie nicht nachvollziehen: „Wir brauchen junge Leute, auch wenn diese vielleicht beruflich und familiär stärker eingebunden sind und weniger Zeit einbringen können.“ Stöpper ärgert sich, wenn sie einen Satz hört: „Das habe ich immer schon so gemacht und mache das weiter so.“ Sie betont: „Ich bin auch seit mehr als 40 Jahren dabei. Aber wir müssen uns doch alle immer gemeinsam darum bemühen, auf der Höhe der Zeit zu bleiben.“

Deshalb nutzt Stöpper ihre pädagogische Kompetenz für die Aus- und Weiterbildung beim WEISSEN RING. Seit 2003 zunächst in einer Arbeitsgruppe, dann im zuständigen Fachbeirat, seit 2006 in der Seminarleitung. Das Grundseminar hat sie mit aufgebaut, um bundesweit die gleichen Voraussetzungen zu schaffen. „Unsere Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist wirklich gut. Wir können voller Überzeugung sagen: Wir sind professionell arbeitende Ehrenamtler.“ Zehn bis zwölf Wochenenden im Jahr ist sie bundesweit unterwegs. Bis zu ihrer Pensionierung hat sie Vollzeit als Hauptschullehrerin die Fächer Deutsch, Geschichte, Erdkunde, Biologie und Kunst unterrichtet. „Ich war sehr gerne Lehrerin.“ Als Stöpper 2006 für ihre ehrenamtliche Tätigkeit das Bundesverdienstkreuz erhielt, hat sie einige ihrer Schülerinnen und Schüler zur Verleihung ins Paderborner Rathaus eingeladen. Sie sollten miterleben, dass Engagement sich lohnt und der Staat es anerkennt.

Was Ruth Stöpper besonders an der Arbeit schätzt, ist auch eine Herausforderung: die Nähe zu den Betroffenen. „Ich treffe manchmal Opfer in der Stadt, die ich betreut habe“, erzählt Stöpper. „Ich würde niemals zuerst grüßen. Wenn die Person auf mich zukommt, führe ich gern ein Gespräch. Aber wir sind Helfer in Krisensituationen. Und die sind irgendwann vorbei.“ In der Regel beschäftige sie sich nicht lange mit abgeschlossenen Fällen, doch manche gehen ihr nah: Wie jener einer Frau, deren Gesicht von ihrem Ex-Mann mit Säure verätzt wurde. Die noch viele Jahre später Schmerzen hatte und behandelt werden musste. Oder der Fall des Nationalkader-Boxers, der auf dem Heimweg von Jugendlichen angegriffen und schwer verletzt wurde. Der alles verlor, weil er mit der vermeintlichen Schwäche nicht umgehen konnte. Lange begleitete sie auch der Fall einer Polizistin, die sich im Kommissariat Vorbeugung um häusliche Gewalt kümmerte. Sie wurde bei einer „letzten Aussprache“ von ihrem Ex-Partner getötet.

### Kraft gibt ihr das Feedback von Betroffenen

„Die Opferarbeit macht keinen Spaß – aber es ist eine sehr erfüllende Aufgabe.“ Kraft gebe ihr das Feedback von Betroffenen: „Es ist schön, gespiegelt zu bekommen, dass der WEISSE RING in der Gesellschaft so akzeptiert ist und Menschen positive Erfahrungen gemacht haben.“ Entspannen kann Ruth Stöpper am besten, wenn sie reist oder liest. Während die Reisen gern in sonnige Gefilde gehen – nach Ägypten, Italien oder Kuba – fällt ihre Wahl bei Büchern eher auf kühle Krimis aus dem Norden.

Beim Rückblick auf 42 Jahre Opferhilfe sagt Ruth Stöpper: „Ich sehe bei den Mitarbeitenden einen unglaublichen Wandel. Sie stellen viel auf die Beine und haben viele gute Ideen auch im Bereich Prävention.“ Beim Blick in die Zukunft sagt sie: „Das ist jetzt nicht akut, aber irgendwann ist mal Schluss. Ich hoffe, dass ich selbst noch merke, wenn es an der Zeit ist, aufzuhören.“ Bis dahin wolle sie neugierig bleiben: „Wenn man nicht aufgeschlossen ist, kommt auch nichts Neues mehr dazu im Leben.“

# Neue Erkenntnisse für den Opferschutz

**Beim Wissenschaftspreis von WEISSER RING und Bundeskriminalamt (BKA) wurde herausragende Forschung ausgezeichnet und über Menschenhandel diskutiert.**

„Bevor wir den Opfern helfen können, müssen wir sie identifizieren“, sagte Tanja Cornelius, BKA-Expertin für Menschenhandel. Dabei spielten auch zivilgesellschaftliche Einrichtungen eine wichtige Rolle, so Cornelius. Joachim Renzikowski, Professor für Strafrecht, Rechtsphilosophie und Rechtstheorie, plädierte für eine bessere finanzielle Ausstattung der Fachberatungsstellen und ein „humanitäres Aufenthaltsrecht für Opfer von Menschenhandel“. Und Bianca Biwer, Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS, forderte mündige Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie sollten auf Zeichen von Ausbeutung achten, ihre Kaufentscheidung überdenken – und bei direkten Hinweisen die zuständigen Behörden oder Beratungsstellen informieren.

↑ Die Gewinner des Hauptpreises (v.l.): Marco Kubicki, Nora Labarta Greven, Prof. Joachim Renzikowski und Prof. Tillmann Bartsch

Mit einer Podiumsdiskussion zum diesjährigen Schwerpunktthema Menschenhandel endete die Verleihung des mit insgesamt 8000 Euro dotierten Wissenschaftspreises Opferschutz, den das Bundeskriminalamt und der WEISSE RING vergeben. Im Wiesbadener Schloss Biebrich wurde ein Forscherteam um Tillmann Bartsch, Professor für Empirische Kriminologie und Strafrecht, ausgezeichnet für seine Arbeit mit dem Titel „Straffreiheit für Straftaten von Opfern des Menschenhandels? Zur Umsetzung des Non-Punishment-Prinzips in Recht und Praxis“.

Vor rund 100 Gästen im feierlichen Saal betonte Bartsch: „Es hängt oft vom Zufall ab, ob Betroffene von Menschenhandel erkannt werden oder nicht.“ Der Professor bedankte sich für die Auszeichnung und fügte hinzu: „Es wäre eine noch größere Freude, wenn der Wissenschaftspreis dazu beitragen könnte, den Faktor Zufall im Kampf gegen Menschenhandel zu reduzieren.“

Der Preis, über den eine unabhängige, interdisziplinäre Jury entscheidet, ist zum zweiten Mal verliehen worden. Er soll Forschungsarbeiten zum Opferschutz würdigen und die Bedürfnisse von Betroffenen sichtbarer machen. Schirmherr der Preisverleihung war Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (CDU).

BKA-Vizepräsidentin Helen Albrecht machte in ihrer Rede auf einen neuen Höchststand aufmerksam: In der jüngsten Polizeilichen Kriminalstatistik wurden 1,3 Millionen Opfer erfasst. Und das sei nur das „Hellfeld“. Der Wissenschaftspreis solle die Prävention stärken.

## „Es ist wichtig, Brücken für Betroffene von Menschenhandel zu bauen.“ Professor Tillmann Bartsch

Barbara Richstein, Bundesvorsitzende des WEISSEN RINGS, erklärte: „Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Basis für nachhaltigen Opferschutz.“ Dadurch sei es möglich, ein genaueres Bild von den Folgen von Straftaten für Betroffene zu bekommen.

**Text & Interview:**
Gregor Haschnik

**Foto:**
Lena Everding

### „Wissenschaftliche Erkenntnisse sind die Basis für nachhaltigen Opferschutz“

Bartsch und sein Team hatten herausgearbeitet, dass die gesetzliche Möglichkeit der Straffreiheit bei Taten, die Opfer von Menschenhandel begehen, in Deutschland aufgrund von Einschränkungen bisher kaum umgesetzt wird. Auch deshalb sind Betroffene selten bereit auszusagen, was die Verfolgung von Menschenhandel und den Opferschutz erschwert. Die Jury lobte unter anderem, die Studie sei methodisch breit gefächert und enthalte einen eigenen Gesetzesvorschlag.

Den Nachwuchspreis erhielt Dr. Marius Riebel für seine Dissertation „Verletzteninteressen im Kontext des staatlichen Umgangs mit Straftaten“ – laut Jury eine akribische Darstellung und Einordnung aller Möglichkeiten, Opfer im Rahmen von Verfahren zu informieren und zu schützen. Riebel sagte, er hoffe, dass seine Vorschläge für eine stärkere Berücksichtigung von Opferinteressen sowohl in der Justiz als auch in der Wissenschaft intensiv diskutiert werden.

Konkret plädiert Riebel unter anderem dafür, die Prozesskostenhilfe umfassender zu regeln, die psychosoziale Prozessbegleitung zu optimieren und die juristische Aus- und Fortbildung zu verbessern. Hier spielten Verletztenrechte und Disziplinen wie Viktimologie bislang kaum eine Rolle. Das müsse sich ändern.

**Professor Bartsch, Sie und Ihr Forscherteam haben sich mit der Straffreiheit für Taten von Opfern des Menschenhandels auseinandergesetzt - einem bislang selten beleuchteten Thema. Weshalb halten Sie es für wichtig?**

Aus wissenschaftlicher Sicht ist das Non-Punishment-Prinzip vor allem aus zwei Gründen interessant. Zum einen gibt es noch nicht viele Arbeiten dazu, zum anderen ist dieses Prinzip in der Praxis von Bedeutung, für den Kampf gegen Menschenhandel: Die Betroffenen machen sich häufig selbst strafbar, etwa indem sie ohne Aufenthaltstitel einreisen, an „Schwarzarbeit“ beteiligt sind oder stehlen, weil sie dazu gezwungen werden. Sie gehen auch deshalb nicht auf die Strafverfolgungsbehörden zu und machen eine Aussage – obwohl sie selbst Opfer sind, zum Beispiel sexuell ausgebeutet werden. Den ermittelnden Behörden fehlen deswegen wichtige Informationen. Ein wirksam im Recht umgesetztes Non-Punishment könnte das ändern.

**Wie sind Sie bei Ihrer Untersuchung vorgegangen?**

Es gibt im deutschen Recht die Möglichkeit der Straffreiheit für von Menschenhandel Betroffene, sie ist in Paragraf 154c der Strafprozessordnung festgeschrieben. Dort heißt es unter anderem: „Ist eine Nötigung oder Erpressung durch die Drohung begangen worden, eine Straftat zu offenbaren, so kann die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung der Tat, deren Offenbarung angedroht worden ist, absehen, wenn nicht wegen der Schwere der Tat eine Sühne unerlässlich ist.“ Wir haben analysiert, ob das Gesetz den internationalen Vorgaben genügt und inwiefern es in der Strafverfolgung zum Tragen kommt. Dazu haben wir etwa geschaut, wie oft der Paragraf in geeigneten Fällen angewendet wurde. Zudem haben wir Interviews mit Staatsanwälten, Rechtsanwälten und Richtern geführt.

**Welche wesentliche Erkenntnis haben Sie gewonnen?**

Das Non-Punishment-Prinzip wird in Deutschland weder in der Praxis noch unter rechtlichen Gesichtspunkten ausreichend umgesetzt. Es gibt zu viele Einschränkungen und Hürden, etwa den Behördenleitervorbehalt. Will ein Staatsanwalt das Gesetz anwenden, muss er sich dies von der Leitung abzeichnen lassen. Ein Befragter sagte dazu: „Gehe nur zu deinem Behördenleiter, wenn du gerufen wirst." Manchmal kann das Problem anders gelöst werden, etwa durch eine Einstellung des Verfahrens wegen geringer Schuld. Doch dies ist nur unter strikten Bedingungen möglich. Auch ist der Anwendungsbereich der Norm zu eng gefasst, er bezieht sich bisher beispielsweise nicht auf Opfer von Zwangsprostitution. Schließlich handelt es sich nur um eine „Kann-Regelung", die der Staatsanwaltschaft ein weites Ermessen einräumt. Betroffene können sich nicht sicher sein, dass von der Einstellungsmöglichkeit Gebrauch gemacht wird.

**Was schlagen Sie konkret vor?**

Die Vorschrift zur Straffreiheit müsste klarer gestaltet werden. Wir haben einen konkreten Vorschlag zur Diskussion gestellt: „Bei Straftaten von Opfern von Menschenhandel oder Ausbeutung soll die Staatsanwaltschaft von der Verfolgung absehen, wenn die Tat im Zusammenhang mit dem Menschenhandel oder der Ausbeutung steht und nicht wegen der Schwere der Schuld eine Strafe geboten ist. Ist die öffentliche Klage bereits erhoben, soll das Gericht mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeschuldigten das Verfahren unter den Voraussetzungen des Abs. 1 einstellen." So muss die Staatsanwaltschaft in der Regel die Vorschrift anwenden. Erfasst würden künftig auch Opfer von Zwangsprostitution und anderen Formen der Ausbeutung. Der Behördenleitervorbehalt würde abgeschafft.

**Inwiefern könnte Non-Punishment helfen?**

Man sollte nicht glauben, dass damit alle Probleme gelöst wären. Aber das Prinzip kann ein wichtiger Baustein bei der Verfolgung von Menschenhandel sein, der die Bereitschaft von Betroffenen, auszusagen, erhöht.

**Fachberatungsstellen und das Bundeskriminalamt weisen immer wieder darauf hin, dass das Dunkelfeld beim Menschenhandel groß sei.**

Auch wenn eindeutige Belege dafür fehlen, kann man diese These aus kriminologischer Sicht sicherlich aufstellen. Begründen lässt sie sich mit der Komplexität des Deliktes und der Besonderheit der Betroffenen: Sie kommen oft aus dem Ausland, haben Angst vor den Tätern und wenig Vertrauen in Behörden, wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen. Bei Arbeitsausbeutung sehen sie sich teilweise nicht als Opfer. Wenn sie nach ihren Maßstäben ordentlich bezahlt werden und die Familie in der Heimat versorgen können, besteht kaum Interesse, Menschenhandel anzuzeigen, auch wenn die Arbeits- und Unterkunftsbedingungen gruselig sind. Hinzu kommt eine enge Bindung an Täter, eine Abhängigkeit, beispielsweise bei sexueller Ausbeutung durch die Loverboy-Masche. All das erschwert die Strafverfolgung. Daher ist es wichtig, Brücken für Betroffene zu bauen.

**Was wäre aus Ihrer Sicht noch wichtig, um Menschenhandel besser entgegenwirken zu können?**

Weil die Fälle selten zur Anzeige gebracht werden, ist viel proaktiv zu ermitteln. Man muss hinterfragen, ob die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen reichen. Viele Opfer leiden massiv unter den Folgen von Menschenhandel, sind gerade bei sexueller Ausbeutung schwer geschädigt. Es ist insgesamt noch viel zu tun, auch in der Gesetzgebung sowie in der juristischen Ausbildung. Im Rahmen des rechtswissenschaftlichen Studiums gehört Menschenhandel in vielen Bundesländern nicht zum Pflichtfachstoff. Dafür beschäftigt man sich intensiv mit Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Das ist – wenn auch hier zugespitzt – hochproblematisch.

**Zur Person**

Professor Tillmann Bartsch ist seit 2022 Professor für Empirische Kriminologie und Strafrecht an der Georg-August-Universität Göttingen und seit 2020 stellvertretender Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V. (KFN).

Gemeinsam mit Prof. Dr. Joachim Renzikowski, Nora Labarta Greven und Marco Kubicki ist Prof. Bartsch für die Arbeit „Straffreiheit für Straftaten von Opfern des Menschenhandels? Zur Umsetzung des Non-Punishment-Prinzips in Recht und Praxis" mit dem diesjährigen Wissenschaftspreis Opferschutz des Bundeskriminalamts und des WEISSEN RINGS ausgezeichnet worden.

**Ausführliche Interviews mit dem Haupt- sowie dem Nachwuchspreisträger gibt es auf wr-magazin.de**

# „Opfer hatten früher keine Rechte“

**Lothar Pohle war 40 Jahre Kriminalkommissar und hat in vielen Fällen von sexualisierter Gewalt ermittelt. Seit 33 Jahren engagiert er sich beim WEISSEN RING und hat für den Verein in der Lausitz Pionierarbeit geleistet.**

**An diesem kalten** Wintertag sieht das Leben von Lothar Pohle gemütlich und beschaulich aus. Er öffnet die Tür zu seinem Haus in der Siedlung Gallinchen, einem Ortsteil von Cottbus. Drinnen brennt das Holz im Kaminofen, es gibt Kaffee und Kekse, Katze Emmi liegt auf dem Kratzbaum und schaut in den Garten. Hier lebt Pohle seit 1997 mit seiner Frau Monika. Lothar Pohle hat eine Maurerlehre gemacht und viel an dem Haus selbst gebaut. Ein Ort, an den man sich zurückziehen und Kraft tanken kann.

Pohles Berufsleben als Kriminalkommissar war alles andere als beschaulich: „Ich habe mich um sexuelle Gewalt gegen Kinder und Frauen und um Kinderpornografie gekümmert“, sagt er.

Der Beruf war am Anfang mehr ein Zufall als ein Wunsch. Als studierter Bauingenieur hatte er in der DDR schlechte Konditionen. „Ich habe weniger verdient als die Bauarbeiter und wollte als Brandursachenermittler zur Feuerwehr“, erinnert er sich. Damals rauchte er noch und bekam die Stelle aus gesundheitlichen Gründen nicht, aber bei der Kripo wurde ihm eine angeboten.

Lothar Pohle und seine Frau Monika engagieren sich beide intensiv für den Verein.

Also beginnt er Ende der 1970er-Jahre das Polizeistudium und arbeitet danach 40 Jahre bei der Polizei Cottbus und Land. Über diese Arbeit kam er zum WEISSEN RING. Ein Kollege aus Nordrhein-Westfalen, wo es den Opferhilfeverein schon gab, „hat angeregt, so etwas auch in Cottbus aufzubauen“. Die hier zuständige Staatsanwältin, Martina Eberhart, wurde Außenstellenleiterin in Cottbus-Stadt und holte Pohle ins Team. „Sie ist heute die Dienstälteste, ich komme direkt nach ihr“, sagt er und lacht.

Weshalb Pohle sich für Betroffene engagieren wollte? „Die Verfahren, die ich bearbeitet habe, waren für die Opfer eine Katastrophe.“ Die Frauen hätten bei der Polizei aussagen müssen, bei der Staatsanwaltschaft und noch einmal vor Gericht. Hinzu kamen Verteidiger, die es als ihren Job angesehen hätten, alles, was die Frauen sagen, anzuzweifeln. Die Opfer seien zur damaligen Zeit nur Zeugen gewesen, erklärt Pohle. „Sie hatten keine Rechte, und ich wollte einfach etwas für die Opfer tun, ohne damals zu wissen, wie man das am besten machen kann.“

Im Jahr 1992 wird er Mitglied im WEISSEN RING. Mit Eberhart baut er im Süden Brandenburgs das Netz des Vereins auf. „Wir waren nur wenige Leute und haben trotzdem in zwei Jahren mehrere Außenstellen eröffnet.“ Seit 1997 leitet Pohle auch die Außenstelle Spree-Neiße mit heute neun Mitarbeiten-

**Text:**
Beate Erler

den, vier davon sind Frauen. Seit 2002 ist er Vize-Landesvorsitzender. Der WEISSE RING hat in Brandenburg 19 Außenstellen, was auch ein Verdienst von Lothar Pohle ist.

Als Kommissar saß er oft im Gerichtssaal. Deshalb weiß er, wie wichtig die Reformgesetze sind. Sie geben den Opfern mehr Rechte: zum Beispiel der Verletztenbeistand vor Gericht. Oder das Recht auf Informationen: Wann wird der Täter verurteilt, wann wird er entlassen? Pohles Frau Monika ist ebenfalls im Verein aktiv. Sie war Lehrerin und betreut vor allem Fälle aus dem Frauenhaus.

Pohles frühere Arbeit und jene für den WEISSEN RING überschneiden sich oft. Sexualstraftaten machen bis zu 40 Prozent der Fälle aus, mit denen sich der Verein beschäftigt. Nur häusliche Gewalt kommt noch häufiger vor, dahinter folgen Stalking und Mobbing.

## Als Kommissar sah Pohle Menschen sterben

Wenn man Lothar Pohle nach den Fällen befragt, in denen er früher als Kommissar ermittelte, blockt er erst mal ab. „Ich mag es nicht, wenn Gewalt- oder Sexualstraftaten heute zur Unterhaltung verwendet werden." Er meint damit vor allem die vielen True-Crime-Formate.

Doch natürlich erinnert Pohle sich noch an vieles. Als Kommissar hat er drei Menschen nach Tötungsdelikten sterben sehen. In einem anderen Fall wurde eine Frau im Fahrstuhl vergewaltigt, später konnten Lothar Pohle und seine Kollegen den Täter verhaften. „Das war immer ein befriedigendes Gefühl, und ich habe es mir nicht nehmen lassen, dem Täter persönlich die Handschellen anzulegen." Neben einer gewissen Härte brauche man als Kommissar auch Einfühlungsvermögen. Eine Eigenschaft, die ihm bei seiner ehrenamtlichen Arbeit hilft.

Ein Fall von sexuellem Kindesmissbrauch ließ ihm über Jahre keine Ruhe. Eine 17-Jährige hatte versucht, Suizid zu begehen. Sie erzählte Pohle, ihre Mutter habe sie als Kleinkind an Männer verkauft, die sie missbrauchten. „Aber was kann ein Kind von damals drei bis vier Jahren heute noch wissen?", fragt er. „Ich konnte keine Täter ermitteln." Doch er konnte der Frau dann trotzdem helfen, als Ehrenamtlicher des WEISSEN RINGS. Auch danach hielt sie Kontakt zu ihm, mehr als 20 Jahre lang. „Ich war ihr Gesprächspartner am Telefon und habe sie in der psychiatrischen Klinik besucht, wo sie lange Zeit lebte", erzählt er. Später erfuhr er von ihrer schweren Krankheit, an der sie mit Anfang 40 verstarb. Pohle ging zu ihrer Beerdigung.

> „Ich bin ein positiver Mensch geblieben. Ich sehe ja auch, dass es Menschen wie uns gibt, die helfen wollen und Gutes tun."
>
> Lothar Pohle

Wie geht er mit all den Erfahrungen um? Er sei ein positiver Mensch geblieben, sagt Pohle. „Ich sehe ja auch, dass es Menschen wie uns gibt, die helfen wollen und Gutes tun." Bis heute ist ihm wichtig, sich in seinem Privatleben nicht mit den Fällen zu beschäftigen. „Man muss aus dem Gespräch rausgehen und es abhaken, sonst wird man irre." Lange Zeit hat er nach dem richtigen Ausgleich gesucht. Dass es dafür mehr als ein Hobby braucht, beweist seine lange Liste: Mit dem Motorrad durch die Wälder fahren, Angeln, Fußball, Badminton, Volleyball.

Nicht alle Fälle sind so belastend wie der Fall der jungen Frau, und er hat die Möglichkeit, den Opfern zu helfen. Sein Telefon für den WEISSEN RING hat Pohle immer bei sich. Er arbeitet mit der Polizei und der kommunalen Verwaltung zusammen, die Hilfsbedürftige an ihn verweisen. Seine erste Frage laute immer: „Wie kann ich Ihnen helfen?"

Oft fragen Betroffene nach ganz pragmatischer Hilfe, etwa nach einem Einbruch. Dann kann der WEISSE RING zum Beispiel unbürokratisch eine Soforthilfe von 300 Euro auszahlen. Oder Lothar Pohle hilft bei der Suche nach einem Therapieplatz. „Wir haben auch schon mehrmals die Kosten für eine Tatortreinigung übernommen", sagt er, „auch so kleine Hilfen sind wichtig für die Menschen." Entscheidend sei, dass er sie unterstützt, aus ihrer Ratlosigkeit zu kommen. Wenn ihm das gelingt, hat er ein gutes Gefühl. Damals wie heute.

# Aus den Ländern

Schleswig-Holstein

## Sicherheit auch im Alter

**Gut besucht** war die Seniorenmesse im Frühjahr im schleswig-holsteinischen Elmshorn. Der dortige Seniorenrat hatte über 20 Aussteller mit ihren Angeboten eingeladen, darunter auch die Außenstelle des WEISSEN RINGS aus dem Kreis Pinneberg. Die Besucherinnen und Besucher nutzten die Zeit daher nicht nur zum Stöbern, sondern informierten sich auch über die Arbeit des Vereins und erhielten wertvolle Tipps zur Prävention. Das Angebot erregte große Aufmerksamkeit, auch andere Seniorenräte aus dem Kreis signalisierten ihr Interesse an vergleichbaren Aktionen.

↘ Hier beim Treffen von links nach rechts: Jochen Link (WEISSER RING, Außenstelle Schwarzwald-Baar-Kreis), Oberstaatsanwalt Dr. Alexander Hauser (Geschäftsstelle des Oberbeauftragten), Monika Toussaint (stellvertretende Landesvorsitzende), Alexander Schwarz (Opferbeauftragter der Landesregierung), Hartmut Grasmück (Landesvorsitzender WEISSER RING), Sonja Siebold (Landesbüro WEISSER RING), Claudia Koster (Geschäftsstelle des Opferbeauftragten) und Dr. Jana Denkinger (Psychologische Psychotherapeutin der Geschäftsstelle des Opferbeauftragten)

← Stellten ihre Arbeit vor (v. links): Heike Behrmann, Wiebke Wilkens und Wilfried Vater von der Außenstelle Pinneberg

Baden-Württemberg

## Mehr Opferbeauftragte fürs Land

**Der WEISSE RING** und der Opferbeauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg arbeiten im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung bereits seit 2021 eng zusammen. Beim Jahrestreffen des WEISSEN RINGS und des Opferbeauftragten Alexander Schwarz wurde jetzt ein Ausblick auf eine wesentliche Neuerung der Kooperation gegeben. Bei den Staatsanwaltschaften werden 17 neue Stellen für Opferbeauftragte geschaffen. Schwarz betonte: „Unser Ziel ist es, dass Opfer von Straftaten nicht allein gelassen werden, sondern gezielte Unterstützung erhalten."

Nordrhein-Westfalen/Westfalen-Lippe

## Mit Humor über Frauenrechte sprechen

**Zum internationalen** Frauentag 2025 stand Kabarettistin, Autorin und Chansonsängerin Tina Teubner mit einem speziellen Programm im nordrhein-westfälischen Schwerte auf der Bühne. Die Gewinnerin des Deutschen Kleinkunstpreises führte mit gewohntem Witz durch das Programm. Am Rande der Veranstaltung präsentierten sich verschiedene Initiativen, unter anderem ein Team der

Außenstelle des WEISSEN RINGS in Unna. Mitarbeiterin Susa Eybe informierte über die Angebote und schloss Wissenslücken über den Verein und seine Arbeit.

**Bayern Nord**

## Kinderschutz stärken

**Gefühle wahrnehmen** und richtig benennen - so lautete das Motto der Außenstelle Bamberg des WEISSEN RINGS beim Präventionstag „Ja zum Nein“ im ERTL-Zentrum im bayerischen Hallstadt. Das Team um Außenstellenleiterin Maria Schuster informierte über die vielfältige Arbeit des WEISSEN RINGS, insbesondere hinsichtlich von Schutzmaßnahmen für Kinder. Bereits zum vierten Mal fand die Veranstaltung statt. Institutionen wie die Polizei, der Kinderschutzbund oder die Stadt- und Kreisjugendämter waren ebenso beteiligt.

**Niedersachsen**

## Tag der Kriminalitätsopfer

**Anlässlich des Tags** der Kriminalitätsopfer präsentierte sich der WEISSE RING Hannover am 22. März dieses Jahres mit einem Infostand in der niedersächsischen Landeshauptstadt. Ein achtköpfiges Team der Außenstelle hielt vor Ort nicht nur zahlreiches Infomaterial bereit, sondern stand auch im persönlichen Gespräch mit Interessierten Rede und Antwort. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter klärten über die umfangreiche Arbeit des WEISSEN RINGS auf, fragten aber auch bei ihren Gegenübern nach Kenntnissen und möglichen Erfahrungen mit dem Verein.

↗ Informierten über die Arbeit des WEISSEN RINGS (v. links): Anna Hahnemann, Marina Knust und Klaus Nitzschmann

↙ Vor Ort: Doris Klingseisen (amtierende Landesvorsitzende Bayern Nord), Luzia Scherr (stv. Außenstellenleiterin Bamberg), Maria Schuster (Außenstellenleiterin Bamberg) und Wolfgang Schwarz (amtierender Landesvorsitzender Bayern Nord)

↘ Informierten die Besucher: Herbert Einsiedler, Elly Harms, Hubert Schmitz und Alexander Bodnar

**Nordrhein-Westfalen/Rheinland**

## Einblicke beim Stadtfest

**Anfang Mai** stand in der Innenstadt von Neuss das große Stadtfest auf dem Programm. Unter dem Motto „Neuss blüht auf“ bot sich dem Publikum nicht nur ein breites Angebot an Veranstaltungen und Mitmachaktionen, sondern auch ein Ausblick auf den Landesgartenschau-Sommer 2026 in der nordrhein-westfälischen Stadt. Beteiligt war auch der WEISSE RING, der sein Angebot an einem Informationsstand vorstellte. Auf dem Freithof gab ein Team der Außenstelle Rhein-Kreis Neuss Einblicke in die Arbeit der Hilfsorganisation.

# Save the Date: 6.9.2025

Am 6. September 2025 findet eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung des WEISSEN RINGS in Mainz als hybride Veranstaltung statt - also mit der Möglichkeit für die Delegierten, auch per Video teilnehmen zu können. Das höchste Vereinsgremium setzt sich zusammen aus den 200 im vergangenen Jahr von den Mitgliedern des Vereins direkt gewählten Bundesdelegierten sowie den 33 Mitgliedern des aktuellen Bundesvorstands. Anlass für die außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung ist ein Satzungsänderungsantrag, mit dem die Anzahl der Bundesdelegierten ab der nächsten ordentlichen Versammlung auf 150 reduziert werden soll.

**Samstag, 6. September 2025, 11:00 Uhr, Mainz**
**Vorläufige Tagesordnung**

| | |
|---|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Bundesdelegiertenversammlung |
| TOP 2 | Feststellung der Anzahl anwesender Stimmberechtigter |
| TOP 3 | Bestimmung der Versammlungsleitung |
| TOP 4 | Beschlussfassung über die Tagesordnung |
| TOP 5 | Besetzung der Ausschüsse |
| TOP 6 | Anträge |



# Beim Helfen brauchen wir alle Hilfe. Auch Ihre.

Fotos: Christian Ahlers, Illustration: Studio Pong